

# "... überall Hemmnisse und Chikanen" : die Metallwarenfabrik Zug vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg

Autor(en): **Morosoli, Renato**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Tugium : Jahrbuch des Staatsarchivs des Kantons Zug, des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie, des Kantonalen Museums für Urgeschichte Zug und der Burg Zug**

Band (Jahr): **36 (2020)**

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-881107>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## «... überall Hemmnisse und Chikanen»

Die Metallwarenfabrik Zug vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg

Der grosse Weltkrieg sei zwar zu Ende gegangen, jedoch seien «die Erwartungen, die man auf den Frieden setzte, bis heute wenigstens bitter getäuscht worden», musste Dr. Oscar Weber (1868–1952), Präsident der Metallwarenfabrik Zug, den 67 Aktionären mitteilen, die sich Ende September 1919

<sup>1</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919. – Diese Darstellung basiert wesentlich auf den Unterlagen des Firmenarchivs der Metallwarenfabrik Zug, das unter der Signatur P 135 im Staatsarchiv Zug archiviert ist. Die Unterlagen aus der Zeit vor der Bildung der Metallwaren-Holding AG 1956 bestehen zum grössten Teil aus Archivalien, die als Bücher oder Broschüren vorliegen, hauptsächlich Protokolle von Verwaltungsrat, Verwaltungsratsausschuss und Generalversammlung, Hauptbücher der Buchhaltung, Arbeiterverzeichnisse, Kopierbücher der ausgehenden Korrespondenz und Kataloge. Dazu kommen Fotografien und einige Pläne. Lose Akten, die es sicher in erheblicher Menge gegeben hat, sind nur in geringem Umfang überliefert. Die wichtigsten Quellen sind die Protokolle des Verwaltungsrats und des Verwaltungsratsausschusses. In diesen Gremien wurden Informationen über die Lage der Metallwarenfabrik und ihrer Beteiligungen ausgetauscht und Entscheide zur Geschäftspolitik, über Preise, Löhne, Dividenden, Finanzen, Tochterfirmen usw. gefällt. Da die Sitzungen vertraulich waren, kann man davon ausgehen, dass dort offen und unverblümt gesprochen, wenn auch gewiss nicht alles protokolliert wurde. Bei den öffentlichen Generalversammlungen ist anzunehmen, dass seitens der Fabrikleitung nicht immer alles in aller Deutlichkeit gesagt und eher beschönigt als drama-

tiert wurde. Diese Quellen zeigen naturgemäss die Sicht der Fabrikleitung. Die Sicht der Arbeiterschaft ist weniger gut dokumentiert. Im sozialistischen «Centralschweizerischen Demokrat», ab 1922 «Zentralschweizerisches Arbeiterblatt», erschienen bisweilen kritische bis aggressive Artikel zum Gebaren der Fabrikherren, ebenso in der Schweizer Metallarbeiter-Zeitung, dem Organ der Metallarbeiter-Gewerkschaft SMUV. Deren im Schweizerischen Sozialarchiv aufbewahrtes Archiv (Ar SMUV) beinhaltet nicht umfang-, aber aufschlussreiche Unterlagen zur Sektion Zug und damit auch zur Metallwarenfabrik, während das als Teil der Nachfolgeorganisation unia im Staatsarchiv Zug deponierte Archiv der Zuger SMUV-Sektion (Signatur P 174) kaum Material aus den ersten Jahrzehnten des Bestehens enthält. – Die bisherige Literatur über die Metallwarenfabrik Zug ist anders als jene über die anderen grossen Fabriken im Kanton spärlich. Einen Überblick über die gesamte Geschichte geben Stadlin 1980 und die 2012 erschienene Festschrift 1887–2012. Metallwarenfabrik Zug. Die Wurzeln der Metall Zug, Luzern 2012. Der grosse Streik von 1922 wurde erstmals thematisiert im Buch der Arbeitsgruppe Geschichte Zug: Krise – im Kanton Zug nichts Neues. Krisenjahre, Entlassungen, Arbeitslosigkeit im Kanton Zug seit Beginn der Industrialisierung, Zug 1976.

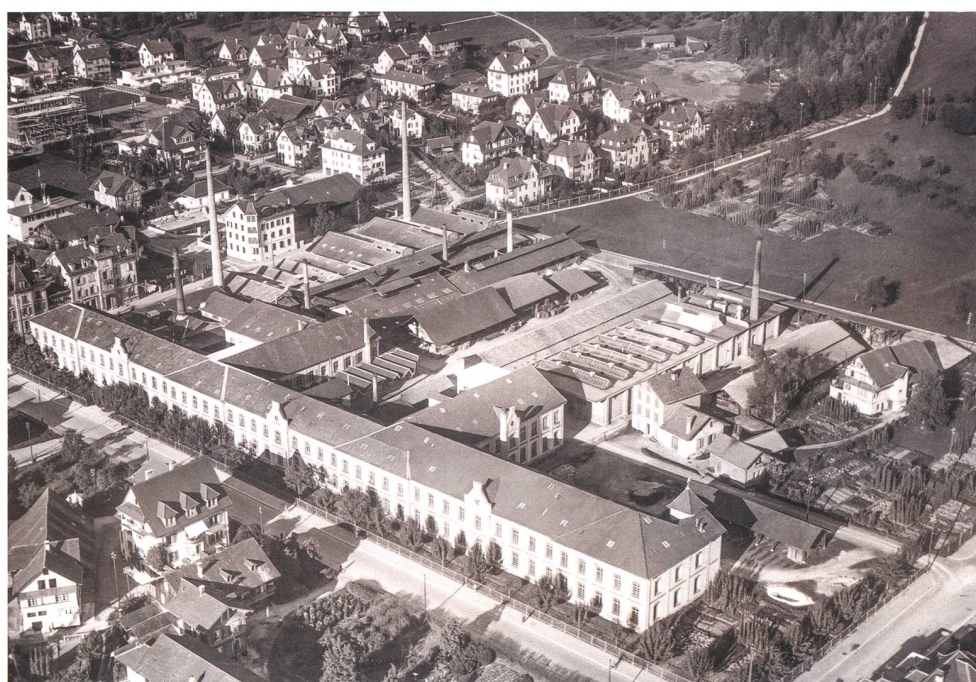


Abb. 1 Die Metallwarenfabrik Zug auf einer Luftbildaufnahme von Walter Mittelholzer, ca. 1932. Im Vordergrund die 168 m lange Hauptfassade entlang der Baarerstrasse, links daran anschliessend das Arbeiterrestaurant Bären. Ein Teil der Häuser im Quartier im Hintergrund rechts gehört zur Fabriksiedlung, die ab 1907 gebaut wurde.



Geschäftsleitung viel Arbeit, Mühen und Verdruss verursachen».<sup>2</sup>

Wenige Jahre zuvor waren die Empfindungen noch ganz anders gewesen. An der 25. Generalversammlung 1912 mit 64 Aktionären und dem anschliessenden Bankett, zu dem auch die Angestellten, die Meister und langjährige Arbeiter eingeladen waren, herrschte eine «gehobene Stimmung», die «der Rede Strom erquellen» liess. Man blickte auf erfolgreiche 25 Jahre zurück, in denen sich die Arbeiterzahl mehr als vervierfacht, der Gewinn verdreifacht und die Dividende mehr als verdoppelt hatte.<sup>3</sup> Die zu diesem Anlass geprägte Jubiläumsmedaille verwies auf diesen Erfolg. Auf der einen Seite war der frühere Verwaltungsratspräsident Julius Weber (1838–1906) porträtiert, Oscars Vater, der die Grundlagen für den Aufstieg gelegt hatte, die andere Seite zeigte «das Bild der Fabrik mit dahinter aufgehender Sonne, die ihre Strahlen auf das Unternehmen» warf.<sup>4</sup>

Am Anfang war mehr Schatten als Licht. Oscar Weber, seit zwei Jahren Präsident der Metallwarenfabrik, erinnerte die Aktionäre an «böse und gute Tage».<sup>5</sup> Jedoch habe sich in «langer, schwerer Arbeit» «aus einer anfänglich ungefreuten Fabrik» «ein gesundes und kräftiges Institut entwickelt», «das in den letzten Jahren nicht nur den Aktionären Freude gemacht, sondern gewiss auch kräftig zu der Entwicklung von Zug beigetragen» habe.<sup>6</sup>

## Aufstieg mit Hindernissen

Es begann mit vielen bösen Tagen. Am 29. Juni 1880 erläuterte der Zuger Obergerichtspräsident und Bankier Alfred Wyss (1846–1901) einer Gruppe von Interessenten aus Zug und Zürich, er habe sich mit anderen Personen «mit dem Projekte der Errichtung einer Fabrik zum Zwecke der Herstellung emailierter, gestanzter und geschliffener Waaren» aus Metall beschäftigt. Dazu gehörte auch Gustav Pfannschmidt, vormals Besitzer einer Fabrik in Deutschland, die Produkte ähnlicher Art herstellte. Studien, die dieser «in jeder Richtung gemacht» habe, hätten «puncto Rentabilität ein günstiges» Ergebnis gezeigt. Darauf beschlossen die Investoren die Gründung der «Email- und Metallwaarenfabrik Zug», ausgestattet mit einem Aktienkapital von 200 000 Franken.<sup>7</sup>

Es war die erste grosse Fabrik in der Stadt Zug, die bisher mangels Wasserkraft von der Industrialisierung nur am Rande erfasst worden war. Die ersten Industrien im Kanton folgten ab 1834 (Spinnerei Unterägeri) wegen der erforderlichen Antriebskraft dem Lauf der Lorze, die vom Ägerisee in den Zugersee und von diesem in die Reuss fliesst. Auf dem Gebiet der Gemeinde Zug entstand nur eine einzige, kleinere Fabrik, die Weberei in der Chollermüli (1850), wo die Lorze weitab der Stadt in den Zugersee mündet. Der Eisenbahnanschluss 1864 und der Aufbau einer Druckwasserversorgung durch die 1878 gegründeten Wasserwerke Zug<sup>8</sup> beseitigten diesen Standortnachteil und erlaubten den Bau von Fabriken in der verkehrsgünstigen Stadt Zug, da sich mit der von der Eisen-

bahn hergeschafften Kohle und dem Druckwasser aus der Leitung Dampfmaschinen und Wasserturbinen an fast beliebigen Orten betreiben liessen.

Die Fabrikleitung unter Verwaltungsratspräsident Wyss und dem zum Direktor ernannten Pfannschmidt<sup>9</sup> ging mit viel Elan und Optimismus, aber ohne sorgfältige Planung ans Werk. Ihr Weg führte innert kurzer Zeit in die Krise. Noch vor Vollendung des grossen, auf einem Bauplatz nahe des Bahnhofs erstellten Fabrikgebäudes machte die Baufirma Konkurs. Die Fabrik musste die Arbeiterlöhne übernehmen, damit das Werk vollendet werden konnte.<sup>10</sup> Auch andernorts stiegen die Kosten. Pfannschmidt, der bei einem deutschen Unternehmen aus der gleichen Branche, der Firma Braun & Kress im sächsischen Deuben, Emailrezepte und Maschinen besorgt hatte, überzeugte den Verwaltungsrat, zusätzlich zur Herstellung üblicher Metallwaren für Haus, Hof und Handwerk auch auf neuartiges vernickeltes Eisen zu setzen, was weitere Spezialmaschinen und eine erhebliche Erweiterung der Fabrik erforderte.<sup>11</sup>

Die Emaillierung, also die Herstellung keramisch beschichteter Waren, als Haupttätigkeit der neuen Fabrik begann am 11. Juni 1881. Zu diesem Zeitpunkt war das Aktienkapital wegen der grossen Mehrausgaben praktisch schon aufgebraucht. Die Erhöhung auf eine halbe Million Franken brachte nur wenig Erleichterung. Anfang 1882 war eine weitere grosse Aufstockung um eine Million Franken erforderlich.<sup>12</sup> Zur gleichen Zeit reiste Pfannschmidt in die USA, um dort neue Emaillierungstechniken zu studieren und in New York Maschinen zu kaufen. Überdies verhandelte er insgeheim mit einem amerikanischen Industriellen über die Gründung einer Fabrik in Philadelphia, die er als Direktor leiten sollte, und kündigte nach seiner Rückkehr die Direktionsstelle in Zug. Da sich aber die neue Stelle in Amerika als Phantom erwies, bat Pfannschmidt im Mai 1882 um Wiedereinstellung. Der Verwaltungsrat lehnte gekränkt ab, warf Pfannschmidt geschäftsschädigendes Verhalten vor und bezichtigte ihn weiterer schwerer Verfehlungen. Anderntags nahm sich Pfannschmidt mit Zyankali das Leben.<sup>13</sup>

<sup>2</sup> Zuger Nachrichten (ZN) 112, 22.9.1919.

<sup>3</sup> ZN 113, 17.9.1912.

<sup>4</sup> Zuger Volksblatt (ZV) 112, 17.9.1912.

<sup>5</sup> ZN 113, 17.9.1912 (Zitat); ZV 112, 17.9.1912. – StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1912.

<sup>6</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1912.

<sup>7</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 29.6.1880 (Zitate); G 259.103, Protokoll Kantonsgericht Zug 1883, Bd. 3, Aktenheft 97.

<sup>8</sup> Uttinger 1929, 11 ff., 55.

<sup>9</sup> StAZG, P 135.1.5, Prot. VR, 23.7.1880.

<sup>10</sup> StAZG, P 135.1.5, Prot. VR, 6.12.1880.

<sup>11</sup> StAZG, P 135.1.5, Prot. VR, 5.8.1880, 7.8.1880, 28.11.1880, 6.1.1881, 10.12.1881, 18.12.1881, 30.1.1882; P 135.1.1, Prot. GV, 21.8.1880. – Neue Zuger Zeitung 33, 27.4.1881.

<sup>12</sup> StAZG, P 135.1.5, Prot. VR, 13.6.1881; P 135.1.1, Prot. GV, 30.7.1881, 5.1.1882.

<sup>13</sup> StAZG, P 135.1.5, Prot. VR, 30.1.1882, 10.3.1882, 21.4.1882, 22.5.1882; G 259.103, Protokoll Kantonsgericht Zug 1883, Bd. 3, Aktenheft 97. – Neue Zuger Zeitung 41, 24.5.1882.

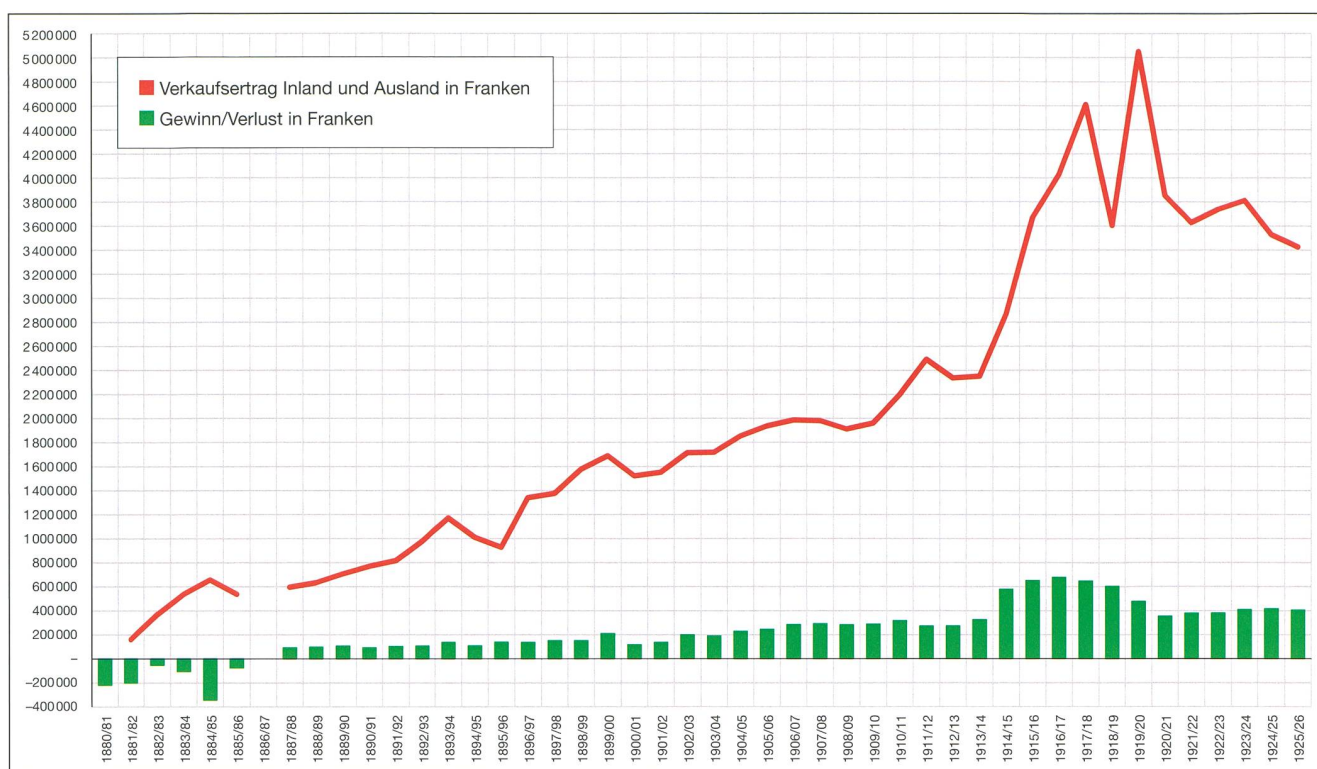


Abb. 2 Metallwarenfabrik Zug, Verkaufsertrag und Gewinn/Verlust in den Geschäftsjahren 1880/81 bis 1925/26.

Danach wurde es nicht besser: Die Emailöfen funktionierten nicht richtig, die Metallwaren waren von mässiger Qualität. Man litt an den «Folgen des unverständigen ohne genaue Waaren- und Absatzkenntnis vorgenommenen Fabrizirens der ersten Jahre».<sup>14</sup> Die Lager waren übertoll, der Absatz stockte trotz eines Agentennetzes von England bis Russland. Von Jahr zu Jahr resultierten riesige Betriebsverluste, auch wegen der schweizerischen Zollpolitik, welche eingeführtes Blech hoch, Importe konkurrierender Metallwaren aber niedrig belastete.<sup>15</sup> Der Verwaltungsrat befasste sich vorwiegend mit der Beschaffung neuer Mittel. Die Schuldenlast wurde immer grösser, bis sie schliesslich das Geschäft erdrückte. Am 28. Oktober 1886 erklärte sich die Gesellschaft für insolvent und steuerte auf den Konkurs zu, der die Gläubiger viel

Geld und etwa 200 Arbeiterinnen und Arbeitern den Arbeitsplatz gekostet hätte. Da jedoch noch betriebliche Substanz vorhanden war, wurde die Liquidation aufgeschoben, «um dadurch den durch eine Betriebseinstellung drohenden Schaden abzuwenden und zugleich die Basis für die Reconstruction des ganzen Geschäfts zu gewinnen».<sup>16</sup>

Tatsächlich gelang die Sanierung. Neues Kapital, offenbar vor allem von Zuger Investoren,<sup>17</sup> gab der am 28. Juli 1887 konstituierten Aktiengesellschaft «Metallwarenfabrik Zug» (MFZ) eine neue Basis. Sie übernahm die Aktiven der nunmehr liquidierten alten Gesellschaft, allerdings «zu teuer, teilweise viel zu teuer», wie Oscar Weber im Rückblick nach 25 Jahren bilanzierte, und musste deshalb weiterhin grosse Abschreibungen vornehmen und noch lange «alte Sünden amortisieren».<sup>18</sup> Immerhin machte die Fabrik nun Gewinne, wenn auch bescheidene (Abb. 2).<sup>19</sup> Das zögerliche Gedeihen sei dem schwierigen Umfeld zuzuschreiben, legte die Fabrikleitung den Aktionären die Sachlage dar: «Die Preise der Rohmaterialien sind ohne Ausnahme steigend; die Lasten des Geschäftes nehmen zu; unsere Konkurrenz überbietet sich in Gewährung von Rabatten, welche früher für unmöglich gehalten wurden; die Zollverhältnisse sind ebenfalls schlimmer geworden.»<sup>20</sup>

Auch die neue Fabrikleitung griff sogleich international aus, bemühte sich um Absatz in Italien, Rumänien, Bulgarien und in Frankreich, beriet über Vertretungen in Spanien und Portugal und Verkäufe in Russland.<sup>21</sup> Anzubieten hatte man hauptsächlich emaillierte, verzinnte oder geschliffene Koch- und andere Geschirre für Haushalt und Gewerbe, weitere in

<sup>14</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsbericht 1883/84, 6.

<sup>15</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsberichte 1883/84, 1884/85, 1885/86; P 135.1.5, Prot. VR, 27.1.1883, 3.3.1883, 4.4.1883, 20.9.1884. Die Grafik Abb. 2 basiert auf den Zahlen in den Geschäftsberichten und den Hauptbüchern der Buchhaltung. – Stadlin 1980, 12–15.

<sup>16</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsberichte 1883–1920, Rundschreiben «An die tit. Creditoren der tit. Email- & Metallwaren-Fabrik Zug in Liquidation» vom 31.12.1882; P 135.4.1, Arbeiterverzeichnis 1880–1898, Auswertung der Einträge.

<sup>17</sup> Vier der fünf ersten, 1887 gewählten Verwaltungsräte, darunter der Präsident Theodor Dändliker (1865–1929), kamen aus dem Kanton Zug. StAZG, P 135.1.2, Prot. GV, 28.7.1887; Stadlin 1980, 15 f.

<sup>18</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1912, Rückblick von Präsident Oscar Weber 1912.

<sup>19</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsberichte 1888/89–1892/93.

<sup>20</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsbericht 1888/89, 7.

<sup>21</sup> StAZG, P 135.1.6, Prot. VR, 2.2.1891.



diesen Bereichen nutzbare Metallwaren sowie Emailschilder. Ein wichtiger Bereich war schon seit der Gründung der ersten Fabrik 1881 die Produktion von Militärgütern aus Metall wie Gewehrbestandteile oder Ausrüstung für die einzelnen Soldaten.<sup>22</sup>

Vorher kam das Geschäft nicht richtig in Gang. Es gab viele Wechsel in der Leitung und Machtkämpfe im Verwaltungsrat.<sup>23</sup> Anfang der 1890er Jahre erwirtschaftete die Fabrik bei einem jährlichen, je zur Hälfte im Inland und Ausland gemachten Umsatz von 700 000 bis 800 000 Franken einen Jahresgewinn von ungefähr 100 000 Franken (Abb. 2). Erarbeitet wurde dieser von etwa 200 Arbeitern – Brenner, Heizer, Glüher, Stanzer, Beizer, Verzinner, Schlosser, Packer usw. – und Arbeiterinnen, die vorwiegend im Emailwerk beschäftigt waren, sowie einer Anzahl von Angestellten (Prokuristen, Büropersonal, Werkmeister). Die Arbeiterinnen und Arbeiter erhielten einen nach Arbeitszeit oder Arbeitsleistung berechneten Stunden- oder Stücklohn, die Angestellten ein fixes Monatsgehalt. Ein dem Verwaltungsrat unterstellter Direktor leitete den Betrieb.<sup>24</sup>

## Reorganisation und Wachstum

Eine wichtige Wegmarke beim Aufstieg zu einem der grössten Betriebe im Kanton setzte die Generalversammlung vom 13. März 1893. Knapp zwei Jahre zuvor war das Aktienkapital von 743 500 Franken auf 1,1 Millionen Franken erhöht und die Aktien von der Zürcher Börse in den Handel aufgenommen worden.<sup>25</sup> Im Gefolge dieser Änderung hatten offenbar Zürcher Financiers kräftig in die Metallwarenfabrik Zug investiert und die Mehrheit übernommen. 1893 beschloss die besagte Generalversammlung der MFZ neue Statuten mit einer umfassenden Reorganisation. Der Verwaltungsrat wurde vergrössert, ein Ausschuss leitete das Geschäft, den Fabrikbetrieb führten ein technischer und ein kommerzieller Direktor. Die meisten alten Verwaltungsräte traten ab. Im neuen Rat kamen nur noch zwei Bisherige aus Zug, die übrigen Mitglieder aus dem Kanton Zürich. Präsident wurde der Zürcher Kaufmann Julius Weber.<sup>26</sup> 1895 holte er seinen Sohn Oscar in die Fabrik. 1896 wurde der promovierte Chemiker technischer Direktor, 1906, nach dem Tod seines Vaters, Mitglied und 1910 Präsident des Verwaltungsrats.<sup>27</sup> In dieser Position blieb er bis kurz vor seinem Tod 1952. Unter der



Abb. 3 Dr. Oscar Weber (1868–1952), Chemiker, trat 1895 in die von seinem Vater Julius geleitete Fabrik ein, wurde 1896 technischer Direktor und 1906 Verwaltungsrat, den er von 1910 bis 1951 präsidierte.

Leitung erst von Julius, dann von Oscar Weber gewann die Metallwarenfabrik zuerst an Festigkeit, dann an Grösse und Bedeutung weit über den Kanton Zug hinaus. 1896, als Oscar Weber technischer Direktor wurde, zählte die Fabrik etwa 360 Arbeiterinnen und Arbeiter. 1912, als Weber auf die ersten 25 Jahre der neuen Metallwarenfabrik zurückblickte, waren es über 500. Damit war sie der grösste Betrieb im ganzen Kanton Zug, wurde aber bald danach von der rasch expandierenden Stromzählerfabrik Landis & Gyr überholt.

Die Fabrik habe sich «in strenger Arbeit und nicht immer unter günstigen Verhältnissen zu einem innerlich kräftigen und gesunden und nach aussen hin geachteten Geschäfte emporgerungen», bilanzierte der Geschäftsbericht im Jubiläumsjahr 1912 stolz.<sup>28</sup> Seit der Reorganisation 1893 hatte sich der Umsatz verdoppelt, ebenso der ausgewiesene Gewinn. Zu diesem Wachstum trug sicher die im Allgemeinen gute Konjunktur seit den 1890er Jahren bei,<sup>29</sup> ebenso aber auch die

<sup>22</sup> StAZG, P 135.1.5, Prot. VR, 22.3.1883; P 135.1.6, Prot. VR, 2.2.1891; P 135.1.17, Prot. VRA, 8.3.1892.

<sup>23</sup> StAZG, P 135.1.7, Prot. VR, 18.11.1891, 8.7.1892.

<sup>24</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsberichte 1888/89–1892/93.

<sup>25</sup> StAZG, P 135.1.6, Prot. VR, 10.4.1891; P 135.1.2, Prot. GV, 1.6.1891; StAZG, P 135.5.1, Statuten vom 21.4.1890.

<sup>26</sup> StAZG, P 135.1.2, Prot. GV, 13.3.189; P 135.5.1, Statuten vom 13.3.1893; ZV 38, 3.4.1906 – ZN 39, 5.4.1906. – Zu Julius Weber vgl. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/030896/2012-06-13/>, konsultiert am 15.5.2020.

<sup>27</sup> StAZG, P 135.1.7, Prot. VR, 23.2.1895; P 135.1.8, Prot. VR, 22.8.1896; P 135.1.9, Prot. VR, 17.9.1910; P 135.1.2, Prot. GV,

15.9.1906. – Zu Oscar Weber: Biographisches Lexikon verstorbener Schweizer, Bd. IV, Zürich 1955. ZV 96, 11.8.1952. ZN 97, 13.8.1952. Dr. Oscar Weber, 1868–1952. Zur Erinnerung an den Todestag 7. August 1952. Gedächtnisansprachen in der Protestantischen Kirche in Zug anlässlich der Abdankungsfeier vom 11. August 1952, Zug 1952. <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/030897/2013-10-14/>, konsultiert am 15.5.2020.

<sup>28</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsbericht 1911/12, 3.

<sup>29</sup> Rolf Brandenburg, Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung des Kantons Zug 1850–1960. Dissertation Universität Zürich, 1969, 79.

besonnene und solide Geschäftspolitik und der Ausbau der Fabrikanlage, um Produktivität und Leistung zu erhöhen. 1895 beurteilte ein externer Gutachter das Emaillierwerk, den Kern der ganzen Fabrik, als veraltete, höchstens «gut mittel-mässige, wesentlicher Umgestaltung bedürftige» Anlage und empfahl einen erheblichen Ausbau, den die Geschäftsleitung sogleich und mit Erfolg in Angriff nahm.<sup>30</sup> Im Geschäftsjahr 1894/95 produzierte die Metallwarenfabrik knapp 400 000 kg Emailwaren, fünf Jahre später waren es doppelt so viel.<sup>31</sup> Anfang 1900 erreichte der tägliche Ausstoss fast drei Tonnen. Produktion und Umsatz seien «im Berichtsjahr um durchschnittlich wenigstens 30 % gestiegen bei sozusagen gleichen Auslagen», was der technischen Direktion anzurechnen sei, lobte der damalige Verwaltungsratspräsident Julius Weber seinen Sohn Oscar.<sup>32</sup>

Der Ausbau des Werkes mit dem Ziel, ein billiges Produkt in guter, solider Qualität, aber in grossen Mengen und kostengünstig herzustellen, hatte sich gelohnt.<sup>33</sup> Die Steigerung der Produktivität war aber auch zwingend nötig, da sich die Metallwarenfabrik Zug gegen eine starke Konkurrenz hauptsächlich durch deutsche und österreichische Betriebe behaupten musste. Hinderlich waren, abgesehen von hohen Einfuhrzöllen von Exportländern, die ständigen Preiskämpfe, die «bodenlose Preisschleuderei»,<sup>34</sup> welche die Erträge beim wichtigsten Produktionszweig drückte. Der Absatz der emaillierten Gebrauchswaren – Töpfe, Trichter, Schalen, Becken, Pfannen, Krüge, Kellen und anderes – lief immer häufiger über die aufkommenden Warenhäuser und machte sie zu Gegenständen des Massenkonsums. 1904 schätzte der kaufmännische Direktor Carl Wickart (1856–1932), der schon seit der Eröffnung der ersten Fabrik 1881 im Geschäft arbeitete, dass die Warenhäuser jährlich etwa für 500 000 Franken emaillierte Küchen- und Haushaltsgeräte bezogen und damit ungefähr den halben Inlandsbedarf deckten. Die andere Hälfte gelangte über die Eisenwaren-, Glas- und Porzellanhändler, traditionell gute Käufer bei der Metallwarenfabrik, zur Kundschaft. Von den Bestellungen der Warenhäuser gingen über zwei Drittel an die Metallwarenfabrik,<sup>35</sup> die daher an guten Beziehungen zu diesen Grosskunden interessiert war. 1908 investierte die Fabrik viel Kapital ins Zürcher Warenhaus Globus. Im Gegenzug versprach Globus, bei gleichen Preisen und gleicher Qualität

die Produkte der Metallwarenfabrik zu bevorzugen. 1914 war das Warenhaus der grösste inländische Abnehmer von Emailprodukten aus der Metallwarenfabrik. Ebenfalls 1908 beteiligte sich die Metallwarenfabrik am Warenhaus Brann, einem weiteren grossen Kaufhaus in Zürich, das bald einmal seinen ganzen Emailwarenbedarf bei der MFZ bezog.<sup>36</sup>

Indes war der Fabrikleitung schon seit je klar, dass man mit der Emaillierung allein «wohl kaum fett werden und zu einem besseren Ergebnis gelangen» würde.<sup>37</sup> Für den Geschäftserfolg ebenso wichtig waren die übrigen Abteilungen, etwa die Schildermalerei oder die Produktion von Molkereigeschirr. Dazu zählten vor allem die verzinnnten Milchtransportkannen, die gute Erträge brachten, besonders dank der grossen Bestellungen durch die Nestlé & Anglo-Swiss Condensed Milk Company, die grösste Schweizer Milchverwerterin, die auch in der nahegelegenen Kondensmilchfabrik in Cham produzierte.<sup>38</sup>

Meist lukrativ, aber nicht stetig waren die auf Bestellung gefertigten «Extrafabrikationen», zum Beispiel von Petrolkannen oder Konservenbüchsen.<sup>39</sup> Weitaus bester Kunde in diesem Geschäftsbereich war die Eidgenössische Militärverwaltung, die für die Modernisierung der Armee viele Metallwaren benötigte: Munitionskisten, Patronenmagazine und andere Gewehrbestandteile, Geschosshülsen, Kochgeschirr, Feldflaschen, Zeltplöcke usw.<sup>40</sup>

Im Juli 1903 konnte Präsident Julius Weber dem Verwaltungsrat mitteilen, dass die Metallwarenfabrik «infolge unserer verschiedenen und namhaften Verbesserungen, mit denen wir wohl mit an der Spitze der besteingerichteten ähnlichen Werke stehen», im eben abgelaufenen Geschäftsjahr mit Verkäufen von mehr als 1,5 Millionen Franken ihren bisherigen Umsatzrekord brechen konnte. Der Nutzen von «Fabrikations-Fortschritten, billigeren Einstellungskosten» und der «neuen amerikanischen Maschinen» zeigte sich auch in den folgenden Jahren.<sup>41</sup> Der Umsatz im Inland stieg langsam, aber fast stetig, jener im Ausland blieb immerhin stabil, und, noch wichtiger, auch der Gewinn nahm in der Tendenz zu, während die mittlere Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter zwischen etwa 400 und 450 schwankte (vgl. Abb. 2 und 5).<sup>42</sup> Die Fabrikleitung reagierte sehr flexibel auf die bisweilen rasch wechselnde Auftragslage, indem sie die Arbeitszeit –

<sup>30</sup> StAZG, P 135.1.17, Prot. VRA, 14.2.1895, 16.2.1895 (Zitat), 20.2.1895; P 135.1.7, Prot. VR, 23.2.1895.

<sup>31</sup> StAZG, P 135.1.7–8, Prot. VR; 1894/95: 384 957 kg, 1899/1900: 761 316 kg.

<sup>32</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 29.1.1900.

<sup>33</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 7.12.1897.

<sup>34</sup> StAZG, P 135.1.7, Prot. VRA, 25.4.1895; P 135.1.18, Prot. VRA, 3.3.1898, 11.1.1901; P 135.1.8, Prot. VR, 28.2.1899 (Zitat).

<sup>35</sup> StAZG, P 135.1.18, Prot. VRA, 11.1.1901; P 135.1.19, Prot. VRA, 8.3.1904.

<sup>36</sup> StAZG, P 135.1.9, Prot. VR, 29.5.1908, 6.8.1910; P 135.1.19, Prot. VRA, 31.7.1908; P 135.1.20, Prot. VRA, 23.11.1914. – Oscar Weber engagierte sich auch privat in der Warenhausbranche, beteiligte sich an Globus, übernahm schliesslich das Warenhaus Julius Brann, das unter seinem Namen weitergeführt wurde und zu dem auch die Einheitspreis AG, die EPA, gehörte. ZN 97, 13.8.1952.

<sup>37</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 24.8.1899.

<sup>38</sup> StAZG, P 135.1.19, Prot. VRA, 21.5.1904, 8.5.1906; P 135.1.9, Prot. VR, 26.3.1913, 7.6.1913. – Zur Geschichte der Nestlé & Anglo-Swiss Condensed Milk Company vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Thomas Fenner, Nestlé & Anglo-Swiss. Vom Schweizer Milchimperium zum multinationalen Nahrungsmittelkonzern. In: Rossfeld/Straumann 2008, 317–343.

<sup>39</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 24.8.1899; P 135.1.18, Prot. VRA, 3.5.1900.

<sup>40</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 22.8.1896, 24.8.1899, 29.1.1900, 8.3.1904; P 135.1.17, VRA, 8.3.1892, 23.4.1893; P 135.1.20, Prot. VRA, 10.12.1912, 30.10.1913.

<sup>41</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 11.7.1903.

<sup>42</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsberichte 1902/03–13/14.



1908 normalerweise 58 Stunden – reduzierte und wieder erhöhte, Abgänge nicht ersetzte, Arbeiterinnen und Arbeiter einstellte oder wieder entliess.<sup>43</sup> Im Verlauf der meist guten Konjunktur seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stiegen mit Verzögerung auch die Arbeitslöhne.<sup>44</sup>

## Expansion durch Tochterfirmen

Die Metallwarenfabrik war seit ihren Anfängen international tätig. Abgesehen von den ersten Jahren war aber der Umsatz im Inland erheblich grösser als jener im Ausland, der sich zusehends auf Frankreich, Italien sowie Spanien als wichtigstes Ziel von Emailwarenexporten konzentrierte.<sup>45</sup> Um dort stärker präsent zu sein und hinderliche Zölle zu vermeiden, erwog die Fabrikleitung um die Jahrhundertwende, sich an einem zu gründenden Stanz- und Emaillierwerk in Barcelona zu beteiligen, kam aber schliesslich insbesondere wegen der grossen Entfernung wieder davon ab. Besser erreichbar war Italien, ein «Land steigender Prosperität und mächtigen Aufschwunges», wo man gute «Chancen zur vorteilhaften Erweiterung unseres Geschäftes und Schutz gegen die sich immer enger schliessenden Bande der grossstaatlichen Zölle» sah.<sup>46</sup>

1906 kam die Gelegenheit. Zusammen mit der Metallwarenfabrik Merker & Cie. in Baden, mit der die MFZ gute Beziehungen unterhielt, beteiligte sie sich an einem neu gegründeten Emaillierungswerk in Mailand, der Smalteria Italiana. Zur angestrebten Mehrheit kam die MFZ erst auf einem beschwerlichen und teuren Umweg. Mit dem Bau und der Einrichtung der neuen Fabrik ging es nicht vorwärts. Man beanstandete Schlendrian und Schlamperei und beschloss, die Sache in die eigenen Hände zu nehmen, was viele Italienreisen des technischen Direktors Oscar Weber und seines Stellvertreters Adolf Uttinger (1858–1931) erforderte. Die Produktion kam nur stockend in Gang, das Aktienkapital schwand, die Liquidation drohte. Kaum in Betrieb, musste die Smalteria saniert werden. Die MFZ steckte nochmals viel Geld hinein, konnte aber immerhin dank der erforderlichen Abschreibung und Wiederaufstockung des Aktienkapitals die lange angestrebte Mehrheit erlangen. Die Hoffnung, «dass die Smalteria Italiana, wenn auch langsam, alle die Mühe, Geld und Arbeit, die in dieses Geschäft hineingesteckt worden sind, verzinst», erfüllte sich allerdings nie.<sup>47</sup>

<sup>43</sup> StAZG, P 135.1.9, Prot. VR, 18.8.1906, 29.1.1908, 17.8.1909, 23.4.1910; P 135.1.19, Prot. VRA, 7.3.1908, 8.6.1909, 14.7.1909.

<sup>44</sup> StAZG, P 135.1.19, Prot. VRA, 26.3.1907, 25.6.1907, P 135.1.9, Prot. VR, 29.1.1908, 23.4.1910. – Aus überlieferten Listen der pro Zahltag (alle 2 Wochen) ausbezahlten Löhne nach Abteilungen mit Angabe der Arbeiterzahl und Arbeitstage (StAZG, P 135.4.8) lassen sich die durchschnittlichen Tagelöhne (Stundenlöhne und Akkordlöhne) ausrechnen. Bis in die Mitte der 1900er Jahre verharren sie im Bereich gut 3 Franken, stiegen anschliessend bis etwa 1910 auf ungefähr 4 Franken und stagnierten anschliessend auf diesem Niveau.

<sup>45</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 17.8.1901; P 135.1.9, Prot. VR, 16.5.1906; P 135.1.10, Prot. VR, 4.9.1913; P 135.1.18, Prot. VRA, 11.1.1901; P 135.1.19, Prot. VRA, 1.12.1906, 13.8.1906; P 135.1.20, Prot. VRA, 7.11.1911.

Der Ausbau der Fabrik in Zug, besonders vor der Jahrhundertwende und in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, bezweckte hauptsächlich, die Herstellung der gängigen Artikel auszuweiten und zu rationalisieren. Neue bedeutsame Produktkategorien kamen nicht dazu. Verbreitert wurde das Sortiment durch die Gründung oder Übernahme anderer Betriebe. So überlegte sich die Geschäftsleitung 1909, mit der Fabrikation von Aluminiumgeschirr zu beginnen, beteiligte sich aber stattdessen am Hauptproduzenten solcher Artikel in der Schweiz, der Firma Gröninger & Cie. Aluminiumwerke Binningen Basel, und erlangte 1911 die Mehrheit.<sup>48</sup> 1913 kam die Metallwarenfabrik in Kontakt mit der deutschen Badischen Eisen- und Blechwarenfabrik Motz & Cie. GmbH in Sinzheim, die ihre im Verhältnis zum Wert mit sehr hohen Zöllen belasteten Artikel wie Rohrschellen, Mauerhaken, Ringeisen, Dachhaken und andere Eisenwaren für das Baugewerbe auch in der Schweiz produzieren wollte. Ergebnis war die Gründung der Schweizerischen Eisen- und Blechwarenfabrik in Stein am Rhein, kurz SEBAG.<sup>49</sup>

Bedeutsamer war eine weitere Gründung im selben Jahr. Kaum war im Sommer 1913 der SEBAG-Vertrag unterschrieben, meldeten sich die Herren Oskar Straub, Werkführer der Metallwarenfabrik Affolter, Christen & Cie. in Basel, und Groelly, kaufmännischer Angestellter im selben Betrieb, bei der MFZ mit der Frage, «ob wir mit ihnen eine neue Fabrik gründen wollen» zwecks «Fabrikation von verzinkten Blechartikeln und Lohnverzinkung». Die MFZ sah gute Absatzmöglichkeiten und willigte ein. Anfang August wurde der Vertrag mit den beiden Initianten unterschrieben, im September Korporationsland zwischen Zug und Baar gekauft und noch im selben Monat mit dem Bau der neuen Fabrik begonnen. Mittlerweile hatte Straubs und Groellys Arbeitgeber von den Aktivitäten erfahren, beide fristlos entlassen, eine Hausdurchsuchung veranlasst und vor Gericht wegen unlauterem Wettbewerb geklagt. Den Gründungselan konnte er nicht hemmen. Im Dezember 1913 konstituierte sich die neue Verzinkerei Zug AG. Das Kapital kam mehrheitlich von der Metallwarenfabrik. Deren Präsident Oscar Weber wurde auch Präsident der neuen Fabrik, Oskar Straub Direktor. Groelly schied bald aus. Im Frühling 1914 begann die Verzinkerei Zug mit der produktiven Arbeit und entwickelte sich rasch zur wichtigsten Tochterfirma.<sup>50</sup>

<sup>46</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 28.2.1899, 24.8.1899, 11.7.1903; P 135.1.2, Prot. GV, 12.1.1907 (Zitat).

<sup>47</sup> StAZG, P 135.1.9, Prot. VR, 18.12.1906, 5.1.1907, 17.8.1907, 22.10.1907, 21.8.1908, 8.11.1908, 19.2.1909; P 135.1.19, Prot. VRA, 2.3.1906, 25.6.1907, 16.4.1908, 14.7.1909 (Zitat), 31.7.1908, 8.6.1909, 28.7.1909.

<sup>48</sup> StAZG, P 135.1.19, Prot. VRA, 6.4.1909, 14.4.1909; P 135.1.20, Prot. VRA, 17.5.1911, 29.7.1911, 7.11.1911; P 135.1.9, Prot. VR, 29.4.1909.

<sup>49</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 9.5.1913, 5.6.1913; P 135.1.9, Prot. VR, 7.6.1913.

<sup>50</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 5.8.1913 (Zitate), 24.9.1913, 21.2.1914; P 135.1.20, Prot. VRA, 13.7.1913, 4.9.1913, 11.12.1913, 20.3.1914. – 25 Jahre Verzinkerei Zug 1938.

## Arbeiterinnen und Arbeiter

Am 8. Dezember 1880 trat Friedrich August Neumann, Brenner aus Sachsen, als erster Arbeiter in die «Email- und Metallwarenfabrik» ein. Er kam wohl aus jenem Betrieb, in dem die neue Fabrik ihre Emailrezepte und Maschinen bezogen hatte. Mitte des Folgejahres beschäftigte die Fabrik 65 Personen, grösstenteils Männer, je knapp die Hälfte der Belegschaft kam aus Deutschland und aus der Schweiz. Danach ging der zu Beginn hohe Anteil der Ausländer rasch zurück. 1890 betrug er nur noch etwa einen Achtel.<sup>51</sup> Offenbar liess sich der Bedarf an Arbeitskräften im Inland decken. In den 1890er Jahren änderte sich dies. Allgemein stieg mit der wachsenden Wirtschaft und dem Bauboom auch die Nachfrage nach Arbeiterinnen und Arbeitern. Im Kanton Zug konkurrierten anscheinend besonders die Spinnerei Baar und die Metallwarenfabrik, die bessere Löhne zahlte, um Personal.<sup>52</sup> Da dieses im Inland nicht mehr in ausreichender Zahl verfügbar war, blickte man über die Landesgrenzen hinaus, insbesondere nach Italien, wo genügend billige und willige Arbeiter und vor allem auch Arbeiterinnen zu finden waren. Im April 1895 wies der kaufmännische Direktor Carl Wickart den Verwaltungsratsausschuss auf den Mangel an Arbeiterinnen im Emaillierwerk hin und berichtete «über die eingeleiteten Schritte im Kanton Tessin, Como und deren Enden [= Umgebung] zur Heranziehung für diesen Zweck passender Mädchen».<sup>53</sup>

Die Bemühungen waren offenbar erfolgreich, denn in den folgenden Jahren stieg der Anteil der bisher kaum präsenten Italienerinnen, noch mehr aber jener der Italiener in der Fabrik erheblich an (vgl. Abb. 5). Um 1900 machten sie zusammen schon etwa ein Drittel der ungefähr 400 Personen zählenden Belegschaft aus, um 1910 fast die Hälfte. Die Italienerinnen allein stellten zu dieser Zeit annähernd ein Viertel des Personals, die Frauen insgesamt etwa ein Drittel. Fast alle arbeiteten in der Emaillierung, die Männer meistens in den Abteilungen mit gröberen, kraftheischenden Tätigkeiten in der Stanzerei, Schlosserei, Brennerie, Spenglerei, Verzinnung oder in der Packerei. Ein erheblicher Teil blieb



Abb. 4 Emaillierungsabteilung, in der die meisten Frauen arbeiteten, 1930er Jahre.

nur kurze Zeit in der Fabrik. Die Fluktuation nicht nur bei den Italienerinnen und Italienern, sondern bei der gesamten Arbeiterschaft war sehr gross. 1900 etwa gab es bei einer Belegschaft von gut 400 Personen etwa 170 Eintritte – die Hälfte davon war kaum 20 Jahre alt – und fast 230 Austritte. Ein Zwölftel der Eintretenden war binnen eines Monats wieder weg, mehr als zwei von fünf blieben weniger als ein halbes Jahr lang. Nach einem Jahr gehörte schon fast zwei Drittel der im Jahr 1900 Eingetretenen nicht mehr zum Betrieb.<sup>54</sup> Andererseits arbeiteten knapp 100 Personen schon länger als fünf Jahre in der Fabrik. Um diese zu belohnen und dem häufigen

<sup>51</sup> StAZG, P 135.4.1, Arbeiterverzeichnis 1880–1898, Auswertung der Einträge.

<sup>52</sup> Werner Ammann, 100 Jahre Spinnerei an der Lorze Baar 1854–1954. Jubiläumsschrift der Spinnerei an der Lorze Baar (Schweiz). Zürich 1954, 306–311.

<sup>53</sup> StAZG, P 135.1.17, Prot. VRA, 25.4.1895.

<sup>54</sup> StAZG, P 135.4.1–2, Arbeiterverzeichnisse 1880–1898 und 1898–1942, Auswertung der 7595 Einträge 1880–1925. – Verzeichnisse ab 1942 liegen nicht vor. Die vom Fabrikgesetz vorgeschriebenen Arbeiterverzeichnisse erfassten Namen, Vornamen, Heimatkanton oder Heimatland, Wohnort, Geburtsdatum, Sterbedatum beim Tod während der Zeit der Anstellung, Abteilung, Eintrittsdatum und Austrittsdatum. Nicht erfasst vom Arbeiterverzeichnis sind die etwa zwei Dutzend im Monatslohn beschäftigten Meister und kaufmännischen Angestellten. Bei insgesamt etwa 250 Personen oder gut 3 Prozent ist in den Arbeiterverzeichnissen kein Austrittsdatum eingetragen. Bei knapp 100 dieser Fälle wurde der Austritt nur lapidar mit «fort» vermerkt. Bei den übrigen fehlt das Austrittsdatum ganz, sei es, weil die betreffende

Person 1942 noch im Betrieb arbeitete, der Eintrag vergessen ging oder aus anderen Gründen, und liess sich auch nicht durch andere Quellen (v. a. Pensionierungslisten) eruieren. Deshalb liegt die aus diesen Einträgen abgeleitete Belegschaftsgrösse unter dem tatsächlichen Wert, der den Geschäftsberichten und der Lohnbuchhaltung entnommen werden kann (StAZG, P 135.2.1, Geschäftsberichte 1882/83–1924/25; P 135.4.8, Lohnsummen 1892/93–1924/25). Über die erfassten Jahre 1881–1925 beträgt die Abweichung insgesamt etwa 10 Prozent. Das Verhältnis von errechnetem und tatsächlichem Gesamtbestand diente als Korrekturfaktor für die aus dem Arbeiterverzeichnis errechneten Verteilungen nach Geschlecht, Alter, Herkunft usw. Ein Vergleich mit den Zahlen, die in den Fabrikstatistiken 1882, 1888, 1895, 1901 und 1911 zu Geschlecht und Herkunft genannt werden, zeigt eine ungefähre Übereinstimmung, was für den Darstellungszweck genügt, da nicht die genauen Zahlen, sondern die Relationen und Tendenzen über die Jahre hinweg wichtig sind. Vgl. auch Lippuner 1995, 22–26; Lippuner 2001, 90–93.



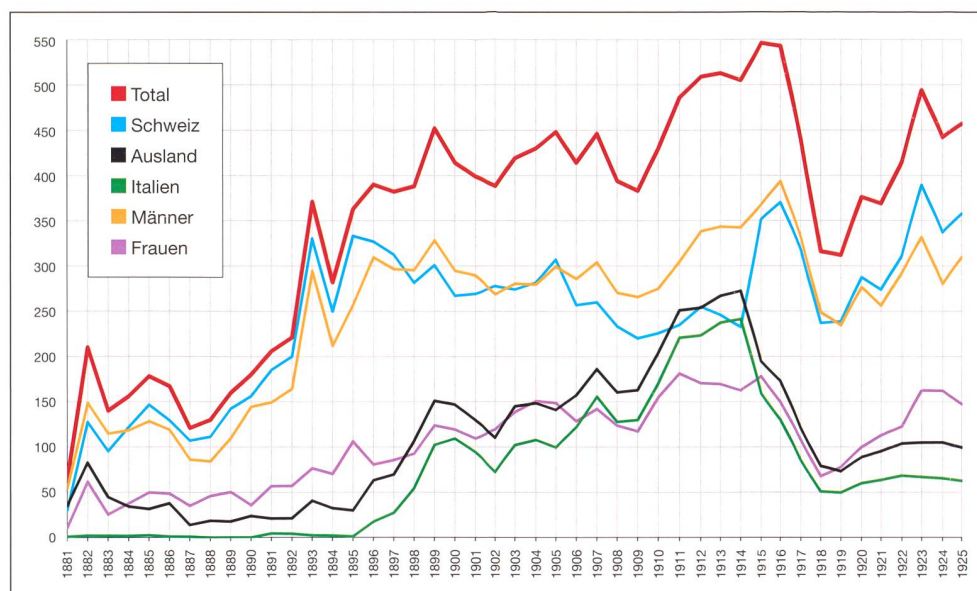


Abb. 5 Arbeiterzahlen zur Jahresmitte nach Herkunft und Geschlecht.

Wechsel entgegenzuwirken, beschloss der Verwaltungsrat 1901 Gratifikationen ab fünf Arbeitsjahren und bestätigte diese in den Folgejahren, da, «wenn ein materieller Nutzen auch schwierig zu konstatieren sei, unbedingt wenigstens von einem guten moralischen Einfluss gesprochen werden dürfe».<sup>55</sup>

Ein Problem waren die Arbeitskräfte und ihr rascher Wechsel, ein weiteres die Frage, wo die Arbeiterinnen und Arbeiter wohnen konnten. In der Stadt Zug wuchs die Bevölkerung um die Jahrhundertwende rasch an, zwischen 1888 und 1910 um fast 60 Prozent auf knapp 8100 Personen, wozu die Zuwanderung aus dem Ausland, besonders aus Italien, sehr viel beitrug.<sup>56</sup> Der Wohnungsbau hielt mit diesem Wachstum nicht mit, die Wohnungsnot nahm zu und mit ihr stiegen die Mietzinsen. Die Fabrikleitung erkannte das Problem schon früh und suchte nach Gegenmitteln. 1890 richtete sie zusammen mit der zugerischen Zigarrenfabrik Kerckhoffs im Quartier Loreto oberhalb der Stadt ein Heim für Arbeiterinnen ein, geführt von Menzinger Schwestern, die für das körperliche Wohl, aber auch für Sittsamkeit und Religiosität zu sorgen hatten. 1905 wurde es nach nicht näher benannten «Vorkommnissen» wieder geschlossen.<sup>57</sup> Da die Wohnungsnot auch im frühen 20. Jahrhundert trotz starker Bautätigkeit nicht kleiner wurde und die Metallwarenfabrik nicht zuletzt wegen des mangelnden Wohnraums Mühe hatte, ihren Bedarf an Arbeitskräften zu decken und gute Arbeiterinnen und Arbeiter zu halten, wurde sie selbst aktiv. Wegen der enormen Wohnungsnot legte Präsident Weber 1907 ein grosses Wohnungsbauprogramm vor, ein aufwendiges Projekt von zwar geringem finanziellen Ertrag, aber grossem indirekten Nutzen, und setzte es gegen Widerstände im Verwaltungsrat durch.<sup>58</sup> In der Folge entstand bis 1914 nahe der Fabrik eine Siedlung mit insgesamt elf Mehrfamilienhäusern und 56 günstigen Wohnungen für die Arbeiter, verbunden mit kleineren oder grösseren Gärten, und vier Einfamilienhäusern für

die Angestellten. Hielten die Mieter Haus und Garten in tadellosem Zustand, gab es eine Prämie.<sup>59</sup>

Erwartet wurde ein mehrfacher Nutzen für die Arbeiterschaft, die Fabrik und schliesslich auch für den sozialen Frieden, wie Präsident Weber 1909 den Aktionären darlegte. Man hoffe, «nicht nur unseren Arbeitern ein Gutes zu tun, sondern auch ebenso wohl im Interesse der Fabrik uns nach und nach einen Stock von alten Arbeitern heran zu ziehen. Wir sind uns ganz klar, dass weder durch unsere Fürsorge noch durch unsere Arbeiterhäuser der soziale Unterschied aufgehoben und damit das alte patriarchalische Verhältnis wieder eingeführt werde; dagegen sind wir umgekehrt davon überzeugt, dass durch die genannten Mittel die Spannung, soweit möglich, gemildert werden kann.»<sup>60</sup> Nur intern diskutiert wurde ein weiterer Nutzen, nämlich dass «in schwierigen Zeiten wir mehr Einfluss auf unsere Leute haben, wenn dieselben in unseren Häusern wohnen».<sup>61</sup> Nach dem Krieg zeigte sich im Streik von 1922, wie gross dieser Nutzen war.

Wie weit Gratifikationen für Betriebsreue, Wohnungen für Arbeiterfamilien und andere Einrichtungen zugunsten der Arbeiter wie eine Krankenkasse oder Pensionen für lang-

<sup>55</sup> StAZG, P 135.1.8, Prot. VR, 17.1.1901, 8.2.1902.

<sup>56</sup> Eidgenössische Volkszählungen 1888, 1900 und 1910. – Morosoli 2017, 169 f.

<sup>57</sup> StAZG, P 135.1.6, Prot. VR, 2.5.1889, 24.6.1890, 26.10.1891; P 135.1.17, Prot. VRA, 25.4.1895, 12.6.1895; P 135.1.19, Prot. VRA, 18.11.1905. – Lippuner 1995, 20 ff.; Lippuner 2001, 94 f.

<sup>58</sup> StAZG, P 135.1.19, Prot. VRA, 1.12.1906; P 135.1.9, Prot. VR, 5.1.1907, 11.5.1907.

<sup>59</sup> StAZG, P 135, K. Bollmann, Geschichte der Wohnkolonie der Metallwarenfabrik Zug zusammengestellt aufgrund von Verwaltungsratsprotokollen und Geschäftsberichten (Manuskript).

<sup>60</sup> StAZG, P 135.1.9, Prot. VR, 11.5.1907, 29.1.1908, 8.11.1908, 19.2.1909, 14.4.1909, 17.8.1909, 23.4.1910; P 135.1.19, Prot. VRA, 25.6.1907, 8.6.1909, 14.7.1909, 7.11.1911, 21.7.1914; P 135.1.3, Prot. GV, 18.9.1909 (Zitat).

<sup>61</sup> StAZG, P 135.1.19, Prot. VRA, 7.11.1911.

jährige Mitarbeiter<sup>62</sup> dazu beitrugen, die Arbeiterinnen und Arbeiter länger im Fabrikbetrieb zu halten, ist nicht zu quantifizieren. Wohl aber lässt sich feststellen, dass in der Tendenz die Betriebstreue langsam zunahm. 1913 zum Beispiel gab es bei einer Belegschaft von über 500 Personen gut 180 Eintritte – fast zwei Drittel waren kaum 20 Jahre alt – und etwa 160 Austritte. Wie schon 1900 war ein Zwölftel der Eintretenden binnen eines Monats wieder weg, knapp ein Drittel hielt es weniger als ein halbes Jahr; 1900 waren es mehr als zwei Fünftel gewesen. Nach einem Jahr arbeitete gut die Hälfte der im Jahr 1913 Eingetretenen nicht mehr im Betrieb. 1900 waren nach dieser Dauer schon fast zwei Drittel bereits wieder weg gewesen.<sup>63</sup> Dieser hohe Wert wurde 1914 übertroffen, als der Ausbruch des Weltkriegs alle langfristigen Bemühungen um eine stabile, betriebstreue Belegschaft zunichte machte.

### Schock im August 1914 und Konjunktur im Krieg

An der Sitzung des geschäftsführenden Verwaltungsratsausschusses vom 21. Juli 1914 besprachen die fünf Mitglieder unter der Leitung von Präsident Oscar Weber die üblichen Themen: die jährliche Inventur, die aktuellen Umsatzzahlen, das Ergebnis des Ende Juni abgeschlossenen Geschäftsjahres 1913/14, die Höhe der Dividenden, die Lage der Firmen, an denen die Metallwarenfabrik beteiligt war, der Bau eines neuen Arbeiterwohnhauses, in dem vorzugsweise Familien untergebracht werden sollen, «die viele Köpfe in die Fabrik schicken», der Auftritt an der Landesausstellung in Bern, der befriedigende Geschäftsgang in «der an und für sich etwas stillen Zeit» und die Hoffnung, «dass unsere Bauern und unsere Fremdenindustrie einen guten Sommer und Herbst» und eine entsprechende Nachfrage haben.<sup>64</sup>

Wenige Tage später sah alles ganz anders aus. Anfang August begann der Erste Weltkrieg. Deutsche und Österreicher verliessen die Fabrik und zogen in den Krieg, Italiener reisten überstürzt nach Hause. Am 5. August mobilisierte die Schweizer Armee. Arbeiter und Angestellte mussten in den Aktivdienst einrücken. Binnen weniger Tage verlor die Metallwarenfabrik fast einen Drittel ihrer Belegschaft.<sup>65</sup> Drastische

Betriebseinschränkungen waren die Folge. Arbeitszeiten und Schichten wurden reduziert, Öfen abgestellt. Aufträge blieben aus, der Absatz brach ein, Einfuhren stockten, Exporte waren kaum noch möglich. Trotz grosser Bankguthaben war es wegen finanzieller Restriktionen kaum noch möglich, an Geld für Löhne, Gehälter und andere Ausgaben zu kommen. Seit Kriegsausbruch arbeitete die Fabrik mit wenigen Ausnahmen nur noch vormittags, nur noch mit einem Drittel der normalen Leistung und etwa 300 statt mit 520 Arbeiterinnen und Arbeitern wie noch vor kurzer Zeit.<sup>66</sup>

Die Folgen des Kriegsausbruchs brachten die an sich solide fundierte Metallwarenfabrik in grosse Nöte. Die Ansichten darüber, wie gross sie waren und was zu tun sei, differierten allerdings erheblich. So wurde im September 1914 im Ausschuss, im Verwaltungsrat und in der Generalversammlung heftig darüber debattiert, ob es angebracht sei, in diesen schlimmen Zeiten die Dividende für das Ende Juni abgeschlossene Geschäftsjahr 1913/14 zu reduzieren oder ob die schlimmen Zeiten gar nicht so schlimm seien. Der vorsichtig agierende Präsident Weber, dem der langfristige Bestand des Geschäfts stets wichtiger war als der momentane Vorteil, konnte sich schliesslich mit seinem Reduktionsantrag durchsetzen. Drei Fünftel der Aktionäre gaben sich mit 6 statt den bisher üblichen 8 Prozent Dividende zufrieden.<sup>67</sup>

Recht hatten beide Seiten. Vorerst kam es nicht so schlimm wie befürchtet, danach aber umso schlimmer. Mit dem Krieg auf den Schlachtfeldern begann auch ein Wirtschaftskrieg, in dem die Kriegsgegner mit immer strikteren Kontrollen, Blockaden und Verboten versuchten, die eigene Versorgung mit Gütern zu sichern und jene des Feindes zu unterbinden. Dieser Krieg erfasste auch die nicht daran beteiligten Staaten, deren Wirtschaft immer mehr einem von den Kriegsparteien aufgebauten Kontrollsystem unterworfen wurde. Zugleich wuchsen die innenpolitischen Zwänge. Gleich nach Kriegsausbruch erhielt der Bundesrat umfassende Vollmachten, mit denen er in den folgenden Kriegsmonaten und -jahren das Wirtschaftsleben zunehmend regulierte, dirigierte und einschränkte.<sup>68</sup> Die Folgen waren auch für die Metallwarenfabrik gravierend. Die Rohmateriallieferungen stockten. Absatzmärkte waren nicht mehr zugänglich. Brennmaterial für

<sup>62</sup> StAZG, P 135.1.18, 31.10.1902, 10.12.1902; P 135.1.19, Prot. VRA, 2.7.1903, 14.8.1903, 18.11.1903, 11.2.1903, 3.6.1905; P 135.1.9, Prot. VR, 17.8.1909, 23.4.1910, 6.8.1910.

<sup>63</sup> StAZG, P 135.4.1–2, Arbeiterverzeichnisse 1880–1898 und 1898–1942, Auswertung der Einträge.

<sup>64</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 21.7.1914. – Ausschussmitglieder waren zu diesem Zeitpunkt Dr. Oscar Weber (1868–1952), seit 1906 Mitglied und Vizepräsident und seit 1910 Präsident des Verwaltungsrats, Carl Stocklin (1841–1916), seit der Gründung der MFZ 1887 Mitglied des Verwaltungsrats und seit 1911 des Ausschusses, sowie Dr. Clemens Iten (1858–1932), ehemaliger Nationalrat, seit 1899 Verwaltungsrat und seit 1912 Ausschussmitglied. Ebenfalls an den Ausschusssitzungen beteiligt waren der kaufmännische Direktor Carl Wickart (1856–1932), seit der Gründung der ersten Fabrik 1881 im Betrieb und seit 1893 in dieser Stellung, und Adolf Uttinger (1858–1931), der 1882 als Dreher in die Fabrik eingetreten war, sich empor-

arbeitete und 1910 zum technischen Direktor befördert wurde. Neben den genannten Personen sassen im Verwaltungsrat August Henggeler (1848–1929), Direktor der Spinnerei Baar, Edwin Brunner-Vogt (1845–1920) aus Küsnacht ZH und Otto Hürlimann aus Zürich. In den Kriegsjahren gab es nur zwei Veränderungen in der Zusammensetzung von Verwaltungsrat, Ausschuss und Direktion: Nachfolger des 1916 gestorbenen Carl Stocklin wurde im Verwaltungsrat sein Sohn Emil (1874–1955) und im Ausschuss Verwaltungsrat Otto Hürlimann.

<sup>65</sup> Vgl. Morosoli 2014, 171, insbesondere Abb. 4.

<sup>66</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 7.8.1914, 29.8.1914, 15.9.1914, 27.10.1914; P 135.1.10, Prot. VR, 8.8.1914, 15.9.1914; P 135.1.3, Prot. GV, 19.9.1914.

<sup>67</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 15.9.1914; P 135.1.10, Prot. VR, 15.9.1914; P 135.1.3, Prot. GV, 19.9.1914.

<sup>68</sup> Vgl. dazu umfassend Rossfeld/Straumann 2008. – Geering 1928.



die Öfen wurde knapp. Eine freie und langfristige Produktionsplanung war nicht mehr möglich.

Zugleich eröffnete der Krieg aber neue Chancen. Ausländische Konkurrenten, vor allem aus Deutschland und Österreich, die vor dem Krieg die grössten Exporteure von Emailwaren gewesen waren,<sup>69</sup> fielen weg. Und wenn die Nachfrage nach zivilen Gütern auch teilweise sinken mochte, so stieg der Bedarf an Rüstungsgütern und sonstiger militärischer Ausrüstung enorm an. Dennoch warnte Präsident Weber nach dem ersten gewinnbringenden Geschäftsjahr im Krieg an der Generalversammlung im September 1915, «dass, so günstig die Verhältnisse im Verkauf, so ungünstig und unbestimmt die Verhältnisse im Einkauf liegen», und wies die Aktionäre damit auf Probleme hin, die fortwährend grösser wurden.<sup>70</sup> Wie die gesamte Wirtschaft wurde die Metallwarenfabrik Zug von drei Seiten her immer stärker bedrängt: zuerst bei der Beschaffung der Rohstoffe und bei der abnehmenden Zufuhr von Brennstoffen, etwas später auch beim Absatz der Produkte.

Seit Kriegsbeginn 1914 wuchsen von Monat zu Monat die Schwierigkeiten, zwischen den Blockaden, Exportverboten und sonstigen Beschränkungen hindurch zu den Rohstoffen zu gelangen. Die Metallwarenfabrik benötigte vor allem Blech – in normalen Zeiten 100 bis 120 Tonnen monatlich –, Draht, Bandeisen, Zinn, verschiedene Oxide, für die Emailproduktion Mineralien mit geheimnisvollen Namen wie Borax oder Kryolith sowie sehr viel Kohle. Die wichtigsten Blechlieferanten waren Österreich und Grossbritannien, bedeutend war auch Deutschland. Mineralien kamen vor allem aus Frankreich und Grossbritannien. Die meiste Kohle lieferte Deutschland.<sup>71</sup>

Nach dem totalen Ausfall in den ersten Kriegsmonaten erhielt die Fabrik ab Oktober 1914 wieder Rohmaterial, wenn auch nicht in ausreichenden Mengen. Zudem wurden alte Bestellungen nicht ausgeliefert, oder zu enorm erhöhten Preisen gekaufte Ware gelangte wegen erschwerter oder verbotener Einfuhr nicht in die Fabrik. Anfang 1915 bilanzierte Weber: «Der Eingang der Rohmaterialien gestaltet sich leider fortwährend schwieriger und teurer, Kohle wird immer langsamer geliefert. Zinn und Kolophonium werden seit Monaten nicht mehr durchgelassen und von den Chemikalien wird ein Oxid nach dem andern auf das Ausfuhrverbot gesetzt.»<sup>72</sup> Deshalb versuchte die Fabrik, bei fortwährend steigenden Preisen Rohstoffe zu kaufen, soviel und wo immer sie erhältlich waren, und nahm dabei das Risiko in Kauf, auf überteuerter Ware sitzenzubleiben, wenn die Preise wieder sanken.<sup>73</sup>

Diese Gefahr war allerdings gering, ging es doch im eskalierenden Wirtschaftskrieg immer mehr darum, überhaupt noch Rohstoffe – ganz egal zu welchen Preisen – zu erhalten. Die Entente und die Zentralmächte etablierten ein System rigider, die nationale Souveränität arg strapazierender Kontrollen, um zu verhindern, dass Exporte von Nahrungsmitteln, Rohstoffen, Fabrikaten oder Halbfabrikaten via neutrale Staaten zum Feind gelangten oder dass für importierte Güter

Rohstoffe der gegnerischen Partei verwendet wurden. Als Kontrollinstrumente dienten auf Seiten der Mittelmächte die im Juni 1915 gegründete «Schweizerische Treuhandstelle für Überwachung des Warenverkehrs» (STS) und seitens der Alliierten die ungleich grössere, im Oktober 1915 gebildete «Société suisse de surveillance économique» (SSS), die sich bald zu einem mächtigen, bis ins Innerste der Firmen greifenden Apparat entwickelte. Zu diesem gehörten eine Vielzahl von Einkaufssyndikaten, die das Einfuhrmonopol für bestimmte Waren hatten.<sup>74</sup>

Notgedrungen schloss sich die Metallwarenfabrik der Einfuhrgenossenschaft der schweizerischen Metallindustrie an, einem der SSS-Syndikate, um überhaupt noch an die dringend benötigten Rohstoffe zu gelangen. Weber wurde anscheinend zudem Vorstandsmitglied des Syndikats.<sup>75</sup> Erleichtert wurden die Rohstoffimporte dadurch nicht, aber zumindest ermöglicht, sofern überhaupt Material erhältlich war. Zu Höchstpreisen gekauftes Blech blieb über viele Monate aus, steckte irgendwo fest und kostete bei der allfälligen Lieferung noch viel mehr. Aus Deutschland und Österreich kam immer weniger Metall, aus Grossbritannien ab und zu eine Lieferung. Auch mit den anderen Rohmaterialien, die ebenfalls nur sporadisch eintrafen, sah es nicht besser aus. Die immer schlechtere Versorgung erschwerte nicht nur eine Produktionsplanung auf weite Sicht, sondern gefährdete trotz grosser Lagerbestände generell eine Weiterführung des Fabrikbetriebs.<sup>76</sup>

## Rohstoffmangel

Mitte 1916 konstatierte die Fabrikleitung eine vermeintliche Verbesserung der Rohstoffversorgung: «Nachdem wir viele Monate lang unter der mangelnden Zufuhr beinahe aller Rohmaterialien stark gelitten haben, brachten die letzten Wochen eine für uns günstige Änderung und sollten auch die kommenden Wochen und Monate, insofern nicht Unvorhergesehenes wieder eintritt, noch viel und stark benötigtes Material hereinbringen.»<sup>77</sup> Indes täuschte der Eindruck, wie die Lagebeurteilungen Webers zeigten, die sich über Monate hinweg kaum änderten. November 1916: «Wie Ihnen wohl zum Teil

<sup>69</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919.

<sup>70</sup> StAZG, P 135.2.1, Prot. VR, 18.9.1915; P 135.1.3, Prot. GV, 18.9.1915 (Zitat); P 135.2.1, Geschäftsbericht 1914/15, 5.

<sup>71</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 15.5.1914, 5.6.1914; P 135.1.21, Prot. VRA, 11.9.1915, 5.10.1915, 25.5.1918; P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1918.

<sup>72</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 12.1.1915.

<sup>73</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 28.11.1914, 12.1.1915, 12.4.1915, 11.9.1915, 5.10.1915; P 135.1.10, Prot. VR, 28.11.1914. – Geering 1928, 93, 143.

<sup>74</sup> Vgl. dazu Rossmann/Straumann 2008, 33 ff., und Ochsenbein 1971, 201–246, 299–306.

<sup>75</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 10.12.1915.

<sup>76</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 11.9.1915, 5.10.1915, 17.1.1916, 17.2.1916, 15.3.1916, 13.4.1916, 11.5.1916, 26.7.1916, 9.11.1916; P 135.1.10, Prot. VR, 25.2.1916. – 1916 betrug der Eisenimport in die Schweiz nur noch drei Viertel der Vorkriegsmenge (Geering 1928, 134f.).

<sup>77</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 28.6.1916.

bekannt, haben wir von Deutschland und Oesterreich seit Monaten keine Zufuhr mehr erhalten [...]. Auch England hält sich mit den Lieferungen stark zurück, überdies werden diese Lieferungen durch die unleidlichen Verhältnisse in Bordeaux nicht nur monatelang verzögert, sondern auch enorm verteuert.»<sup>78</sup> Dezember 1916: «Speziell die Zufuhr von Blechen war in der letzten Zeit sehr gering und fehlen uns heute eine ganze Reihe wichtiger Dicken und Formate. Allerdings sind uns einige Zufuhren in Aussicht gestellt, aber ob und wann sie eintreffen, ist noch gänzlich unbestimmt.»<sup>79</sup> Januar 1917: «Die so überaus wichtigen Zufuhren von Kohle und Blech aus Deutschland haben in den letzten 6 Monaten für Kohle zum grossen Teil, für Blech vollständig versagt. Hätten wir nicht so grosse Vorräte gehabt und einige Zufuhren aus Oesterreich, die aber auch aufgehört haben, so wären wir seit Wochen in der grössten Verlegenheit.»<sup>80</sup> Februar 1917: «Die Verhältnisse in der Fabrik haben sich seit der letzten Sitzung insoweit zum Schlimmern gewendet, dass die Zufuhr der von uns benötigten Materialien immer schwieriger, wenn nicht unmöglich werden wird.»<sup>81</sup> April 1917: «Wenn auch hin und wieder etwas noch eintrifft oder aus zweiter Hand zu anormal hohen Preisen gekauft werden kann, so ist doch ein ständiges Zurückgehen zu konstatieren.»<sup>82</sup> In diesem Ton ging es Monat für Monat weiter.<sup>83</sup> Eine Gefahr war «das immer grösser werdende Risiko, das man beim Einkauf der Rohmaterialien heute eingehen muss. Fünf und sechs, ja ausnahmsweise 12 und mehr Monate Vorauszahlung von Waren, von denen man nie mit Sicherheit weiss, wann und ob sie überhaupt eintreffen und die man mit dem vier, fünf, sechs oder noch höher-fachen Preise bezahlen muss, schliessen ein enormes Risiko in sich. Dieses Risiko muss aber von uns eingegangen werden, wenn wir nicht riskieren wollen, unsere Fabrikation in kürzerer oder längerer Frist einstellen zu müssen.»<sup>84</sup>

Da kaum noch mit Lieferungen aus den herkömmlichen Exportländern zu rechnen war, versuchte die Metallwarenfabrik im Sommer 1917, in Übersee zu den dringend benötig-

ten Blechen zu kommen und bestellte und bezahlte via das Einkaufssyndikat der Metallwarenfabriken eine grosse Menge in New York. Ende Januar 1918 wusste man immerhin, dass ein Teil in einigen Wochen versandt werden sollte und es «im besten Falle mindestens noch 2–3 Monate» dauern dürfte, «bis das Blech wirklich in unseren Besitz kommt. Inzwischen kaufen wir zu reinen Phantasiepreisen gewöhnliche Handelsbleche, die überdies für einen Grossteil unserer Arbeiten nicht verwendbar sind. Da uns aber kein anderer Weg übrig bleibt, müssen wir uns damit, so gut es geht, behelfen. Sollte der Krieg weiter dauern, so werden sich die nun so oft geschilderten Schwierigkeiten immer mehr vergrössern und eventuell eben zu teilweiser oder ganzer Schliessung führen.»<sup>85</sup> Die in Amerika bestellten Bleche waren auch im Mai noch nicht in Zug eingetroffen, wurden aber immerhin teilweise verschifft, nachdem man nochmals 100 000 Franken bezahlt hatte. Im Sommer schliesslich lag eine grössere Menge in Marseille. Bis September 1918 waren zirka 70 Tonnen oder ein Sechstel der Lieferung endlich in der Fabrik angekommen. Aber noch ein Jahr später – der Krieg war schon seit zehn Monaten vorbei und der Friedensvertrag unterzeichnet – lag eine gleich grosse Menge weiterhin in New York. Der Lieferant und der Spediteur hatten in der Zwischenzeit Konkurs gemacht.<sup>86</sup> Die bittere Erkenntnis war, «dass die Erwartungen, die man auf den Frieden setzte, bis heute wenigstens bitter getäuscht worden» sind.<sup>87</sup> Die Versorgung mit Rohmaterialien war weiterhin prekär, Kohle kaum noch erhältlich.

### «Kohlenot»

In ihren Anfängen stützte sich die Metallwarenfabrik auf die Energieversorgung durch Kohle und Wasser. 1882 leistete eine Dampfmaschine 30 PS, Wasserkraft trug 12 PS bei. Die Wasserwerke Zug lieferten zuerst Druckwasser, das eine Turbine antrieb, dann seit 1891 zunehmend kraftvolle Elektrizität. 1895 leistete sie 100 PS, 1901 125 PS und 1911 250 PS, setzte Maschinen in Bewegung und sorgte für Licht. Eine Dampfmaschine war nun nicht mehr nötig.<sup>88</sup> Für das Heizen der Öfen zum Glühen und Brennen, zum Schmelzen und Verzinnen jedoch war die Fabrik auf eine ausreichende Versorgung mit vorwiegend deutscher Kohle angewiesen, die wie die meisten Rohmaterialien im Verlauf des Krieges knapp wurde. 1915 war die Versorgung ausreichend, wenn auch zu sehr hohen Preisen. Auch 1916 gab es noch genügend Kohle. 1917 gingen die Zufuhren rasch zurück. Die Fabrik musste Öfen stilllegen und Mitte Jahr Sonntagsarbeit einführen, damit die noch verwendeten Öfen durchgehend laufen konnten und nicht unter höherem Kohlenverbrauch jeweils neu angeheizt werden mussten. Die Vorräte reichten zu diesem Zeitpunkt noch für drei bis vier Monate, im Mai 1918 aber trotz stark reduziertem Betrieb nur noch wenige Tage. Bei Kriegsbeginn hatte man genug Kohle für acht bis neun Monate Vollbetrieb gehabt.<sup>89</sup> Nach Kriegsende wurde die Lage noch schwieriger, die «Kohlenot» trotz höchster Preise immer

<sup>78</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 9.11.1916.

<sup>79</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 12.12.1916.

<sup>80</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 19.1.1917.

<sup>81</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 9.2.1917.

<sup>82</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 13.4.1917.

<sup>83</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 8.6.1917, 25.7.1917, 19.10.1917, 12.12.1917.

<sup>84</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 15.9.1917.

<sup>85</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 25.1.1918.

<sup>86</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 1.5.1918, 25.5.1918, 7.7.1918, 24.7.1918, 3.8.1918, 6.3.1919, 30.4.1919; P 135.1.3, Prot. GV, 25.5.1918, 14.9.1918, 20.9.1919.

<sup>87</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919.

<sup>88</sup> Fabrikstatistik 1882, 13; Fabrikstatistik 1895, 83; Fabrikstatistik 1901, 45; Fabrikstatistik 1911, 49. – Uttinger 1929, 48, 55.

<sup>89</sup> Vgl. Geering 1928, 89–98. – StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 11.2.1915, 11.9.1915, 5.10.1915, 26.7.1916, 9.2.1917, 8.6.1917; P 135.1.10, Prot. VR, 19.1.1917; P 135.1.3, Prot. GV, 25.5.1918. Rechenschaftsbericht des Regierungsrates des eidg. Standes Zug an den Kantonsrat desselben über das Amtsjahr 1917, Bericht über Handel und Gewerbe pro 1917, 6.





Abb. 6 Verzinnungsöfen, 1930er Jahre. Fabrikabteilungen mit Öfen waren besonders stark vom Kohlenmangel während der Kriegszeit betroffen.

grösser, die Kohleversorgung war fast völlig eingestellt. Erst Mitte 1920 besserte sich die Versorgung wieder.<sup>90</sup>

Die Suche nach anderen, inländischen Brennstoffen hatte wenig Erfolg. 1917 beteiligte sich die Metallwarenfabrik als grosser Kohlenverbraucher an der neu gegründeten «Schweizer Kohlenbohrergesellschaft», die mittels Bohrsondierungen im Jura feststellen sollte, ob dort die deutschen und französischen Kohlenflöze bis in die Schweiz hineinreichen. Sie taten es nicht. 1924 wurde die Gesellschaft mit grossen Verlusten liquidiert.<sup>91</sup>

Noch mehr Verluste brachte das Engagement bei der «Zuger Industrie Torfgenossenschaft». Als im Winter 1916/17 die Brennstoffknappheit zur Brennstoffnot wurde, suchte man nach möglichen Auswegen und fand sie in den grossen Torflagern auf dem Zuger- und Walchwilerberg: «Ein offenkundiger, wertvoller Schatz, der in heutiger bedenklicher Zeit, bei den so hohen Holz- und Kohlenpreisen, zum Heben einladet.»<sup>92</sup> Im Sommer 1917 wurde eine kantonale Torfkommission aufgestellt, die sogleich mit den Vorbereitungen für den Abbau begann.<sup>93</sup> Im folgenden Winter zog die Industrie nach und gründete Ende Januar 1918 die «Zuger Industrie Torfgenossenschaft» zwecks «Ausbeutung von Torflagern auf dem Zugerberg und anderer Torflager im Kanton Zug und angrenzenden Gebieten und die Verteilung und Verwendung des gewonnenen Torfes zur Streckung der Kohlenvorräte».<sup>94</sup> Die Metallwarenfabrik, deren Präsident Oscar Weber im Vor-

stand Einsitz nahm, zog widerwillig mit. Ihr Dilemma und das der übrigen Beteiligten war, dass die Investition abgeschrieben werden musste, wenn wieder bessere Zeiten mit ausreichender Kohlenzufuhr kamen. Auf der anderen Seite bestand die Gefahr, «dass bei längerer Kriegsdauer dennoch der Moment auch bei uns eintreffen könnte, wo es sich weniger darum handelt, ob das Geschäft gut oder weniger gut sei, sondern darum, Betriebsmittel, in diesem Falle Feuerungsmittel, zu bekommen».<sup>95</sup> Bald einmal gab es zeitweilig weder das eine noch das andere, keine Kohle mehr und noch lange keinen Torf. Im September 1918 reichte die Kohle nur noch für wenige Tage, die Genossenschaft hatte bislang keinen Brennstoff geliefert, zur anfänglich halben Million Franken Kapital aber weitere 400 000 Franken verbrannt. Auch bis Dezember war von «unserer Torfgenossenschaft, bei der sich anscheinend Unverstand und Unglück zu einer unangenehmen Mischung vereinigt haben», immer noch kein Brennmaterial eingetroffen. Dieses lag zwar auf dem Zugerberg bereit, jedoch konnte die eigens für diesen Zweck erstellte Seilbahn zum Abtransport nach Walchwil lange Zeit nicht in Gang gebracht werden. Immerhin erhielt man wegen der anlaufenden Helmproduktion für die Schweizer Armee privilegierte Kohlelieferungen.<sup>96</sup> Als endlich Anfang 1919 die ersten Torflieferungen kamen, streikte der neu installierte Torfgenerator. Der Grund hierfür war wohl die zu grosse Feuchtigkeit des Torfs, was schliesslich den Bau einer Trocknungsanlage bedingt hätte. Diese wurde jedoch nicht erstellt, da man nach Kriegsende mit einer verbesserten Kohlenversorgung rechnete und zum Schluss gelangte, «dass die teuerste Kohle immer noch besser ist als der billigste Torf».<sup>97</sup> Bis zur Normalisierung der Kohlenversorgung dauerte es aber noch viele Monate. Im Herbst 1919 wurde die «Zuger Industrie Torfgenossenschaft», gemäss Präsident Weber «wohl eines der schlechtesten, wenn nicht das schlechteste Geschäft [...], an dem wir uns bis dato beteiligt haben», liquidiert.<sup>98</sup>

<sup>90</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 5.2.1919, 17.6.1919, 11.9.1919, 20.11.1919, 18.2.1920, 22.7.1920; P 135.1.11, Prot. VR, 13.1.1920; P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919 (Zitat).

<sup>91</sup> Geering 1928, 113; StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 17.11.1917; P 135.1.11, Prot. VR, 20.3.1924; P 135.1.21, Prot. VRA, 22.7.1920.

<sup>92</sup> ZN 24, 24.2.1917

<sup>93</sup> Aschwanden 2018, 174 f.

<sup>94</sup> Artikel 1 der «Zuger Industrie Torfgenossenschaft». Mitglieder der Genossenschaft waren ausser der Metallwarenfabrik Zug mit einem Anteil von 15 Prozent die Papierfabrik Cham, die Kondensmilchfabrik Cham, die Spinnerei Baar, die Wasserwerke Zug, die Landis & Gyr Zug, die Verzinkerei Zug und die Korporation Zug (StAZG, G 231.2, gelöschte Firmen 1921–1923).

<sup>95</sup> ZV 41, 4.4.1918. StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 17.11.1917, 25.1.1918, 24.7.1918 (Zitat); P 135.1.10, Prot. VR, 2.2.1918.

<sup>96</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 7.11.1918, 12.12.1918 (Zitat), 5.2.1919.

<sup>97</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 5.2.1919; P 135.1.10, Prot. VR, 6.3.1919, 30.4.1919, 6.8.1919; P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1918, 20.9.1919 (Zitat).

<sup>98</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 6.3.1919 (Zitat); P 135.1.21, Prot. VRA, 20.11.1919.



## Gute Geschäfte

Die Lieferung von Rohmaterialien stockte schon nach Kriegsbeginn und blieb bisweilen ganz aus, was die Produktion trotz guter Nachfrage im In- und Ausland immer stärker hemmte. Hatte man mit viel Mühe Material beschafft, konnte man es nur unzureichend verarbeiten, da die Brennstoffversorgung im Verlauf des Krieges schlechter wurde. Schliesslich kam die Metallwarenfabrik gegen Kriegsende und darüber hinaus auch beim Absatz zunehmend in die Klemme, da sie ihre Produkte kaum noch exportieren konnte.

Der Schock des Kriegsausbruchs war gross. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Inlandumsatz im August 1914 auf die Hälfte, jener im Ausland auf etwa ein Viertel. Der Rückblick von Präsident Weber auf den ersten Kriegsmonat zeichnete ein düsteres Bild: «Unsere Arbeiterschaft ist durch Militärdienst und durch die Heimkehr von vielen Italienern auf 300 am letzten Zahntag reduziert worden, zudem arbeiten wir nur noch vormittags, mit Ausnahme der 3 Einbrennöfen, die Tag und Nacht gehen, und zur Zeit auch des Schmelzofens, der aber in ca. 8 Tagen wieder eingestellt wird. In der Verzinnerei arbeiten wir nur mit 2 Oefen vormittags. Der Absatz ist abgesehen von einigen kleinen Zufallsbestellungen in Militär-Artikeln und Milchgeschirren bis heute beinahe Null. Die erhofften grösseren Inlandsbestellungen sind nicht einge-

troffen, die grossen Milchtransportkannenbestellungen werden auch nicht eintreffen, da man sich anders beholfen hat. Unser grösstes Exportland, Spanien, wäre nach den Berichten aufnahmefähig für unsere Artikel, dagegen war es bis in die letzten Tage unmöglich, Speditionen vorzunehmen.» Für die nähere Zukunft sah er aber mehr Hoffnung: «Ich glaube aber, wenn keine neuen Komplikationen hinzu treten, dass wir doch in der nächsten Zeit wieder grössere Speditionen nach dorten [= Spanien] vornehmen können.»<sup>99</sup>

Neue grosse Komplikationen kamen vorerst nicht hinzu. Die Schweiz wurde nicht in den Krieg verwickelt. Italien blieb vorerst neutral. Schon im September 1914 nahm der Absatz wieder zu, im Oktober verbesserte sich die Geschäftslage weiter, und im Dezember erreichte der Absatz im In- und Ausland noch nie erreichte Höhen. Man konnte via Genua oder Frankreich wieder nach dem Hauptexportland Spanien liefern, erhielt nun auch Rohmaterial, und Kohle war genügend vorhanden. Es gab einträgliche Bestellungen aus dem Inland für Milchtransportkannen und Militärartikel, darunter Aluminium-Kochgeschirre für die Infanterie, die in Absprache mit dem eidgenössischen Handels- und Militärdepartement über die Tochterfirma Gröninger in Binningen nach Deutschland geliefert wurden. Die Gewinnmarge war fast durchwegs gut, die Fabrik ausreichend beschäftigt, und bis zum Frühling 1915 war der enorme Abgang von Arbeiterinnen und Arbeitern im August 1914 mehr als ausgeglichen (vgl. Abb. 5 und 7).<sup>100</sup>

Resultat war ein Rekordgewinn im Geschäftsjahr 1914/15, der mit circa 575 000 Franken jenen vom Vorjahr (ca. 325 000 Franken) nominal um fast 80 Prozent übertraf und auch teuerungsbereinigt immer noch knapp 60 Prozent höher lag. Der Verwaltungsrat überlegte sich lange, «ob es trotz des guten

<sup>99</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 29.8.1914.

<sup>100</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 15.9.1914, 29.9.1914, 27.10.1914; P 135.1.21, Prot. VRA, 12.1.1915, 11.2.1915, 12.4.1915, 10.5.1915. Grundlagen für die Grafik Abb. 7 sind die Geschäftsberichte, die Hauptbücher der Buchhaltung und Angaben in den Protokollen von Verwaltungsrat und Ausschuss.

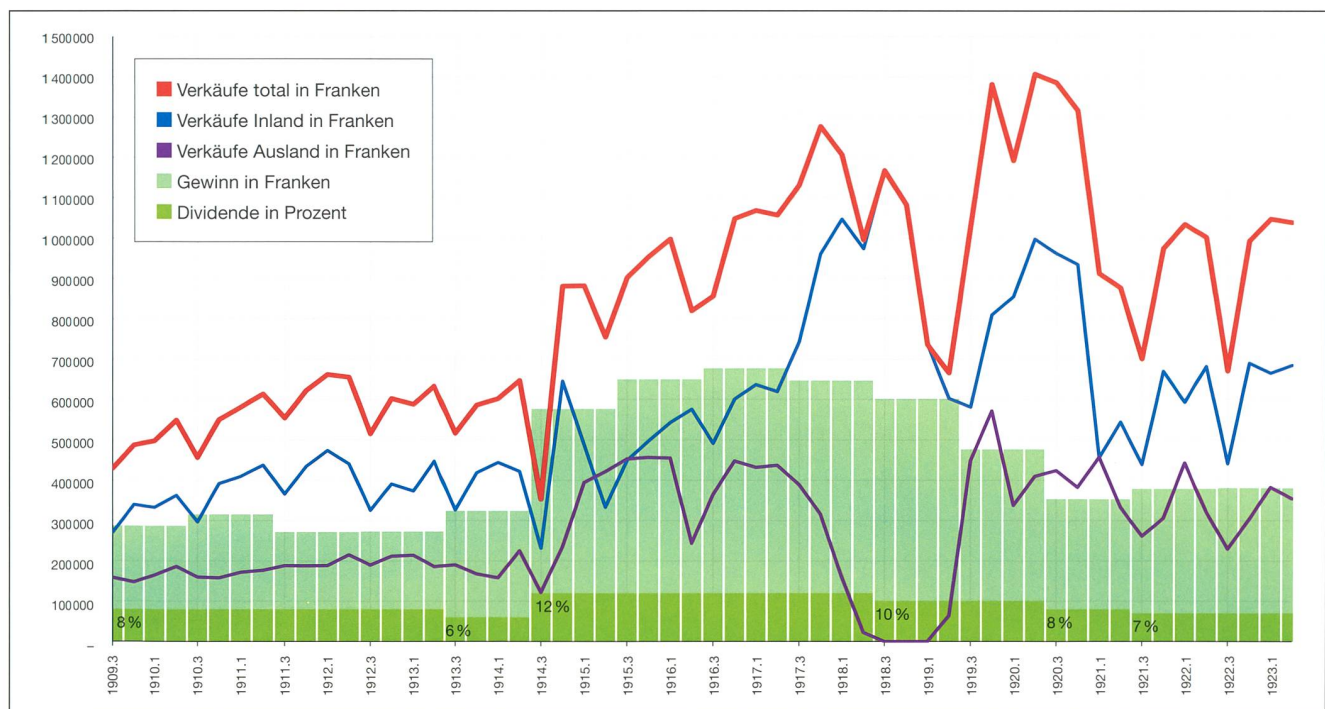


Abb. 7 Verkäufe pro Quartal im In- und Ausland, Jahresgewinne und Dividenden in den Geschäftsjahren 1909/10 bis 1922/23.



Resultats op[p]ortun sei, unter heutigen Umständen» eine höhere Dividende zu verteilen, befand dann aber, «dass unsere Aktionäre in diesen schwierigen Zeiten wohl doppelt empfänglich für eine erhöhte Dividende seien» und schlug vor, auf die statutarisch festgelegten 4 Prozent – die bei dieser Gelegenheit auf 5 Prozent erhöht wurde – noch eine Superdividende von 8 Prozent zu legen und somit einen gegenüber dem Vorjahr verdoppelten Gewinnanteil von 12 Prozent auszurichten.<sup>101</sup> Ebenfalls dank statutarischen Vorgaben vom guten Ergebnis profitieren konnten die Verwaltungsräte, die Ausschussmitglieder, die Direktoren und die leitenden Angestellten, da ihnen ein verbrieftes Recht auf Tantiemen zustand.<sup>102</sup> Zu beachten ist indes, dass der ausgewiesene Reingewinn generell und sicher auch bei der Metallwarenfabrik Zug eine konstruierte Grösse war und immer noch ist, die je nach Abschreibungen, Äufnung stiller Reserven und weiterer Buchhaltungsmechanismen variieren kann und nicht zwingend ein realistisches Bild des Geschäftsgangs vermittelt.<sup>103</sup>

Das neue Geschäftsjahr 1915/16 begann ebenfalls mit guten Umsatzzahlen im Inland und im Ausland, «besonders im Vergleich zu den 3 traurigen Monaten des Vorjahres».<sup>104</sup> Jedoch kamen zu den wachsenden Hemmnissen bei der Beschaffung und Einfuhr von Rohmaterialien und Brennstoffen trotz fortwährend guter Auftragslage zunehmende Probleme bei der Auslieferung, nicht zuletzt wegen des deutschsprachigen Namens, der die Kunden in den Ländern der Entente irritierte. Deshalb legte sich die Metallwarenfabrik Zug auf «Wunsch unserer Kundschaft in Frankreich, England und anderswo» zusätzlich den französischen Namen «Usines métallurgiques de Zoug» zu,<sup>105</sup> konnte sich aber nicht vom Verdacht befreien, mit Deutschland verbunden zu sein, ein Verdacht, der ja auch begründet war, da ein Teil der verarbeiteten Rohstoffe aus den Mittelmächten kam.

Ende September 1915 unterband Frankreich die Aus- und Durchfuhr von Produkten der Metallwarenfabrik mit der Begründung, diese verkaufe deutsche Emailwaren. Die Blockade konnte zwar bis Ende Jahr vorerst aufgehoben werden, blieb aber eine stete Drohung. Im Frühling 1916 wurden

emaillierte und verzinkte Waren in Paris als feindliche Güter beschlagnahmt und erst nach vielen Mühen und einer Intervention des Bundes wieder freigegeben. In Zug vermutete man eine Denunziation einer französischen Konkurrenzfirma.<sup>106</sup> Innenpolitisch stieg der Druck ebenfalls stark. Im März 1916 erliess der Bundesrat ein Warenausfuhrverbot, das auch alle Artikel der Metallwarenfabrik betraf. Zwar wurde es nach Beschwerden durch eine Ausfuhrerlaubnis ersetzt, die jedoch nur von Monat zu Monat galt.<sup>107</sup>

Trotz der wachsenden Schwierigkeiten konnte der Gewinn im Geschäftsjahr 1915/16 teuerungsbereinigt im Vergleich zum Vorjahr etwa gehalten werden. Er erlaubte wiederum eine Dividende von 12 Prozent und schuf einen Ausgleich «für die ganz abnormale Arbeit und Aufregung»,<sup>108</sup> die sich in den folgenden Monaten weiter vermehrten. Die Nachfrage nach Produkten der Metallwarenfabrik war zwar gross, konnte indes wegen Rohmaterialmangels immer weniger befriedigt werden. Da die Verkaufspreise den steigenden Produktionskosten folgten, blieben die Gewinnaussichten dennoch gut, solange die Fabrik in Betrieb gehalten werden konnte. Das gelang, und so schloss auch das Geschäftsjahr 1916/17 mit einem grossen Gewinn ab. Es war der grösste seit Bestehen des Unternehmens und wurde auch in den folgenden Jahrzehnten nie wieder erreicht. Erneut konnten die Aktionäre eine Dividende von 12 Prozent erwarten.<sup>109</sup> Mit diesen guten Ergebnissen stand die Metallwarenfabrik Zug nicht allein da. Viele Industrieunternehmen, darunter solche im Kanton Zug, machten im Krieg trotz aller Schwierigkeiten, wie sie auch die Metallwarenfabrik zu bewältigen hatten, gute Gewinne, besonders in den Boomjahren 1915 und 1916 nach der Überwindung des Schocks des Kriegsausbruchs.<sup>110</sup>

## Düstere Aussichten

In der Mitte des Krieges wuchsen die Probleme auch beim Absatz rapide. Im Spätjahr 1917 schlossen wegen des Kriegsverlaufs die Grenzen zu Frankreich und Italien. Waren konnten weder dorthin speditiert noch von dort empfangen wer-

<sup>101</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VR, 16.7.1915; P 135.1.10, Prot. VR, 18.9.1915; P 135.1.3, Prot. GV, 18.9.1915 (Zitat); P 135.2.1, Geschäftsbericht 1914/15, 5. ZV 113, 21.9.1915. – Gemäss Statuten der Metallwarenfabrik Zug war aus dem Jahresgewinn zuerst ein Reservefonds zu äufnen. Aus dem verbleibenden Überschuss wurden 4 Prozent, ab 1916 5 Prozent als Dividenden für die Aktionäre und danach vom verbleibenden Rest ein Viertel als Tantiemen für den Verwaltungsrat, den Ausschuss, die Direktoren und die leitenden Angestellten und drei Viertel als Superdividenden ausbezahlt, sofern die Generalversammlung nicht anders entschied. StAZG, P 135.5.1, Statuten der Metallwarenfabrik vom 16. September 1911 und vom 18. September 1915; P 135.1.10, Prot. VRA, 15.9.1914, 18.9.1915.

<sup>102</sup> StAZG, P 135.2.1, Geschäftsbericht 1914/15 und 1915/16. – Der Gewinn stieg von 324 032 Franken auf 576 760 Franken, was einer Zunahme von 78 Prozent entspricht. Bei einer Bereinigung mit dem Konsumentenpreisindex, der von 1914 auf 1915 von 100 auf 113 Punkte stieg, ergibt dies eine Steigerung von 57 Prozent. H.I. Grosshandelsindizes nach Hauptwarenkategorien und Konsumentenpreis-

indizes nach Hauptbedarfsgruppen 1813–1992 (1914=100), HSSO 2012, Tab. H.1. (Permalink: <https://hssso.ch/2012/h/1>).

<sup>103</sup> Rossfeld/Straumann 2008, 51 f.

<sup>104</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 5.10.1915.

<sup>105</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 16.7.1915 (Zitat); P 135.1.10, Prot. VR, 22.7.1915; P 135.1.3, Prot. GV, 18.9.1915.

<sup>106</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 5.10.1915, 10.12.1915, 17.1.1916, 28.6.1916, 26.7.1916, 9.11.1916; P 135.1.3, Prot. GV, 16.9.1916.

<sup>107</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 15.3.1916, 13.4.1916.

<sup>108</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 26.7.1916, 8.6.1917; P 135.1.3, Prot. GV, 16.9.1916 (Zitat); P 135.2.1, Geschäftsbericht 1915/16. ZN 113, 19.9.1916. ZV 113, 19.9.1916.

<sup>109</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 9.11.1916; P 135.1.10, Prot. VR, 19.1.1917, 9.2.1917, 25.7.1917; P 135.1.3, Prot. GV, 15.9.1917; P 135.2.1, Geschäftsbericht 1916/17. ZV 112, 18.9.1917.

<sup>110</sup> Rossfeld/Straumann 2008, 53 f. – Zu den Gewinnen der grössten Zuger Fabrik, der Landis & Gyr, vgl. Jacobi 2013, 34–38; Jacobi 2015, 156.

den.<sup>111</sup> Die Restriktionen seitens des Bundes verdüsterten die Aussichten noch mehr, wie Präsident Weber Anfang Februar 1918 vor dem Verwaltungsrat ausführte: «Die Zugerfabrik als solche hat, rein finanziell gesprochen, bis zur Stunde recht gut gearbeitet. Dagegen liegt die Zukunft dunkel vor uns. Nicht nur schrumpfen unsere Materialvorräte bedenklich zusammen, sondern auch die an und für sich spärlichen Zufuhren werden immer geringer und unsicherer. Ueberdies scheint man uns in Bern [...] auch noch das Leben schwer zu machen, indem ganze Fabrikationen, die nach dem mehr oder minder grossen Verständnis der Herren in Bern nicht wichtig sind, kalt gestellt werden sollen. Es ist ja auch hier zu hoffen, dass nicht jede unsinnige Idee in Bern zur Ausführung komme, und werden wir uns auch nach besten Kräften dagegen wehren, aber eine gewisse Gefahr liegt zweifellos doch in solchen Bestrebungen. [...] Der Beschäftigungsgrad der Fabrik ist noch immer ein befriedigender; dagegen mehren [...] sich die Schwierigkeiten in der Rohmaterial-Beschaffung und damit im Zusammenhang stehend wahrscheinlich auch im Exporte. Trotzdem hoffe ich, dass wenn nicht von Bern aus mit roher und ungeschickter Hand in den Gang der Fabrik eingegriffen wird, dass uns auch die nächsten Monate noch günstige Ergebnisse bringen werden.» Die Hand griff noch im gleichen Monat zu, als der Bund jegliche Ausfuhr von Produkten der Metallwarenfabrik verbot.<sup>112</sup>

Seit Kriegsausbruch hatten die Auslandverkäufe bei starken Schwankungen etwa zwei Fünftel aller Verkäufe ausgemacht, manchmal betrug der Anteil sogar mehr als die Hälfte (vgl. Abb. 7). Nun brachen sie völlig ein und konnten auch nicht wieder aufgenommen werden, nachdem die «in so roher und ungeschickter Weise verbotene Ausfuhr unserer Produkte» wieder teilweise erlaubt worden war.<sup>113</sup> Noch im September 1918 mussten die Aktionäre an der Generalversammlung hören, es sei der Fabrik «bis zur Stunde noch nicht gelungen, auch nur ein Kilo mehr über die Grenze zu bringen», wofür Weber vor allem das «zum Teil ungenügende Beamtenmaterial, das heute in Bern seine Zuflucht gefunden hat», verantwortlich machte. Es sei «ein grundlegender Fehler, dass junge, unerfahrene Juristen, Chemiker oder Ingenieure, die vor dem Krieg in bescheidenster Stellung sich betätigt haben, heute über die grössten Geschäfte, über die erfahrensten Industriellen und Kaufleute und über Millionen, ohne jede Ein-

schränkung, verfügen können. [...] Wurde früher der Export und Import eigentlich nur durch die SSS und deren Syndikate erschwert oder verhindert, so ist heute die Eidgenossenschaft selber recht lebhaft daran, das noch Fehlende zu besorgen. Nachdem nun auch Deutschland eine der SSS ähnliche Organisation unter dem Titel Schweizerische Treuhandstelle für Ueberwachung des Warenverkehrs erzwungen hat, war der Kreis der Einschränkung so schön geschlossen, dass der Bundesrat aus Einfachheitsgründen mehr oder minder gezwungen war, jede Ausfuhr zu verbieten und nur noch von Fall zu Fall die Ausfuhrbewilligung zu erteilen, die dann je nachdem praktisch durchführbar ist, sofern nicht die Bestimmungen der SSS oder STS der Ausfuhr entgegenstehen.» Dennoch schaffte es die Metallwarenfabrik unter grossen Mühen, den Betrieb ohne Unterbruch weiterzuführen, obwohl sie viele ihrer besten Artikel wie Milchtransportkannen, Stahlpfannen und emaillierte Kochgeschirre mangels Blech und anderer Rohmaterialien nicht mehr herstellen konnte.<sup>114</sup>

Dazu trug vor allem jene Institution bei, der man eine geschäftsschädigende Haltung vorwarf: der Bund mit seinen Aufträgen. Schon seit vielen Jahren produzierte die Metallwarenfabrik als sogenannte «Extrafabrikationen» auch militärische Artikel, Ausrüstung für die Soldaten, Waffen- und Munitionsbestandteile. Im Krieg verzichtete sie schon bald darauf, Aufträge für fremdes Kriegsmaterial anzunehmen, «um jede Collision zu vermeiden.»<sup>115</sup> Trotzdem wurden immer wieder «Phantasiegerüchte über Kriegslieferungen aller Art» herumgeboten, worauf Präsident Weber an der Generalversammlung 1916 offiziell erklärte, «dass wir weder im vergangenen Geschäftsjahr, noch im laufenden, irgendwelche Kriegslieferungen weder für die Centralmächte, noch für die Entente ausgeführt haben. Nur für die Eidgenossenschaft haben wir eine Anzahl grössere und kleinere Aufträge zur Ablieferung gebracht.»<sup>116</sup> Einer dieser Aufträge half der Metallwarenfabrik, das besonders krisenhafte letzte Kriegsjahr 1918 durchzustehen.

Ab 1915 hatten die Armeen der Entente und der Zentralmächte begonnen, ihre Soldaten mit eisernen Helmen auszurüsten, die zwar keine direkten Kopfschüsse abhalten konnten, aber einen Schutz gegen Splitter und Schläge boten. Die Schweizer Armee liess sich mehr Zeit. Erst Ende 1917 hatte sie nach einigen Irrwegen ein Modell gefunden, das nicht nur zweckmässig war, sondern auch zur Massenproduktion taugte. Die Metallwarenfabrik mit ihrer langjährigen Erfahrung im Ziehen, Pressen, Stanzen, Glühen, Härten, Biegen und Schneiden von Metall wurde schon in die Versuchsreihen einbezogen und erhielt den Zuschlag. Im Frühling 1918 begann sie mit der Massenfertigung. Ende Jahr waren fast 70 000 Stahlhelme an die Armee ausgeliefert. Der grosse Auftrag hielt die Fabrik in Betrieb, brachte guten Ertrag und war zudem auf Seiten des Rohmaterials und des Brennstoffs vorteilhaft, da sich wegen der militärischen Bedeutung der Produktion die Eidgenossenschaft um die Versorgung mit Stahlblech und Kohle kümmerte (s. Anhang).<sup>117</sup>

<sup>111</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 17.11.1917.

<sup>112</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 2.2.1918 (Zitat), 1.5.1918; P 135.1.21, Prot. VRA, 25.5.1918.

<sup>113</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 6.6.1918, 7.7.1918, 24.7.1918 (Zitat); P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1918.

<sup>114</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 3.8.1918, 14.9.1918. P 135.1.3; Prot. GV, 14.9.1918 (Zitat).

<sup>115</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 25.2.1916.

<sup>116</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 16.9.1916 (Zitat); ZV 113, 19.9.1916.

<sup>117</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 25.7.1917, 15.9.1917, 19.10.1917, 17.11.1917, 25.1.1918, 2.2.1918, 1.5.1918, 24.7.1918, 5.2.1919; P 135.1.10, Prot. VR, 1.5.1918. BAR, Stahlhelm Ordonnanz 1918, E27#1000/721#19206-1\*.



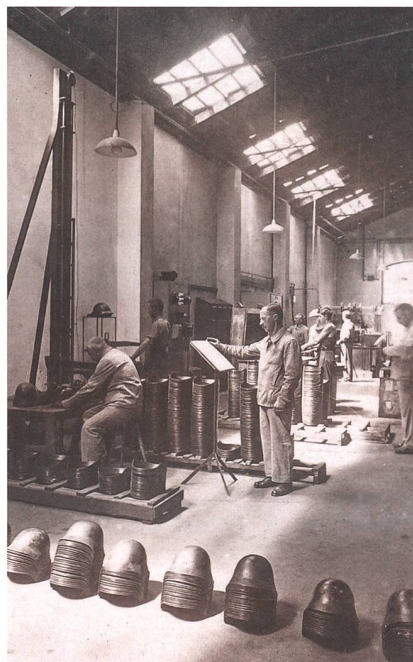


Abb. 8 Helmfabrikation in der Metallwarenfabrik Zug, 1930er Jahre. Anfang 1918 begann die Metallwarenfabrik mit der Serienproduktion des neuen Stahlhelms Ordonnanz 1918 der Schweizer Armee.

Wohl vor allem dank dieser umfangreichen Bestellung konnte die Metallwarenfabrik auch im Geschäftsjahr 1917/18 einen zwar sinkenden, aber immer noch befriedigenden Gewinn ausweisen, der wiederum die Auszahlung einer Dividende von 12 Prozent erlaubte.<sup>118</sup>

## Vom Krieg zur Krise

Im November 1918 endete der Weltkrieg mit der Niederlage der Zentralmächte. Der Weg von der Kriegs- zu einer neuen Friedenswirtschaft war lang und hart und führte während vieler Monate durch schwieriges Gelände. Auch für die Metallwarenfabrik besserte sich die Lage noch lange nicht. Der grosse Helmauftrag lief im Frühjahr 1919 vorerst aus. Nach Kriegsende wurden Bestellungen für das Militär storniert oder blieben ganz aus. Die Konsumenten im Inland hielten sich zurück, da sie auf fallende Preise hofften. Wegen der weiterhin wirksamen Exportsperr des Bundes und den restriktiven Vorschriften der Entente habe man «seit über einem Jahr kein Kilo mehr über die Grenze gebracht», konstatierte Präsident Weber Anfang März 1919.<sup>119</sup> Die Metallwarenfabrik befand sich «in einer stark nach unten verlaufenden Conjunktur»: «Hat in den Jahren 1916 und 1917 und zum Teil auch noch im Jahre 1918, nur die Beschaffung der Rohmaterialien Mühe und Arbeit verursacht, so haben wir seit Jahresfrist Mühe und Kämpfe, bis heute aber erfolglos, den Export wieder in Gang zu bringen und seit einigen Monaten auch ein absolutes Darniederliegen des Inlandgeschäftes. Die Hoffnung, dass sich nach Einstellung der Feindseligkeiten wenigstens die Rohmaterialienlieferung erleichtern werde, hat sich nicht, oder wenigstens nur zum geringen Teil erfüllt.»<sup>120</sup> Trotz des rückläufigen, allseits bedrängten Geschäfts konnte die Metallwarenfabrik indes im Geschäfts-

jahr 1918/19 einen zwar weiterhin abnehmenden, aber dennoch ordentlichen Gewinn erwirtschaften und immer noch 10 Prozent Dividende ausschütten (Abb. 7).<sup>121</sup>

Die Warenkontrollen durch die deutsche STS fielen mit dem Waffenstillstand im November 1918 dahin, jene der SSS und die Handelsrestriktionen der Entente hielten bis in die Mitte des Jahres 1919 an. Danach besserte sich die allgemeine wirtschaftliche Lage. Eine Nachkriegskonjunktur liess auf endlich bessere Zeiten hoffen.<sup>122</sup> Die Situation der Metallwarenfabrik verbesserte sich ebenfalls. Exporthemmnisse fielen weg, die Nachfrage nach dem traditionellen Hauptprodukt, den emaillierten Waren, wuchs erheblich, konnte allerdings wegen des immer noch bestehenden Rohstoff- und Kohlenmangels nur beschränkt befriedigt werden. Noch Anfang 1920 betrug die Emailproduktion bloss etwas mehr als die Hälfte der Vorkriegsleistung. Der Verfall der französischen und italienischen Währung drückte auf die Erträge, und zunehmend drohte wieder «das Gespenst von deutschen und oesterreichischen Waren», die während der Kriegsjahre ausgeblieben waren. Ihr Import war nun wieder absehbar, gegen den «eine Konkurrenz unter heutigen Valutaverhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit wäre».<sup>123</sup> Dennoch war der Umsatz

<sup>118</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1918; P 135.2.1, Geschäftsbericht 1917/18. ZV 112, 17.9.1918.

<sup>119</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 6.3.1919.

<sup>120</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 6.3.1919 (Zitat), 6.8.1919; P 135.1.21, Prot. VRA, 17.6.1919, 24.7.1919; P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919.

<sup>121</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919; P 135.2.1, Geschäftsbericht 1918/19. ZV 112, 22.9.1919, 112, 23.9.1919.

<sup>122</sup> Rossfeld/Straumann 2008, 46.

<sup>123</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 6.8.1919; P 135.1.11, Prot. VR, 13.1.1920; P 135.1.21, Prot. VRA, 11.9.1919, 20.11.1919 (Zitat), 18.2.1920, 22.7.1920; P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919.

im Geschäftsjahr 1919/20 höher denn je, allerdings nur nominal. In realen Preisen lag er im Bereich der Umsätze in der Zeit vor dem Krieg, und in den folgenden Jahren sank er auch nominal rapide, als im Verlauf des Jahres 1920 der kurzen Nachkriegskonjunktur eine lange und schwere Wirtschaftskrise folgte. Mit den abnehmenden Gewinnen schrumpften auch die Dividenden auf das Niveau der Vorkriegszeit, einen Verlust gab es aber nie und Dividenden immer (vgl. Abb. 7).<sup>124</sup>

### «Schmerzenskind» und erfolgreiche Tochterfirma

Die guten Gewinne in den Kriegsjahren basierten zum Teil auch auf den Erträgen der Fabriken, an denen die Metallwarenfabrik beteiligt war. Wie die MFZ machten diese Betriebe bei Kriegsbeginn schwere Zeiten durch. Alle mussten wegen der mobilisierten Belegschaft und verschiedenen Restriktionen die Produktion erheblich reduzieren wie die Smalteria Italiana in Mailand oder ganz einstellen wie die SEBAG in Stein am Rhein oder die Aluminiumwarenfabrik im elsässischen St. Ludwig, ein Zweigbetrieb der zur MFZ gehörenden Gröninger AG in Binningen. Besser behaupten konnte sich die neue Verzinkerei in Zug, obwohl auch der Verzinkereimeister und für kurze Zeit gleich beide Direktoren einrücken mussten.<sup>125</sup> Die Turbulenzen im Verlauf des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit bewältigten diese Fabriken mit unterschiedlichem Erfolg.

Gröninger konnte sich trotz zunehmenden Materialmangels insgesamt gut behaupten, besser das Werk im schweizerischen Binningen, weniger gut das exponierte Zweigwerk im Elsass, das Teil der deutschen Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie wurde. Ein Problem war, dass die meisten Bankguthaben aus deutschen Mark und österreichischen Kronen bestanden, was grosse Währungsverluste verursachte, ein anderes, dass die Gebrüder Gröninger, die Gründer und Mitbesitzer der Fabrik, trotz ihrer Einbürgerung in der Schweiz in französischer Sicht immer noch als Deutsche galten. Dies führte nach dem Krieg zur vorläufigen Stilllegung der Fabrik

in St. Ludwig, nachdem dieses zum französischen St. Louis geworden war.<sup>126</sup>

Ins Abseits geriet die Metallwarenfabrik mit ihrer Mehrheitsbeteiligung an der Smalteria Italiana in Mailand, die überraschend verloren ging. Nach Kriegsausbruch litt die Mailänder Fabrik an Kohlenmangel und hohen Rohstoffpreisen, musste den Betrieb beträchtlich reduzieren und brauchte Zuschüsse von der MFZ, konnte aber gute Geschäfte mit Militärlieferungen an den italienischen Staat machen. Weitere Nöte bereitete – abgesehen von der Mobilisation italienischer Arbeiter – der von Aufruhr begleitete Kriegseintritt Italiens im Mai 1915, als «von dem Pöbel auch die sofortige Abreise unserer deutsch-schweizerischen Beamten» sowie der deutschen und der österreichischen Arbeiter gefordert wurde.<sup>127</sup> In der Folge war die MFZ mit der Schwierigkeit konfrontiert, eine Fabrik in einem kriegführenden Staat zu kontrollieren, mit der man kaum noch Kontakt herstellen konnte und deren Leitung man verdächtigte, bewusst Informationen zurückzuhalten und die wahren Verhältnisse zu verschleiern. Man konstatierte ein gespanntes «Verhältnis der Italiener zu den Ausländern, speziell den Schweizern» und sah mit Grund eine Gefahr darin, dass die «Smalteria Italiana eben da und dort für ein schweizerisches, wenn nicht gar deutsches Unternehmen» gehalten wurde. Von einem Verkauf wollte die MFZ aber nichts wissen. Aus den wenigen Berichten schloss die Fabrikleitung, dass die Smalteria anscheinend insgesamt recht gut arbeitete, besonders für das italienische Heer, aber von Konflikten in der Fabrikleitung gehemmt wurde.<sup>128</sup>

1917 versiegten die Mitteilungen fast vollständig. Informationen erhielt man fast nur noch über den im Tessin wohnenden Rechnungsrevisor, der immer mehr Schwierigkeiten hatte, die Landesgrenze zu passieren. Oscar Weber, Präsident der MFZ und auch Verwaltungsratspräsident der Smalteria, kam «immer mehr zur Überzeugung, dass etwas in dieser Fabrik nicht stimmt und wir bei Eintritt normaler Zeiten gezwungen sind, mit eisernem Besen wieder auszukehren.»<sup>129</sup> Dazu kam es nicht mehr, denn Webers Verdacht war begründet. Anfang Dezember 1917 mussten die Schweizer Verwaltungsräte der Smalteria erfahren, dass sie nicht mehr im Amt waren, sondern Mitte November von einer ausserordentlichen Generalversammlung, von der sie nichts wussten, abgesetzt worden waren. Nach ihrer Vertretung im Verwaltungsrat verlor die Metallwarenfabrik durch einen zweiten Schlag auch ihre Aktienmehrheit, als eine weitere Generalversammlung Ende November entschied, unter Ausschluss der Schweizer Mehrheitsaktionäre das Aktienkapital zu verdoppeln. Die MFZ protestierte gegen «diese unglaubliche Vergewaltigung», löste sofort die Geschäftsbeziehungen mit der Smalteria und verlangte eine politische Intervention, wurde aber vom schweizerischen Gesandten in Rom auf den gerichtlichen Weg verwiesen. Dieser führe jedoch kaum zum Erfolg, beschied ein Gutachten eines italienischen Anwalts, der die nicht weiter ausgeführten Argumente der italienischen Gegenseite zu seinen eigenen machte.<sup>130</sup> Die Smalteria hatte

<sup>124</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919, 18.9.1920, 17.9.1921, 16.9.1922, 15.9.1923; P 135.2.1–2, Geschäftsberichte 1919/20, 1920/21, 1921/22, 1922/23.

<sup>125</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 8.8.1914; P 135.1.20, Prot. VRA, 29.8.1914, 15.9.1914.

<sup>126</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 12.1.1915, 16.7.1915, 11.9.1915, 17.1.1916, 15.3.1916, 12.12.1916, 19.1.1917, 12.12.1918, 5.2.1919; P 135.1.10, Prot. VR, 25.2.1916, 2.2.1918, 3.8.1918, 6.3.1919, 30.4.1919.

<sup>127</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 8.8.1914; P 135.1.20, Prot. VRA, 29.8.1914, 27.10.1914; P 135.1.21, Prot. VRA, 12.4.1915, 10.5.1915, 11.6.1915 (Zitat), 16.7.1915, 15.3.1916.

<sup>128</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 5.8.1916, 1917.1917; P 135.1.21, Prot. VRA, 15.3.1916 (Zitat), 11.5.1916, 9.11.1916, 12.12.1916.

<sup>129</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. 19.1.1917; P 135.1.21, Prot. VRA, 13.4.1917 (Zitat), 8.6.1917, 31.7.1917, 19.10.1917.

<sup>130</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 12.12.1917 (Zitat), 25.1.1918, 7.11.1918, 6.3.1919; P 135.1.10, Prot. VR, 2.2.1918; P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1918 (Zitat).



sicher eine andere Sicht auf die Verhältnisse, die nur in der Version der Metallwarenfabrik bekannt sind.

Da auch ein Tessiner Anwalt befand, selbst in Friedenszeiten wäre gerichtlich kaum etwas zu machen, klagte die MFZ zwar vor einem italienischen Gericht, suchte aber eine Verhandlungslösung, um das «Schmerzskind» Smalteria möglichst rasch und ohne grosse Verluste loszuwerden.<sup>131</sup> Einfach war dies nicht, da die MFZ nebst ihrem mittlerweile minderwertigen Aktienbesitz immer noch ein erhebliches, aus ihren wiederholten Zuschüssen entstandenes Guthaben hatte. Die Smalteria bestritt diese Schuld zwar nicht, behauptete aber, dass sie nicht in Franken bestehe, wie die MFZ meinte, sondern in Lire, die mittlerweile gegenüber dem Franken enorm an Wert verloren hatte. Schliesslich gelang Mitte 1919 eine Einigung, in deren Folge die Metallwarenfabrik sogleich auch ihre Aktien an italienische Investoren verkaufte, da man seitens der Smalteria eine neue «Halunkerei» befürchtete.<sup>132</sup> «Damit haben unsere Mailänder Interessen ihren nicht gerade erfreulichen Abschluss gefunden» mit dem Ergebnis, dass die Metallwarenfabrik nun statt einer Fabrik in Italien einen Haufen Lire mit zweifelhaftem Wert besass und nicht viel mehr machen konnte, als auf einen steigenden Kurs zu hoffen. Etwas Genugtuung mochte der weitere Verlauf der Angelegenheit bereitet haben. Die Smalteria geriet erneut in Schieflage, häufte Schulden über Schulden an und suchte die «Annäherung an einen Konzern, der ihnen das nötige Kleingeld zur Abzahlung der oben erwähnten Schulden geben soll». Im Blick hatte sie die Metallwarenfabrik, die prinzipiell nicht abgeneigt war, ihren zweifelhaften Lirebesitz zu re-investieren. Jedoch zerschlugen sich die Pläne.<sup>133</sup>

Erfreulicher war die Entwicklung der 1913 gegründeten Verzinkerei Zug (Abb.9). Die noch kleine Tochterfirma kämpfte mit den gleichen Schwierigkeiten wie die Metallwarenfabrik. Es mangelte zunehmend an Blech und Zink, der Export vorab nach Italien und Frankreich wurde immer schwieriger, was vor allem die eigene Fertigung von Blechwaren wie Eimern, Spülbecken, Giesskannen oder seit 1915 der erfolgreichen «Zuger Waschherde» beeinträchtigte, während die Lohnverzinkerei für Kunden wie die eidgenössische Telegraphenverwaltung meist florierte. Die Verzinkerei konnte aber bei der Rohmaterialbeschaffung und dem Absatz auf die Unterstützung ihrer Mutterfirma bauen und wuchs

langsam, aber stetig. 1917 überschritt der von 46 Arbeitern und 15 Angestellten erarbeitete Umsatz erstmals die Grenze von 1 Million Franken, 1921/22 wurde das Fabrikationsprogramm der SEBAG in Stein am Rhein übernommen. Diese MFZ-Gründung von 1913 hatte nie mehr als bloss befriedigend gearbeitet und wurde schliesslich liquidiert.<sup>134</sup>

## Die Arbeiterschaft in der Kriegszeit

Nach dem Kriegsausbruch im August 1914 verliessen zahlreiche Arbeiterinnen und Arbeiter die Metallwarenfabrik, die Ausländer reisten in ihre Heimatländer zurück, Schweizer Arbeiter wurden mobilisiert und rückten in den Aktivdienst ein. Die Belegschaft schrumpfte von fast 500 Personen Ende Juli auf gut 370 Anfang September. Etwa 50 waren im Aktivdienst.<sup>135</sup> Im Herbst kehrten nach Demobilisationen in der Armee viele Schweizer wieder zurück, die Ausländerinnen und Ausländer blieben meist dauerhaft weg.

Als die Krise zu Kriegsbeginn überwunden war und die Geschäfte wieder besser liefen, wuchs auch die Belegschaft wieder, erreichte im April 1915 den Stand wie unmittelbar vor dem Krieg und blieb bis Ende 1916, als die Produktionsschwierigkeiten rasch zunahmen, ungefähr auf der gleichen Höhe (vgl. Abb.5).<sup>136</sup> Stets waren einige Dutzend im Militärdienst. Bei der Rekrutierung ungelerner Arbeiterinnen und Arbeiter gab es kaum Schwierigkeiten, «dagegen seien tüchtige Berufsarbeiter sozusagen nicht erhältlich».<sup>137</sup>

Die Zusammensetzung der Belegschaft war nun aber wesentlich anders als vor dem Krieg. Sie wurde, knapp ausgedrückt, schweizerischer und männlicher. Kurz vor dem Krieg kam knapp die Hälfte der Belegschaft aus Italien, Männer und Frauen etwa gleichauf. Ebenfalls etwas weniger als die halbe Belegschaft kam aus der Schweiz; bei Kriegsende im November 1918 waren es über drei Viertel. Mitte 1914 war etwa ein Drittel der Arbeiterschaft weiblich, Ende 1916 noch gut ein Viertel und Mitte 1918 ein Fünftel.<sup>138</sup>

Der Umschwung begann im August 1914, als viele Italienerinnen und Italiener die Fabrik verliessen. Ersetzt wurden sie mehrheitlich von Schweizern und etwas weniger von Schweizerinnen, sodass die Anteile der Personen mit Schweizer Bürgerrecht zunahmen. Damit reagierte die Metallwarenfabrik wohl auch auf politischen Druck, den der Staat nicht

<sup>131</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 12.12.1917 (Zitat), 25.1.1918; P 135.1.10, Prot. VR, 2.2.1918, 1.5.1918, 3.8.1918; P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1918.

<sup>132</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 2.2.1918, 1.5.1918, 30.4.1919; P 135.1.3, Prot. GV, 14.9.1918, 20.9.1919; P 135.1.21, Prot. VRA, 5.2.1919, 6.3.1919, 17.6.1919 (Zitat), 24.7.1919.

<sup>133</sup> StAZG, Prot. GV, 20.9.1919; P 135.1.21, Prot. VRA, 24.7.1919 (Zitat); P 135.1.11, Prot. VR, 17.8.1922, 16.9.1922, 5.4.1923.

<sup>134</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 23.11.1914, 12.4.1915, 11.6.1915, 16.7.1915, 11.9.1915, 11.1.1916, 25.2.1916, 11.5.1916, 9.11.1916, 8.6.1917, 9.10.1917, 25.1.1918, 6.6.1918, 12.12.1918, 5.2.1919, 20.11.1919, 17.5.1920, 9.12.1921; P 135.1.10, Prot. VR, 28.11.1914, 19.1.1917, 31.7.1917, 1.5.1918, 3.8.1918, 14.9.1918, 6.3.1919, 30.4.1919; P 135.1.21, Prot. VR, 23.5.1922. 25 Jahre Verzinkerei

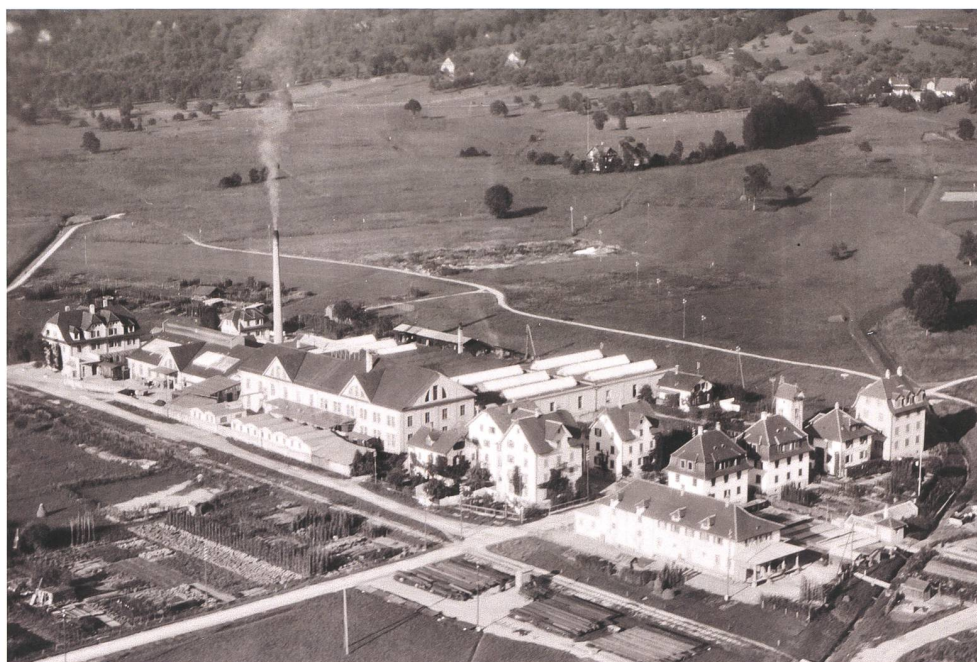
Zug, 4–6, 15f. – Der «Zuger Waschherd» war der erste einer ganzen Folge von Geräten, mit denen die Verzinkerei Zug, heute V-Zug, zu einem führenden Anbieter von Haushaltsapparaten wurde. 1976 wurde die Metallwarenfabrik mit der Verzinkerei Zug vereinigt und in den Jahren bis 1981 die Produktion am Standort der Verzinkerei konzentriert. Auf dem Gelände der alten Metallwarenfabrik entstand danach die neue «Metalli», eine Grossüberbauung mit Verkaufsgeschäften, sonstigen Dienstleistungen, Büros und Wohnungen.

<sup>135</sup> StAZG, P 135.4.8, Lohnsummenliste 1914/15.

<sup>136</sup> StAZG, P 135.4.8, Lohnsummenliste 1914/15–1916/17.

<sup>137</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 5.10.1915.

<sup>138</sup> StAZG, P 135, P 135.4.2, Arbeiterverzeichnis 1898–1942, Auswertung der Einträge.



*Abb. 9 Die 1913 gegründete Verzinkerei Zug war die erfolgreichste Tochterfirma der Metallwarenfabrik. Um 1930.*

nur aus Sorge um das Wohl seiner Bürger, sondern auch um jenes seiner Kassen ausübte. Mitte November wies der Zuger Stadtrat den Regierungsrat auf ein Verhalten von Fabrikbetrieben hin, das «wenig patriotisch» sei und beklagte sich, «dass einige gewerbliche Etablissements, wie die Metallwarenfabrik Zug, die Verzinkerei A.G. in Zug, die Firma Landis & Gyr in Zug und die Spinnerei in Baar mit besonderer Vorliebe Ausländer, speziell Italiener beschäftigen.» So könne «es vorkommen, dass unsere Schweizerbürger, wenn sie aus dem Militärdienste heimkehren, keine Arbeit mehr finden und auf die Strasse geworfen werden».<sup>139</sup> Der Regierungsrat nahm die Beschwerde sogleich auf und machte in einem Rundschreiben an «die Fabriketablissements im Kanton Zug» auf eine drohende Arbeitslosigkeit aufmerksam, die «sich nach der erfolgten Rückkehr unserer Milizen aus dem Grenzdienst zweifelsohne noch fühlbarer» mache. Er empfahl daher den Fabriken, bei Anstellungen «tunlichst Schweizerbürger zu berücksichtigen, so dass denselben Gelegenheit geboten wird, den Unterhalt für sich und ihre Familien im Lande selbst zu verdienen und sie davon verschont bleiben, der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen zu müssen.»<sup>140</sup>

Die Metallwarenfabrik sicherte darauf zu, «kräftig mitzuhelfen, um der allgemeinen Notlage entgegenzuwirken», wies aber den häufig geäusserten Vorwurf zurück, «dass sie zu viel Ausländer beschäftige». Die Ausländerfrage sei deshalb akut geworden, weil Schweizerbürger, die nun «wohl

unter dem Drucke der jetzigen Conjunktur massenhaft» um Arbeit nachsuchen, «es in normalen Zeiten aber weit unter ihrer Würde halten, in unsern kantonalen Industrien Beschäftigung zu suchen.» «Nicht geringer Belohnung oder bessere Arbeitsleistung haben zur Aufnahme der Ausländer geführt, sondern der Umstand allein, dass sich die einheimische Bevölkerung für die kantonalen einheimischen Industrien nicht hergibt.» Habe man «sich nun mit vielen Mühen und selbst Kosten einen Stamm dieser sesshaft gewordenen Ausländer in langen Jahren herangezogen, so haben dieselben das Recht, nicht nur in der guten Zeit dem Geschäfte dienstbar zu sein, sondern auch in der kritischen Zeit Berücksichtigung zu verlangen. Denn mit dem Leute einstellen allein ist es nicht gemacht, es müssen dieselben durch längerers Verbleiben zu richtigen Arbeitern herangezogen werden können.» Man habe aber seit Kriegsbeginn nur vereinzelte Ausländer eingestellt und werde sich weiterhin «so viel als möglich auch vom patriotischen Standpunkte leiten lassen.»<sup>141</sup>

Auf die zunehmenden Schwierigkeiten wegen Rohstoffmangel und Kohlennot und erschwertem Absatz in der zweiten Kriegshälfte und der Nachkriegszeit reagierte die Metallwarenfabrik wie die anderen Betriebe mit Kurzarbeit und Personalabbau. Die Fabrikleitung bemühte sich mit Erfolg, «die Fabrik möglichst lange, wenn auch im beschränkten Masse, im Betrieb zu erhalten». Die Einstellung des gesamten Betriebs, zu dem zum Beispiel die Spinnereien Ägeri 1917 gezwungen waren, konnte zwar vermieden werden. Jedoch gab es wiederholt erhebliche Arbeitsreduktionen, zum Beispiel Ende 1917, als der Betrieb versuchsweise einen Tag pro Woche eingestellt wurde. Zudem reduzierte die Fabrikleitung die Belegschaft, indem sie Abgänge nicht ersetzte und vereinzelt Arbeiter entliess. Dadurch schrumpfte die Arbeiterzahl bis Mitte 1918 auf etwa 60 Prozent des Vorkriegs-

<sup>139</sup> StadtA Zug, F 1/14, Prot. Einwohnerrat Zug, 14.11.1914; StAZG, CE 45.5, Brief Einwohnerrat Zug an Regierungsrat, 16.11.1914 (Zitat).

<sup>140</sup> StAZG, CE 45.5, Rundschreiben des Regierungsrates an die Fabrikbetriebe im Kanton Zug, 28./30.11.1914 (Zitat); F 1.95, Prot. Regierungsrat, 28.11.1914. – Zur Ausländerfrage vgl. Morosoli 2017, 169f.

<sup>141</sup> StAZG, CE 45.5, Brief Metallwarenfabrik an Regierungsrat, 2.12.1914.



bestands. Sie blieb bis gegen Ende der 1910er Jahre auf diesem tiefen Niveau und stieg in den 1920er Jahren wieder langsam an, ohne aber je die Vorkriegsbestände zu erreichen.<sup>142</sup>

## Löhne, Teuerung, Arbeitskämpfe

Im August 1914, als der Krieg ausbrach, die Metallwarenfabrik ihren Betrieb herunterfuhr und viele Arbeiter und Angestellte einrücken mussten, bemühte sich die Fabrikleitung um eine Linderung der finanziellen Nöte ihrer Belegschaft. Die Angestellten, die in der Fabrik arbeiteten, erhielten trotz reduzierter Arbeitszeit vorerst das ganze Gehalt, jene im Aktivdienst einen Teil, sofern sie verheiratet waren. Den verheirateten Arbeitern im Militärdienst resp. deren Frauen wurde vorläufig pro verlorenen Arbeitstag 1 Franken ausbezahlt, etwa ein Fünftel eines Taglohns eines Hilfsarbeiters in der Fabrik. Viel war es nicht, aber immerhin etwas, zu dem die Fabrik rechtlich nicht verpflichtet war, da es noch keine Erwerbsersatzordnung gab. Weitere bescheidene Beiträge gab es allenfalls von der militärischen Notunterstützung und von der gemeindlichen Fürsorge.<sup>143</sup> Mietern in finanziellen Nöten stundete die Fabrik den Mietzins. An der Generalversammlung Mitte September entfiel das üblicherweise offerierte Essen. Stattdessen erhielt der Bundesrat eine grosszügige Spende für wohltätige Zwecke.<sup>144</sup>

1914 verdienten Berufsarbeiter in der Metallwarenfabrik durchschnittlich knapp 70 Rappen in der Stunde, Hilfsarbeiter erhielten knapp 50 Rappen, Arbeiterinnen gut die Hälfte davon, womit die Löhne im Vergleich zu anderen Orten eher im unteren Bereich lagen (Abb. 10).<sup>145</sup> Im ersten Kriegsjahr stiegen die Löhne zwar leicht an, konnten aber der anziehenden Teuerung nicht ganz folgen. Jedoch gab es zur Generalversammlung 1915 «in Anbetracht des guten Geschäfts-

ganges, der allgemeinen teuren Zeit und im Hinblick des im ganzen befriedigenden Verhältnisses sowohl mit den Beamten, wie mit der Arbeiterschaft» erhöhte Zuwendungen. Jeder Beamte erhielt ein halbes Monatsgehalt ausbezahlt, jeder Arbeiter einen halben Zahltag.<sup>146</sup>

Im zweiten Kriegsjahr zog die Teuerung weiter an. Die Löhne und Gehälter in der Metallwarenfabrik wurden zwar ebenfalls erhöht, fielen aber gegenüber der rasch zunehmenden «Steigerung aller Lebensbedürfnisse»<sup>147</sup> immer weiter zurück, auch wenn die Generalversammlung vom September 1916 zusätzlich zu den Erhöhungen der Empfehlung von Präsident Weber folgte, «sich sowohl der Beamten, wie der Arbeiter dankbar zu erinnern». Alle Beamten und Meister, die mindestens seit einem Jahr in der Fabrik arbeiteten, erhielten ein zusätzliches Monatsgehalt, alle Arbeiter, die im Vorjahr oder früher eingetreten waren, einen ganzen Zahltag, jene, die im laufenden Jahr in die Fabrik gekommen waren, einen halben.<sup>148</sup>

Die ausserordentliche Zulage war zwar eine freundliche Geste, konnte indes die sinkende Kaufkraft der Löhne nicht ausgleichen. Die Preise lagen 1916 etwa einen Drittel höher als 1914, die durchschnittlichen Löhne der Berufsarbeiter in der Metallwarenfabrik waren aber nur um knapp einen Zehntel gestiegen, jene der Hilfsarbeiter und Handlanger um etwa einen Siebtel. Die schon 1914 kümmerlich entlöhnten Arbeiterinnen erhielten 1916 gar nur 7 Prozent mehr. Insgesamt ergab dies für die Lohnbezügerinnen und -bezüger einen Kaufkraftverlust von etwa einem Fünftel, während die Aktionäre nach dem Geschäftsjahr 1915/16 teuerungsbereinigt eine um die Hälfte höhere Dividende erhielten als 1913/14, dem letzten Geschäftsjahr vor dem Krieg, und die Tantiemen für Verwaltungsräte, die Ausschussmitglieder, die Direktoren und die leitenden Angestellten sogar 80 Prozent höher lagen.<sup>149</sup>

<sup>142</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 9.2.1917 (Zitat), 25.7.1917, 17.11.1917, 12.12.1918, 5.2.1919; P 135.1.10, Prot. VR, 2.2.1918; P 135.1.10, Prot. VR, 30.4.1919; P 135.1.3, Prot. GV, 15.9.1917, 25.5.1918, 14.9.1918. ZV 58, 15.5.1917, 101, 23.8.1917, 112, 18.9.1917. ZN 72, 16.6.1917, 102, 25.8.1917. – Gemäss Arbeiterverzeichnis (StAZG, P 135.4.1–2, Arbeiterverzeichnisse 1880–1942) gab es zum Beispiel im ersten Halbjahr 1916 116 Eintritte und 135 Austritte, im ersten Halbjahr 1917 41 Eintritte und 115 Austritte und im ersten Halbjahr 1918 13 Eintritte und 51 Austritte. StAZG, P 135.2.2, Geschäftsberichte 1913/14–1929/30.

<sup>143</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 29.8.1914, 27.10.1914; P 135.4.17, Durchschnittslöhne 1914–1921.

<sup>144</sup> StAZG, P 135.1.20, Prot. VRA, 29.8.1914; StAZG, P 135.4.17, Durchschnittslöhne 1914–1921; ZN 113, 19.9.1914. – Vgl. Marco Jorio, Die «Militärische Notunterstützung» im Ersten Weltkrieg. Eine Erwerbsersatzordnung (EO) avant la lettre. In: Tugium 35, 2019, 205–210.

<sup>145</sup> StAZG, P 135.4.17, Durchschnittslöhne 1914–1921. Berechnung der Stundenlöhne 1922 auf der Grundlage von Angaben in ZN 89, 26.7.1922. Vergleichswerte HSSO 2012, Tab. G.5a (Permalink: <https://hso.ch/2012/g/5a>).

<sup>146</sup> StAZG, P 135.2.1, Prot. VR, 16.7.1915 (Zitat); P 135.1.3, Prot. GV, 18.9.1915; P 135.2.1, Geschäftsbericht 1914/15, S. 3; P 135.4.17, Durchschnittslöhne 1914–1921. ZV 113, 21.9.1915.

<sup>147</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 13.4.1916 (Zitat); P 135.2.1, Prot. VR, 16.7.1915 (Zitat); P 135.1.3, Prot. GV, 18.9.1915; P 135.2.1, Geschäftsbericht 1914/15, 3; P 135.4.17, Durchschnittslöhne 1914–1921. ZV 113, 21.9.1915.

<sup>148</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 28.6.1916 (Zitat), 5.8.1916, 16.9.1916, 9.11.1916; P 135.1.3, Prot. GV, 16.9.1916; P 135.2, Geschäftsbericht 1915/16, 4. ZV 113, 21.9.1915.

<sup>149</sup> StAZG, P 135.2, Geschäftsberichte 1913/14 und 1915/16; P 135.4.17, Durchschnittslöhne 1914–1921. – Detaillierte Lohnzahlen liegen nicht vor. In den Lohnlisten (StAZG, P 135.4.8) sind zwar die Summen der ausbezahlten Löhne nach Abteilungen und Zahltagsperioden aufgeführt, woraus sich jedoch nicht mehr als eine allgemeine Zunahme konstatieren lässt. Die Lohngrafik 1914–1921 (StAZG, P 135.4.17, Durchschnittslöhne 1914–1921) spezifiziert die Löhne nach einzelnen Kategorien (Berufsarbeiter mit weiteren Unterteilungen, Hilfsarbeiter/Handlanger, Jugendliche, Arbeiterinnen), lässt aber nicht erkennen, wie die Zahlen berechnet wurden und auf welchen Zeitpunkt sie sich beziehen. Immerhin zeigen sie allgemeine Tendenzen und die Verhältnisse zwischen den einzelnen Gruppen. Gemäss diesen Zahlen stiegen die durchschnittlichen Stundenlöhne der Berufsarbeiter von 1914 bis 1916 von 67 Rappen auf 73 Rappen, jene der Hilfsarbeiter/Handlanger von 48 Rappen auf 55 Rappen und jene der Arbeiterinnen von 28 Rappen auf 30 Rappen.

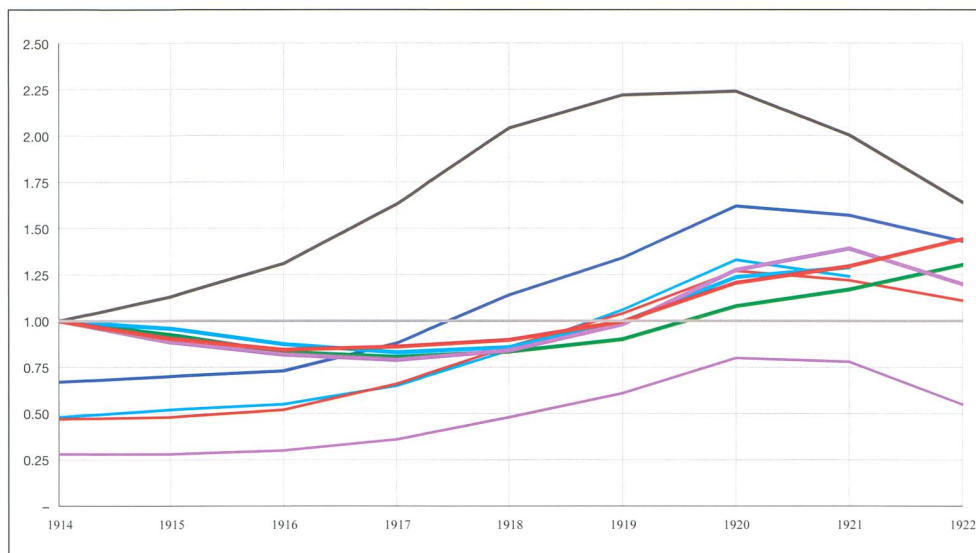


Abb. 10 Durchschnittliche Stundenlöhne in der Metallwarenfabrik Zug 1914 bis 1922, absolut und kaufkraftbereinigt, in Franken.

Mit der zunehmenden Not und der wachsenden Diskrepanz zwischen den Bürgern und Bauern, die von der Kriegswirtschaft profitierten, und den Arbeitern, die die Kaufkraft ihrer Löhne schwinden sahen, zerbrach mitten im Krieg der sogenannte «Burgfriede», das bei Kriegsausbruch 1914 abgeschlossene Stillhalteabkommen zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft. Die soziale Unrast wuchs, der Ton zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde harscher, der Klassenkampf härter. Damit sah sich auch die Leitung der Metallwarenfabrik immer stärker konfrontiert.<sup>150</sup> Als im September 1916 der gute Jahresabschluss 1915/16 bekannt wurde, warf ihr der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) vor, sie speise ihre Arbeiter «mit wahren Hungerlöhnen» ab, während sie «Riesengewinne» mache, «wovon die paar faulenzenden Grossaktionäre eine Dividende von 15 Prozent einheimsen können». Und «während die Aktionäre, die als Verwaltungsräte herrschen, für ihre (mühevollen) Arbeit eine Tantieme, ein bestimmter, nach dem Ertrag der Einnahme sich richtender Gewinnanteil von 116 226 Fr. einsacken können, erhalten die zirka 540 Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten eine Gratifikation von 40 000 Fränklein, was pro Kopf nicht einmal 75 Fr. ausmacht. Dafür trifft es aber für jeden Grossaktionär als Mitglied des Verwaltungsrates über 10 000 Fr. Das ist die von der bürgerlichen Gesellschaft so vielgepriesene «göttliche Weltordnung», nach welcher die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als unabänderliches göttliches Gesetz gilt und somit oberstes Prinzip ist.» An den misslichen Verhältnissen seien die Arbeiter aber mitschuldig, da sie sich gleichgültig verhielten, an-

statt sich zu organisieren. «Nur dann wird den Arbeitern und Arbeiterinnen ein höherer Gewinn in Form höherer Löhne und [kürzerer] Arbeitszeit winken, so dass sie dann auf diese Almosen verzichten können.»<sup>151</sup>

Zum selben Schluss kam «F.B.», sehr wahrscheinlich Friedrich Barthel, ein Sozialist, der schon 1902 aus dem deutschen Heer desertiert war und in Zug einen neuen Kampfplatz fand, wo er über Arbeiterbewegung, Arbeitskampf, Teuerung und Ausbeutung referierte, in den Fabriken agitierte und in der sozialistischen Tageszeitung «Centralschweizerischer Demokrat» über die elenden Zustände im Kanton Zug schrieb.<sup>152</sup> Im Februar 1917 waren jene in der Metallwarenfabrik sein Thema, die angeblich denen in Russland nahe kämen. So habe «der Meister D. kürzlich einen Arbeiter im Werkzeugzimmer durchgeprügelt». Auch sei «zwar schon sattem bekannt, dass Behandlung und Bezahlung der Arbeiter dort sehr viel zu wünschen übrig lassen, aber ein wahres Rührstück der Willkür und Ungesetzlichkeit hat sich Dr. Weber vor einigen Tagen geleistet»: Als ein Motorschaden den Betrieb teilweise für zweieinhalb Stunden unterbrochen habe, hätten die Arbeiter den Betrieb nicht verlassen dürfen. Dennoch sei ihnen die Zeit vom Lohn abgezogen worden – «wieder ein schlagender Beweis der Arbeiterfreundlichkeit des H. Dr. W.» «So ist es recht, den Direktoren 10 000 Fr. Gratifikationen, den Meistern gute Prämien und den schuftenden Arbeitern einen Hungerlohn und dazu die Knute.» Die Arbeiter sollten endlich vernünftig werden und sich der Metallarbeitergewerkschaft anschliessen. «Nicht mit Grütli-schwur und -Feuer, wohl aber mit der Organisation und Einigkeit müssen diese modernen Vögte zahm gemacht werden.»<sup>153</sup>

1917 nahm die Teuerung noch stärker zu als in den vorhergehenden Kriegsjahren. Die Preise schossen mehr in die Höhe als je zuvor, Nahrungsmittel und Brennstoffe wurden knapp, staatliche Massnahmen wie Preiskontrollen und Rationierungen kamen zu zögerlich, waren zu schwach und

<sup>150</sup> Vgl. CD 200, 30.8.1916.

<sup>151</sup> Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung (SMZ). Offizielles Organ des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, 36, 2.9.1916. Der inhaltlich nicht ganz korrekte, in seiner Stossrichtung aber unmissverständliche Artikel ist gezeichnet mit «P. St.».

<sup>152</sup> Morosoli 2017, 176.

<sup>153</sup> CD 30, 5.2.1917.



entfalteten kaum Wirkung. Die Löhne konnten nicht mithalten. Zwar war die Leitung der Metallwarenfabrik bemüht, mit den Löhnen und Gehältern den Preissteigerungen zu folgen. Zudem stellte sie den Angestellten und Arbeitern auf dem Fabrikgelände und in der Umgebung Pflanzland zur Verfügung.<sup>154</sup> Ihr Vorgehen macht aber einen unsystematischen und von kurzfristigen Entscheiden geprägten Eindruck. So regte Präsident Weber Anfang Februar 1917 im Verwaltungsratsausschuss an, «dass wir wieder etwas tun sollten», da die Teuerung «dermassen gross» sei und «zweifelsohne noch grösser» werde. Er schlug vor, «allen unseren Arbeitern einen Zahntag in zwei Malen und allen unseren Beamten einen [sic] Monatsgehalt in zwei Malen zur Auszahlung zu bringen und zwar auf Ende Februar und Ende April», was der Ausschuss einstimmig genehmigte. Im Juni 1917 beschloss der Ausschuss eine weitere Teuerungszulage für Beamte und Arbeiter und nahm zur Kenntnis, dass somit die Arbeitslöhne seit Kriegsausbruch um circa 30 Prozent gestiegen seien.<sup>155</sup> Die Konsumentenpreise waren aber seit Kriegsbeginn um circa das Doppelte gestiegen, die Preise für Nahrung und Brennstoffe noch mehr.<sup>156</sup> Damit vergrösserte sich die Kluft zwischen den Löhnen, welche die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Metallwarenfabrik erhielten, und den Preisen, die sie für ihren täglichen Bedarf bezahlen mussten, noch mehr. Daran änderte auch der Beschluss der Generalversammlung im September 1917 wenig, vom Jahresgewinn in der Höhe von 677 000 Franken den Beamten, Meistern und Arbeitern nicht wie im Vorjahr 40 000 Franken, sondern 50 000 Franken zuzuwenden. Die Aktionäre erhielten 360 000 Franken Dividende und Superdividende, die Fabrikleitung statutengemäss 123 000 Franken Tantiemen aus dem Reingewinn,<sup>157</sup> der «durch den Schweiss des Arbeiters hervorgebracht» worden sei, wie die Metallarbeitergewerkschaft kritisierte.<sup>158</sup>

Das «anormal gute Resultat» im Geschäftsjahr 1916/17 «und die damit verbundenen grossen Tantiemen» hätten «zu recht unerfreulichen Nebenerscheinungen» geführt, konstatierte Präsident Weber nach der Generalversammlung im Ausschuss.<sup>159</sup> Abhilfe sollte eine Statutenänderung bringen, mit der die Tantiemen nicht verringert, aber kaschiert werden sollten. Die «letzten günstigen Jahre» hätten einen hohen Tantiemenbetrag ergeben, «an und für sich eine recht erfreuliche Sache, nicht nur für den Tantième-Empfänger, sondern auch für den Aktionär, der ja bei steigender Tantième auch steigende Dividende erhält», erläuterte Weber den Aktionären an einer ausserordentlichen Generalversammlung im Mai 1918. «Leider haben aber alle Sachen zwei verschiedene Seiten und so hat diese erhöhte Tantième nicht nur alle neidischen Gemüter in Aufregung gesetzt, sondern auch der Fiskus hat sich lebhaft für diesen Posten, resp. für die Empfänger dieses Postens interessiert.» Die Aktionäre pflichteten bei. Eine Änderung des entsprechenden Paragraphen in den Statuten bewirkte eine «nach aussen sichtbare Verringerung der Tantième», die aber durch «eine geänderte interne Entschädigung» kompensiert wurde.<sup>160</sup>

Die Aktionärsversammlung der Metallwarenfabrik blieb in der Öffentlichkeit unbeachtet. Das öffentliche Interesse konzentrierte sich auf die von einer sozialdemokratischen Initiative geforderte Einführung einer direkten Bundessteuer. Die Bürgerlichen sahen darin eine Gefahr nicht nur für die grossen Unternehmer, sondern auch für die kleinen Arbeiter, denen noch weiter steigende Preise drohten, wenn die neuen Steuerlasten überwältigt wurden. Die Sozialdemokraten wollten mit der neuen Steuer die «Grosskapitalisten» stärker belasten und die Kriegsgewinne wie jene der Metallwarenfabrik abschöpfen. Die Initiative wurde nur knapp mit 53 zu 47 Prozent abgelehnt. Sogar im solid konservativen, bürgerlich-bürgerlichen Kanton Zug stimmten 44 Prozent der Stimmbürger zu, in den Industriegemeinden Zug, Baar, Cham und Unterägeri sogar eine Mehrheit. Debatte und Resultat zeigen, wie tief die Gräben in der Gesellschaft waren und wie wenig von der bei Kriegsausbruch beschworenen Einigkeit zwischen Bauern, Bürgern und Arbeitern, zwischen links und rechts, oben und unten, Deutsch und Welsch noch vorhanden war – sofern eine solche Einigkeit überhaupt je über eine blossе Deklamatorik hinausgegangen war.

«Warum fängt es an zu gären?», fragte sich Anfang Oktober 1917 ein Schreiber aus Cham in den «Zuger Nachrichten» und fand eine Antwort in der ungerechten Zuteilung des eben erst rationierten Brots. Wer schwer zu arbeiten hatte, sollte eine Zusatzkarte erhalten. «Zu den Schwerarbeitern gehören aber scheint's nur die Bauern. Der Arbeiter in der Fabrik, der nebenbei dem Bauern auch überall helfen soll und der kaum Zeit zum Schlafen bekommt, soll nicht zu seinem Rechte kommen. Der Bauer hat überhaupt alles, was er zum Lebensunterhalt nötig hat. Der Arbeiter aber, hat er auch einen rechten Lohn, muss dennoch schauen, wie er durchkommen kann und dann soll er nicht auch Brot haben wie der Bauer. Übrigens handelt es sich nur um das Recht. Wo Recht und Gerechtigkeit mit Füssen getreten werden, da ist gleich der Grund gelegt zu Unfrieden und Unruhe. Nur Einigkeit und Gerechtigkeit können unserm Lande den innern Frieden erhalten.»<sup>161</sup> Dieser war schon im Herbst 1917 und auch im Kanton Zug weit weg. Anfang September streikten die Arbeiter der Verzinkelei Zug für eine grössere Teuerungszulage, Mitte September

<sup>154</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 1.5.1918.

<sup>155</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 19.1.1917; P 135.1.10; P 135.1.21, Prot. VRA, 9.2.1917 (Zitat), 8.6.1917.

<sup>156</sup> HSSO 2012, Tab. H.1. (Permalink: <https://hssso.ch/2012/h/1>). – Jacobi 2013, 48 ff.

<sup>157</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 15.9.1917; P 135.2, Geschäftsbericht 1916/17, 5. ZV 101, 23.8.1917, 112, 18.9.1916. ZN 102, 25.8.1917, 102, 25.8.1917.

<sup>158</sup> SMZ 40, 6.10.1917.

<sup>159</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 19.10.1917 (Zitat), 17.11.1917; P 135.1.10, Prot. VR, 22.2.1918.

<sup>160</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 25.5.1918; P 135.5.1, Statuten 1918, § 32: Die statutarisch festgelegten Tantiemen wurden von 25 Prozent auf 12 Prozent des nach Abzug der Zuweisung in den Reservefonds und der Dividende übrig bleibenden Reingewinns reduziert.

<sup>161</sup> ZN 119, 4.10.1917.

die Maurer in Zug, kurz danach zogen streikende Zimmerleute durch die Stadt Zug. Kaum hatten diese ihre Arbeit wieder aufgenommen, versammelten sich die Arbeiter der Wasserwerke Zug im Hof des Verwaltungsgebäudes, legten die Arbeit nieder und forderten Lohnzulagen.<sup>162</sup> «Fast durchwegs in der Stadtgemeinde herrschen Streikgelüste. Hoffen wir, dass alles in Ordnung und Ruhe seine Erledigung finde.»<sup>163</sup> Die Hoffnung des Zeitungskorrespondenten, der von diesen Streiks berichtete, ging fehl. Es wurde alles noch schlimmer.

### «Euer der Kampf, euer der Sieg»

Im Frühjahr 1918 kam es zu Lohnkonflikten im Baugewerbe, zuerst bei den Zimmerleuten, Malern und Gipsern, die sich schliesslich ohne Streik mit den Baumeistern einigen konnten, während im August die Maurer und Handlanger ihre Arbeit erst nach vier Wochen wieder aufnahmen.<sup>164</sup> Die Verhältnisse in der im Kanton Zug vorherrschenden Metallindustrie gerieten ebenfalls in Bewegung. Die eindringlichen Aufrufe in linken Zeitungen an die Arbeiter der Metallwarenfabrik und anderer Zuger Betriebe, die Gleichgültigkeit abzustreifen und sich endlich zu organisieren – «Merkt euch, es gibt nur eine Macht, nur eine Kraft: Die Organisation. Euer der Kampf, euer der Sieg»<sup>165</sup> –, waren eine Folge der geringen gewerkschaftlichen Organisation im Kanton Zug. Zwar bestand schon 1894 eine Zuger Sektion des Schweizer Metallarbeiterverbands (später Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter-Verband SMUV). Diese kam aber viele Jahre wegen mangelnden Interesses der Arbeiterschaft und Widerstand der Fabrikherren nicht über ein, zwei Dutzend Mitglieder hinaus, obwohl vor dem Weltkrieg über 800 und damit mehr als ein Viertel der etwa 2800 Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter in der metallverarbeitenden Branche beschäftigt waren. Kurz vor Kriegsausbruch zählte die Gewerkschaft im Kanton Zug bloss 46 Mitglieder.<sup>166</sup>

Dies lag sicher auch an der soliden katholisch-konservativen Vormacht im Kanton, die der liberalen und erst recht der sozialistischen Opposition kaum Platz liess. Zudem entstand 1905 in Zug als christlichsoziale Konkurrenz zum linken SMUV eine Sektion des eben erst gegründeten Christlichen Metallarbeiterverbands der Schweiz (CMV), die zwar auf die Unterstützung der katholisch-konservativen Parteizeitung

«Zuger Nachrichten» bauen, aber gleichfalls keine Masse von Mitgliedern gewinnen konnte.<sup>167</sup>

Somit gab es nun zwei Gewerkschaften, welche die Anliegen der Lohnarbeiterinnen und -arbeiter in der Metallindustrie vertraten: eine sozialdemokratische, die auf Klassenkampf und Streik setzte, und eine christlichsoziale, die eine Versöhnung der Stände und einen Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anstrebte. Die Lage der Metallarbeiterschaft verbesserte sich dadurch aber nicht erheblich, da die beiden Gewerkschaften zwar oft am gleichen Strick zogen, aber selten in die gleiche Richtung.

Die Arbeitgeber organisierten sich ebenfalls. 1905 wurde der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller (ASM) gegründet, der sich vor allem mit sozialen und sozialpolitischen Fragen befasste und in Fragen von Lohn, Arbeitszeit oder in Arbeitskämpfen die Interessen der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften vertrat. Die Leitung der Metallwarenfabrik sträubte sich lange gegen einen Beitritt. Man sah die Unterstützung bei der Abwehr von Streiks, befürchtete aber einen Verlust von Selbstständigkeit und weitere Nachteile, «besonders wenn von den Ausschlag gebenden Firmen zu scharfe Saiten aufgezogen werden sollten».<sup>168</sup> Ende 1907 führten jedoch «Vorkommnisse der letzten Zeit» zum Beitritt. Damit war vermutlich ein Arbeitskonflikt im Spätsommer gemeint, bei dem es unter anderem um höhere Akkordlöhne und um Wutausbrüche des Werkmeisters und Vizedirektors Adolf Uttinger ging.<sup>169</sup> Die Fabrikleitung werde sich weiterhin alle Mühe geben, «mit unserer Arbeiterschaft in gutem Einvernehmen zu bleiben. Sollte dies aber trotz alledem nicht möglich sein, so dürfte ein Anschluss an eine Arbeitgeberorganisation dann event[uell] doch von grossem Nutzen sein.»<sup>170</sup> 1918 schliesslich gründeten Zuger Industrielle zur Vertretung ihrer Interessen den Arbeitgeberverband von Zug und Umgebung.<sup>171</sup>

Das 1907 angesprochene gute Einvernehmen zwischen Fabrikleitung und Arbeiterschaft schwand im Verlauf der Kriegsjahre zusehends. Zwar gab es auch im letzten Kriegsjahr 1918 wiederholt Teuerungszulagen und Zusatzlöhne,<sup>172</sup> und die verfügbaren Zahlen von Teuerung und Löhnen deuten an, dass 1918 die im Vergleich zu anderen Orten tiefen Löhne gegenüber den Preisen besser mithalten konnten und zumindest nicht noch weiter in Rückstand gerieten.<sup>173</sup> Mangel

<sup>162</sup> CD 213, 14.9.1917.

<sup>163</sup> ZN 119, 4.10.1917.

<sup>164</sup> ZV 86, 18.7.1918. ZN 88, 23.7.1918, 98, 15.8.1918. CD 168, 24.7.1918, 170, 26.7.1918, 172, 29.7.1918, 177, 3.8.1918, 190, 20.8.1918.

<sup>165</sup> «F.B.» im CD 200, 30.8.1917.

<sup>166</sup> Fabrikstatistik 1911, 47f. SMZ 44, 31.10.1914.

<sup>167</sup> SozArch, Ar 74.10.1, CMV-Verbandsgeschichte 1905–1919, 161. – Ende 1913 zählte die CMV-Sektion Zug bloss 11 Mitglieder (Jacobi 2013, 77f.).

<sup>168</sup> StAZG, P 135.1.19, Prot. VRA, 6.11.1906.

<sup>169</sup> SMZ 35, 31.8.1907, 38, 21.9.1907, 46, 7.11.1907.

<sup>170</sup> StAZG, P 135.1.9, Prot. VR, 29.11.1907 (Zitat), 29.1.1908.

<sup>171</sup> Das Archiv des Arbeitgeber-Verbandes von Zug und Umgebung, später Zuger Industriellenverband, befindet sich im Staatsarchiv Zug (StAZG, P 278), enthält aber keine für das Thema relevanten Unterlagen aus der Gründungszeit.

<sup>172</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 25.1.1918; P 135.1.10, Prot. VR, 2.2.1918, 3.8.1918.

<sup>173</sup> Der Konsumentenpreisindex stieg zwischen 1917 und 1918 um 25 Prozent von 163 Punkten auf 204 Punkte. Der Durchschnittslohn eines Berufsarbeiters in der Metallwarenfabrik nahm um 30 Prozent zu, jener eines Hilfsarbeiters/Handlangers um 29 Prozent und jener einer Arbeiterin um 33 Prozent (StAZG, P 135.4.17, Durchschnittslöhne der Arbeiter 1914–1921). Vergleichswerte von Industrielöhnen an anderen Orten: HSSO 2012, Tab. G.5. (Permalink: <https://hssso.ch/2012/g/5a>).



und Not nahmen besonders in den Unterschichten zu. 1918 beanspruchte mehr als jeder zehnte Haushalt im Kanton Zug die Nothilfemassnahmen des Bundes und konnten so Brot und Milch vergünstigt beziehen.<sup>174</sup>

Die Not wurde indes nicht überall als solche wahrgenommen. Im Dezember 1917 wies der durchgängig bürgerliche Zuger Stadtrat den Regierungsrat darauf hin, dass «nach Aussagen von Fabrikdirektoren bei der untersten Arbeitsbevölkerung eine Unterernährung zu konstatieren» sei. Der Stadtrat ersuchte die Regierung deshalb, «über die Lohnverhältnisse speziell bei den industriellen Etablissements Erhebungen anstellen zu lassen und wenn die Ergebnisse derart sind, dass eine Familie zu einem Mindestlohn absolut nicht existieren kann, den Fabrikleitungen einen Mindestlohn für die unterste Bevölkerung zu diktieren.» Der Kanton solle zudem die Industriellen und Gewerbetreibenden auffordern, «die Arbeitnehmer [so] zu belohnen, dass sie bei teuren Zeiten ihre Existenz fristen können.» Die Regierung antwortete, genau dies habe sie bereits getan. Vor ca. vier Wochen habe sie alle Fabrikleitungen angefragt, «ob sie glauben, dass für die Arbeiter während den kommenden schweren Wintertagen extra Fürsorge zu treffen sei. Alle Angefragten haben sich dahin geäußert, dass sie in dieser und jener Weise selbst für ihre Leute Vorsorge getroffen haben und es daher nach ihrer Meinung extra keine Massregeln bedürfe.» Auch seitens der Arbeiter seien keine Gesuche oder Klagen eingekommen. Deshalb sei die Regierung vom Inhalt des stadträtlichen Schreibens «einigermassen überrascht» und bitte deshalb um nähere Angaben, «damit wir wissen, wo wir mit unsern Massnahmen einzusetzen haben.» Der Stadtrat erläuterte darauf, er habe «aus den verschiedenen Notstandsgesuchen ersehen, dass die Belohnung durchaus keine genügende ist zu den heutigen teuren Lebensverhältnissen», gab sich aber ansonsten mit der beschwichtigenden Antwort der Regierung zufrieden.<sup>175</sup>

Die Leitung der Metallwarenfabrik sah sich «wegen der stetig wachsenden Teuerung» mit immer grösseren Forderungen von Seiten der Angestellten und Arbeiter konfrontiert und war bereit, diesen zu entsprechen, «soweit sie sich irgendwie mit dem Geschäft ins Einvernehmen setzen lassen», fürchtete aber eine Schwächung ihrer Verhandlungsposition bei Lohnverhandlungen zwischen Fabrikherren und Arbeiterschaft, wenn weitere Parteien dazustiesen. «Bedauerlich ist nur, dass sich anscheinend auch der Fabrik fremde Personen dieser Bewegung annehmen und damit voraussichtlich früher oder später das bis jetzt gute Einvernehmen stören werden», sorgte sich Präsident Weber ahnungsvoll Anfang Juni 1918.<sup>176</sup>

Ein wachsender Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter wollte nämlich nicht abwarten, bis Fabrikanten und Behörden aktiv wurden, sondern setzte seine Hoffnungen auf die Arbeiterorganisationen, besonders die linken, militanten, sogenannt freien Gewerkschaften. Endlich könne er «Erfreuliches aus unserer abgelegenen Hochburg berichten», schrieb Ende Juni 1918 ein Gewerkschafter aus Zug in der SMUV-Zeitung über

erfolgreiche Lohnverhandlungen mit der Metallwarenfabrik Zug. «Immer wieder haben wir versucht, die hiesige Arbeiterschaft in der Metallindustrie für die Organisation zu interessieren, aber immer wieder scheiterte die Sache im Widerstand der Fabrikleitungen und an dem mangelhaften Interesse der Arbeiterschaft selbst. Aber Not und Teuerung waren gute Agitatoren. Jetzt ist alles urplötzlich anders geworden.» Vor einiger Zeit sei in der Fabrik unter den Heizern und Brennern «eine Bewegung um eine Lohnerhöhung» entstanden, die von der Gewerkschaft aufgenommen worden sei und zu durchschnittlich 20 Prozent mehr Lohn geführt habe. Der Erfolg motivierte die übrige Arbeiterschaft. Sie strömte zahlreich in eine vom SMUV organisierte Betriebsversammlung. Ein grosser Teil trat sogleich dem Verband bei – etwa 200 sollen es schliesslich gewesen sein, fast zwei Drittel der damaligen Belegschaft. Man wählte Vertrauensmänner und einen Vorstand und forderte eine Reduktion der Arbeitszeit und 20 Prozent mehr Lohn.<sup>177</sup>

Die Fabrikleitung war zu Unterhandlungen bereit. Die Teuerung sei «dermassen drückend und offensichtlich», argumentierte Präsident Weber im Verwaltungsratsausschuss, «dass man derselben Rechnung tragen soll und muss». Zusammen mit Vertretern des Arbeitgeberverbands der Metallindustrie und der Metallarbeitergewerkschaft gelang eine Einigung mit Lohnerhöhungen und Arbeitszeitreduktionen, die beide Seiten als ihren Erfolg empfanden.<sup>178</sup> Die Metallarbeitergewerkschaft sah sich auf dem Vormarsch. Mitte Jahr konnte sie auf dem Platz Zug schon 600 Mitglieder zählen gegenüber bloss 68 zu Jahresbeginn «und noch geht es rüstig vorwärts».<sup>179</sup> Ende Jahr waren es 878 Mitglieder, dreizehn Mal mehr als zu Jahresbeginn.<sup>180</sup> Von der christlichsozialen Konkurrenz hielt man wenig. Eine «Streikbrecherorganisation»<sup>181</sup> sei diese, eine Spalterin der Arbeiterklasse und Dienerin der Kapitalisten, während die Gegenseite, die ebenfalls viele Neumitglieder zählte, vor den freien Gewerkschaften als religionsfeindliche, revolutionäre Verführer der Arbeiterschaft warnte.<sup>182</sup>

<sup>174</sup> Aschwanden 2018, 177.

<sup>175</sup> StAZG, CE 50.1.482, Briefe Einwohnerrat Zug an Regierungsrat, 17.12.1917, 18.12.1917 und 22.12.1917; Brief Direktion für Handel und Gewerbe an Einwohnerrat Zug, 21.12.1917. – Die Antwortschriften der verschiedenen Fabriken sind nicht überliefert.

<sup>176</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 6.6.1918.

<sup>177</sup> SMZ 25, 29.6.1918. CD 144, 28.6.1918.

<sup>178</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 27./28.6.1918; P 135.1.10, Prot. VR, 3.8.1918. SMZ 25, 29.6.1918, 34, 31.8.1918. CD 144, 28.6.1918.

<sup>179</sup> CD 144, 28.6.1918 (Zitat). SMZ 10, 9.3.1918.

<sup>180</sup> CD 195, 26.8.1918. SMZ 20, 24.5.1919.

<sup>181</sup> SMZ 34, 31.8.1918.

<sup>182</sup> Vgl. dazu Dieter Holenstein, Die Christlichsozialen der Schweiz im Ersten Weltkrieg. Entwicklung der christlichsozialen Organisationen und ihre Stellung in der schweizerischen Arbeiterbewegung und der katholischen Sondergesellschaft 1914–1920. Dissertation Universität Freiburg 1993, 232–242. – Jacobi 2013, 77. – Jacobi 2018, 182 f. – SozArch, Ar 74.10.1, CMV-Verbandsgeschichte 1905–1919, 161 ff., Chronik Sektion Zug. – Ende 1917 zählte die CMV-Sektion Zug bloss 20 Mitglieder, Ende 1918 schon 200.

## Arbeitersolidarität und Landesstreik 1918

Dem Aufstieg der Metallarbeitergewerkschaft SMUV folgte jäh der Fall. Ihr rasches Wachstum im Kanton Zug wurde angetrieben vom Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, für höhere, der Teuerung entsprechende Löhne. Die Zeit für eine stabile Verankerung, eine solide Organisation, die Entwicklung einer überlegten Strategie fehlte, was sich bald rächen sollte. Die Gewerkschaft konnte sich in allen grösseren Betrieben der stadtzugerischen Metallindustrie etablieren, schwergewichtig in der Metallwarenfabrik Zug, der Verzinkerei Zug, der Zählerfabrik Landis & Gyr und der Schweizerischen Glühlampenfabrik. Dort allerdings stiess sie auf heftigen Widerstand der Fabrikleitung, die im Mai 1918 «jede Art politischer Propaganda-Tätigkeit in den Fabrikräumen und deren Umgelände» verbot.<sup>183</sup> Als im Sommer die Missstimmung in der Belegschaft wegen harziger Verhandlungen über Arbeit und Lohn wuchs, verstärkte der SMUV seine Agitation auch im Betrieb. Darauf entliess die Direktion eine Vorarbeiterin, die sich dabei hervorgetan hatte, und drohte weiteren Personen dasselbe an. Die im SMUV organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter beschlossen darauf, ab Dienstag, den 13. August, zu streiken, während die christlichsozial Organisierten weiterhin arbeitswillig waren. Der SMUV wählte sich dank seiner neuen Verhandlungsmacht in einer starken Position, wollte den Druck erhöhen und rief seine Mitglieder sehr kurzfristig – am Freitagabend – auf, samstags früh statt zu arbeiten gemeinsam zu protestieren. Am Samstagmorgen, 17. August, standen an den Fabrikeingängen der Metallwarenfabrik, der Verzinkerei und der Landis & Gyr organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter, die das zuströmende Arbeitervolk von der Arbeit abhielten und zur Solidar-Kundgebung

um 7 Uhr, während der regulären Arbeitszeit, in der städtischen Turnhalle wiesen. Auch die Polizei war vor Ort. Der Zustrom war gross, die Versammlung friedlich, der weitere Verlauf des Tages für die Gewerkschaft ein Fiasko und für die Arbeiterinnen und Arbeiter ein Schock. Viele von ihnen waren offenbar der Meinung, ein späterer Arbeitsbeginn sei mit den Betrieben abgesprochen, und wurden von den Folgen ihrer Absenz böse überrascht. Als sie nämlich verspätet um 9 Uhr ihre Arbeit antreten wollten, erhielten sie nur in der Verzinkerei Einlass, in der Metallwarenfabrik und in der Landis & Gyr dagegen standen sie vor verschlossenen Toren. Diese Fabriken sahen in der «vom Zaun gerissenen Arbeitsniederlegung» einen schweren, unbegründeten Vertragsbruch, schickten jene heim, die ordnungsgemäss zur Arbeit gekommen, kündigten mit sofortiger Wirkung allen, die ferngeblieben waren, liessen immerhin eine Wiedereinstellung offen und schlossen bis auf Weiteres die Fabriken. Niemals hätten sie das «Versammlungsrecht des Arbeiters in irgendwelcher Weise beeinträchtigt und die Löhne und Akkordsätze noch vor kurzem erheblich erhöht, sodass sich die Arbeiterschaft ausdrücklich in jeder Hinsicht befriedigt erklärt hatte». Deshalb mussten sie «als schwere Herausforderung empfinden», zumal am Samstagnachmittag in keinem Betrieb gearbeitet wurde «und der Abhaltung der Versammlung ausser der Arbeitszeit nichts im Wege gestanden hätte.»<sup>184</sup>

Tatsächlich war die provokative Aktion des SMUV ebenso überhastet und unüberlegt wie die harsche Reaktion der Fabrikanten übertrieben. Der Konflikt zeigt, wie angespannt und gereizt die Stimmung im Sommer 1918 war, wie erbittert die Gefühle. Indes wollten ihn beide Seiten nicht weiter eskalieren lassen und waren zu einer Verständigung bereit. Diese lag auch im Interesse des Kantons und der Gemeinden, welche die sozialen und finanziellen Belastungen durch Hunderte von Arbeitslosen fürchteten. Die Metallarbeitergewerkschaft rief das kantonale Einigungsamt an, das erst vor wenigen Monaten, im März 1918, zwecks Schlichtung derartiger Konflikte eingerichtet worden war, und erklärte sich bereit, dessen Beschluss anzuerkennen.<sup>185</sup>

Schon am Dienstag, 20. August, gelang «dank der Bemühungen des Einigungsamtes, das mit Geschick von Herrn Regierungsrat [Carl Josef] Merz [1856–1920] geleitet wurde, dank dem Entgegenkommen der Fabrikleitungen und der Einsicht des verantwortlichen Führers der Arbeiterschaft» ein Ausgleich: Die von der Glühlampenfabrik entlassenen Arbeiterinnen und Arbeiter konnten auf eine Wiedereinstellung hoffen. Im Konflikt der Gewerkschaft mit der Landis & Gyr und der Metallwarenfabrik verpflichtete sich der SMUV, «dafür zu sorgen, dass alle Abmachungen zwischen den Kontrahenten strikte eingehalten werden und im besondern dafür zu sorgen, dass Betriebseinstellungen und Vorkommnisse wie am letzten Samstag, 17. Aug. 1918, nicht mehr eintreten.» Im Gegenzug versprachen die Fabriken, alle Arbeiterinnen und Arbeiter wieder einzustellen und den Betrieb wieder aufzunehmen.<sup>186</sup>

<sup>183</sup> CD 108, 13.5.1918.

<sup>184</sup> In den ZN 100, 20.8.1918, und im ZV 100, 20.8.1918, publizierte Verlautbarung der Metallwarenfabrik Zug und der Landis & Gyr AG «an die Bevölkerung des Kantons Zug». CD 186, 14.8.1918; 187, 16.8.1918; 190, 20.8.1918. ZV 100, 20.8.1918. ZN 98, 15.8.1918; 100, 20.8.1918. SMZ 34, 31.8.1918. SozArch, Ar 74.10.1, CMV-Verbandsgeschichte 1905–1919, Chronik Sektion Zug. – Jacobi 2018, 84–86.

<sup>185</sup> Das eidgenössische Fabrikgesetz von 1914 schrieb die Bildung von kantonalen Einigungsämtern vor, welche bei Kollektivstreitigkeiten zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern zu vermitteln hatten. Es stand unter der Leitung des der Direktion für Handel und Gewerbe vorstehenden Regierungsrats und setzte sich je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen. Es trat in Funktion, wenn es vom Präsidenten oder einem Mitglied verlangt oder wenn von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern seine Vermittlung verlangt wurde. Sein Entscheid war nur dann verbindlich, wenn es ausdrücklich als Schiedsgericht angerufen wurde. (Verordnung betr. Durchführung von Art. 30–35 des Bundesgesetzes betr. die Arbeit in den Fabriken vom 16. März 1918. In: Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Kantons Zug, umfassend den Zeitraum vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1919, Nr. 56, 459–462.)

<sup>186</sup> CD 194, 26.8.1918, 200, 31.8.1918. ZV 101, 22.8.1918 (Zitate). ZN 101, 22.8.1918, 102, 24.8.1918. SMZ 34, 31.8.1918. – Jacobi 2018, 86–87.



Nach aussen schien demnach der Konflikt bereinigt und beiden Seiten recht getan. Der Entscheid des Einigungsamtes umfasste jedoch nebst dem in den Zuger Zeitungen publizierten Text eine vertrauliche «Erklärung der Leitung des Schweiz. Metall- & Uhrenarbeiterverbandes», die den ganzen Umfang seiner Niederlage zeigt: Die Gewerkschaft gestand, dass die Arbeitseinstellung bei der Landis & Gyr und bei der Metallwarenfabrik «ohne Anzeige, ohne Grund und mit persönl. Beeinflussung durchgeführt worden» sei. «Die Gewerkschaftsleitung bedauert diese unverantwortliche Niederlegung, resp. Nichtantritt der Arbeit und wird dafür Sorge tragen, dass sich solche beklagenswerte Vorfälle nicht wiederholen können.» Sie werde veranlassen, «dass die fehlbaren Leute dieser provokatorischen Arbeitseinstellung intern gemassregelt werden und dass dafür gesorgt wird, dass Leute an die Spitze der Gewerkschaft treten, die Gewähr bieten, dass solche Vorfälle sich nicht wiederholen können. [...] Sie missbilligt die Veröffentlichung von Beschwerden in Flugblättern und in der Presse, bevor die Geschäftsleitungen von dem Bestehen solcher Beschwerden Kenntnis erhalten hatten.» Sie verpflichtete sich zudem, «dass in den Fabriken jede gewerkschaftliche Betätigung eingestellt wird. Wird dennoch gegen diese Abmachung gehandelt, so erfolgt Entlassung, ohne dass die Gewerkschaft die Fehlbaren wirtschaftlich oder moralisch unterstützt.»<sup>187</sup>

Die christlichsoziale Gewerkschaft hatte sich schon zu Beginn des Konflikts gegen die Aktionen der freien Gewerkschaft SMUV gestellt. Sie warf ihr arglistige Täuschung der Arbeiter vor und zeigte Verständnis für das Verhalten der betroffenen Fabriken. Deshalb musste sie sich vom SMUV verhalten lassen, sie habe «die erbärmlichste Rolle» als «Streikbrecherorganisation», als «Schmarotzer» gespielt, woraus die Zuger Arbeiterschaft lernen könne, dass allein die Metallarbeitergewerkschaft imstande sei, «eine Besserstellung zu erringen». Implizit gab jedoch der SMUV den Christlichsozialen mit seiner Einsicht recht, «dass es vorteilhafter ist, die wirtschaftlichen Forderungen auf dem Unterhandlungswege zu erledigen.»<sup>188</sup> Die vertrauliche Vereinbarung zwischen dem SMUV und ihren Kontrahenten vom 21. August 1918, die den SMUV zum kraftlosen Bittstellerverein gemacht hätte, hatte indes kaum eine Wirkung. Jedenfalls wird sie in den Protokollen der Fabrikleitung der Metallwarenfabrik nirgends mehr erwähnt, und auch die weitere Entwicklung zeigt ein anderes Bild.

Der kurze Arbeitskampf in der zugerischen Metallindustrie im August war nur einer von vielen, die im letzten Kriegsjahr 1918 im ganzen Land ausbrachen. Im Verlauf des Herbsts nahmen die inneren Spannungen weiter zu und kulminierten schliesslich im Landesstreik. Auch im Kanton Zug garte es weiter. Als am 10. November der Generalstreik ausgerufen wurde, reagierten die Regierung mit einem Truppenaufgebot und die Gewerkschaften mit einem Aufruf zu einer «Riesendemonstration» am Montagnachmittag, 11. November, in Zug. Der Appell vermochte jedoch bloss eine überschaubare Menge von Arbeiterinnen und Arbeitern zu mobilisieren.

Soldaten bewachten die Fabriken, um Arbeitswillige zu schützen.<sup>189</sup> In der Metallwarenfabrik schlug der grosse Streik «nur recht bescheidene Wellen». Am Montagnachmittag und Dienstagmorgen fehlten bloss circa 15 Prozent der Arbeiterschaft,<sup>190</sup> vielleicht auch wegen der missglückten Streikaktion vom August. Zudem schien sich das Verhältnis zwischen Direktion und Arbeitern wieder etwas entspannt zu haben. Die Fabrikleitung war bereit, «soweit es die Verhältnisse erfordern und erlauben, den Wünschen unserer Fabrikangehörigen gerecht zu werden» und passte die Löhne vermehrt der immer noch steigenden Teuerung an, womit der gravierende Kaufkraftverlust während den Kriegsjahren allmählich kompensiert wurde (Abb. 10).<sup>191</sup>

1919 nahmen die Löhne auf Drängen der Arbeiterschaft weiterhin langsam zu und erreichten kaufkraftbereinigt<sup>192</sup> erstmals wieder ungefähr jenen Stand, den sie 1914 gehabt hatten. Vergleichsweise tief waren sie immer noch. Rückläufig war die Arbeitszeit. Vor dem Krieg hatte man noch 58 Stunden gearbeitet, 1918 waren es 56 und dann 54,5 Stunden und 1919 schliesslich dank der Revision des Fabrikgesetzes und in Erfüllung einer Hauptforderung des Landesstreiks 48 Stunden unter Lohnausgleich.<sup>193</sup> Präsident Weber plädierte dafür, «dass man unter heutigen Verhältnissen dem Arbeitnehmer, wo es sich um finanzielle Besserstellung handle, in weitgehendstem Sinne entgegenkommen muss, selbstverständlich unter Wahrung der Existenzmöglichkeit des Unternehmens.», und konnte den Verwaltungsrat jeweils überzeugen.<sup>194</sup> Ungewiss sei jedoch, «ob diese Lohnsteigerung eine Schraube ohne Ende wird, oder aber, ob ein vernünftiger Preisabbau auch hier eine Stabilisierung herbeizuführen vermag», erläuterte Weber 1919 den Aktionären in der ersten Nachkriegs-Generalversammlung, welche rückgängige Gewinne und erstmals seit Kriegsbeginn eine kleinere Dividende zur Kenntnis nehmen mussten.<sup>195</sup> Vorerst stiegen die Preise aber weiter, wenn auch nicht mehr so stark wie zu Kriegszeiten, und die Fabrikleitung musste in wiederholten Verhandlungen mit der Arbeiterschaft höhere Löhne zugestehen.<sup>196</sup>

<sup>187</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 14.9.1918.

<sup>188</sup> SMZ 34, 31.8.1918.

<sup>189</sup> ZN 136, 12.11.1918; 138, 16.11.1918. ZV 136, 12.11.1918. – Jacobi 2018, 86–89. – Marco Jorio, «Im Dienste des Vaterlandes gegen den Bolschewismus». Eine Nachlese zum Landesstreik 1918 im Kanton Zug. In: Tugium 36, 2020, 147–156.

<sup>190</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 12.12.1918.

<sup>191</sup> StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 7.11.1918.

<sup>192</sup> Quotient der mit Basisjahr 1914 (= 1) indexierten Löhne und Konsumentenpreise. Ist der Quotient kleiner als 1, ist die Kaufkraft der Löhne gegenüber 1914 gesunken, ist er höher, ist sie gestiegen.

<sup>193</sup> StAZG, P 135.1.9, Prot. VR, 14.3.1908; P 135.1.10, Prot. VR, 3.8.1918, 30.4.1919.

<sup>194</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 30.4.1919 (Zitat); P 135.1.21, Prot. VRA, 24.7.1919, 20.11.1919.

<sup>195</sup> StAZG, P 135.1.3, Prot. GV, 20.9.1919.

<sup>196</sup> StAZG, P 135.1.10, Prot. VR, 13.1.1920, 17.3.1920, 27.7.1920; P 135.1.11, Prot. VR, 10.11.1920; P 135.1.21, Prot. VRA, 17.5.1920, 30.6.1920, 22.7.1920, 29.12.1920.

1920 erreichte der Konsumentenpreisindex mit 224 Punkten gegenüber 100 Punkten 1914 einen Höchststand und begann danach mit dem Ende der Nachkriegskonjunktur rasch zu sinken. «Preisabbau» war das Schlagwort, «Lohnabbau» eine Folge der neuen Entwicklung. Die steigende Arbeitslosigkeit und die sinkenden Löhne verstärkten die sozialen Spannungen, der Umgangston zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wurde schroffer,<sup>197</sup> die Bereitschaft zu Streik und Aussperrung nahm zu. Dazu kamen die provokativen Bestrebungen der Unternehmer, die eben erst auf 48 Stunden reduzierte Arbeitszeit wieder zu verlängern.

## Konflikt um Lohnabbau und Mehrarbeit

Kaum standen die kaufkraftbereinigten Löhne in der Metallwarenfabrik erstmals über jenen von 1914, waren also nicht nur nominal, sondern auch real höher, gerieten sie unter starken Druck. Den Takt des Lohnabbaus in der Metallbranche gab der Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) vor, dem die Metallwarenfabrik 1907 nur zögernd beigetreten war, da sie um ihre Handlungsfreiheit fürchtete. Im Frühsommer 1921 wies der ASM wegen der Wirtschaftskrise seine Mitglieder an, die Teuerungszulagen erheblich zu reduzieren. Über die Ausgestaltung des Abbaus konnten die einzelnen Firmen selbst entscheiden, sofern sie damit das vorgegebene Ziel erreichten. In der Folge verfügte die Leitung der Metallwarenfabrik eine erste, erhebliche Lohnreduktion von etwa 10 Prozent, in besonderen Fällen (grosse Familien, Krankheit oder eine sonstige Notlage) abgemildert auf 5 Prozent. Dies war erst der Anfang. Im November 1921 verlangte der ASM bis Ende Februar 1922 einen weiteren Lohnabbau um 8 Prozent. Die Arbeiterschaft der Metallwarenfabrik lehnte mit Unterstützung beider Gewerkschaften die Kürzung mit dem Verweis auf die drückenden Lebensumstände vehement ab. Sie wollte auch vom Angebot der Fabrik nichts wissen, den Lohnabbau zumindest teilweise durch längere Arbeitszeiten zu kompensieren. Zur

Konfrontation kam es aber nicht, offenbar auch, weil die beiden Gewerkschaften wieder einmal zerstritten waren.<sup>198</sup> Die Metallwarenfabrik konnte die Stunden- und Akkordlöhne «ohne weiteren Anstand» verringern. Sie bemühte sich zwar, «da, wo irgend eine Möglichkeit vorhanden war, Milderungen eintreten lassen, sodass der effektive Lohnabbau wohl kaum mehr als 6–7 % betragen wird», die Reduktion war dennoch erheblich.<sup>199</sup> Auch in der Verzinkei Zug, der Tochterfirma, setzte die Fabrikleitung im April den Lohnabbau trotz widerständiger Arbeiterschaft mit einigen Konzessionen durch.<sup>200</sup>

Zu Arbeitskämpfen mit Streik und Aussperrung, die im Gefolge von Krise und Lohnabbau im ganzen Land ausbrachen, eskalierten die Konflikte in beiden Fabriken vorerst nicht. Dies änderte sich aber rasch, als der ASM im April 1922 per Ende Juni eine dritte Runde von koordinierten Lohnkürzungen von bis zu 10 Prozent verordnete, um die Löhne den sinkenden Preisen anzupassen und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie zu bewahren. Ziel des Verbandes war ein Wochenverdienst, der nicht mehr als 65 Prozent über jenem von 1914 stand, dem Betrag der gemäss ASM noch bestehenden Teuerung seit Kriegsausbruch, mithin also eine Rückkehr zu den Löhnen der Vorkriegszeit.<sup>201</sup>

Am 21. Juni fanden die Arbeiterinnen und Arbeiter der Metallwarenfabrik in ihrem Zahltagtäschchen und am Anschlagbrett einen Zettel mit der Mitteilung, dass auf Veranlassung des ASM «mit dem am 12. Juli 1922 beginnenden Zahltag, eine 10%-ige Reduktion auf allen Stunden- und Akkordlöhnen eintritt.»<sup>202</sup> Diesem knappen Avis der Fabrikleitung vorangegangen waren intensive Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband, der die MFZ angewiesen hatte, ihre Löhne um das Maximum zu kürzen, da diese um mehr als 200 Prozent höher stünden als 1914. Präsident Weber intervenierte sofort beim Arbeitgeberverband und verlangte eine Milderung dieser Vorschrift, «da die Lebenshaltung in Zug effektiv noch recht teuer war und 2. weil bei der guten Beschäftigung der Fabrik mit einem starken Widerstande der Arbeiter zu rechnen war.» Tatsächlich liess sich der Lohnabbau kaum durch betriebliche Faktoren rechtfertigen. Die Geschäfte liefen gut, das Mitte 1922 abgeschlossene Geschäftsjahr 1921/22 erbrachte einen erheblichen Gewinn und erlaubte die Auszahlung einer ansehnlichen Dividende. Der ASM wies das Ansinnen ab, «da die Lohnstatistik gegen uns spreche und es nicht angehe, auf die gute Beschäftigung der Fabrik Rücksicht zu nehmen, da man damit den schlecht beschäftigten Fabriken in den Rücken schiesse.» Er war aber bereit, auf eine Herabsetzung des Wochenlohns zu verzichten, wenn gleichzeitig die Arbeitszeit bei verminderten Stunden- und Akkordansätzen von 48 auf 52 Wochenstunden erhöht würde.<sup>203</sup>

Die beiden bisherigen Kürzungen hatten gemäss Angaben der Fabrik circa 11 Prozent betragen, «indem wir bei beiden Lohnabbauen Rücksicht auf verschiedene Verhältnisse bei der Arbeiterschaft genommen haben», wie Präsident Weber

<sup>197</sup> ZAb 123, 23.7.1921; 223, 26.9.1921.

<sup>198</sup> AfZ, IB ASM-Archiv/1163, Rundschreiben an die Mitglieder, 19.5.1921, 3.6.1921 und 24.11.1921. StAZG, P 135.1.21, Prot. VRA, 27.5.1921, 2.7.1921, 9.12.1921. SozArch, ArSMUV 01C-0001 (25), Prot. Zentralvorstand SMUV 29.3.1922, 12.4.1922; 07A-0073 (3), Korrespondenz Sektion Zug mit Zentralvorstand 10.4.1921, 25.4.1921, 28.2.1922, 27.3.1922. ZN 15, 3.2.1922, 17, 8.2.1922, 90, 28.7.1922, 95, 9.8.1922. ZV 15, 4.2.1922, 16, 7.2.1922. ZAb 36, 13.2.1922. SMZ 4, 28.1.1922, 6, 11.2.1922.

<sup>199</sup> StAZG, P 135.1.22, Prot. VRA, 21.2.1922 (Zitat). SMZ 8, 25.2.1922.

<sup>200</sup> StAZG, P 135.1.22, Prot. VRA, 13.4.1922. SMZ 14, 8.4.1922, 15, 15.4.1922, 16, 22.4.1922.

<sup>201</sup> AfZ, IB ASM-Archiv/1119, Prot. Ausschusssitzung, 19.4.1922.

<sup>202</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922 (Zitat). ZN 90, 28.7.1922.

<sup>203</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922, Briefwechsel ASM mit MFZ, 28.4.1922, 9.5.1922, 15.5.1922, 28.6.1922, 29.6.1922; P 135.1.11, Prot. VR, 17.8.1922 (Zitate); P 135.2.2, Geschäftsbericht 1921/22. AfZ, IB ASM-Archiv/1139, Prot. Vorstandssitzung, 15.7.1922, IB ASM-Archiv/1119, Prot. Ausschusssitzung, 19.7.1922.



betonte.<sup>204</sup> Nun brachen weitere 10 Prozent der ohnehin schon bescheidenen Löhne weg.<sup>205</sup> Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Metallwarenfabrik hatten die ersten beiden Lohnreduktionen mit Murren hingenommen. Jetzt aber waren sie und mit ihnen die beiden ausnahmsweise gleichgesinnten Gewerkschaften nicht mehr bereit, die dritte grosse Kürzung innerhalb eines Jahres hinzunehmen, und lehnten sie «mit aller Entschiedenheit» ab. Die Konjunktur sei gut, die Löhne schon vor der Reduktion sehr tief, die Lebenshaltungskosten hoch und der Preisabbau mässig.<sup>206</sup> Auch die Fabrikdirektion musste zugestehen, «dass die Grundlage des jetzigen Lohnabbaus zu schwerem Unzukömmlichkeiten und Ungerechtigkeiten führt. Vor dem Kriege war Zug ein Landstädtchen mit verhältnismässig wenig Industrie und waren damals die Lebensbedingungen relativ billig, so dass der damalige Durchschnittslohn den Verhältnissen entsprochen hatte. Heute ist Zug kein Landstädtchen mehr, sondern eine kleine Industriestadt, mit allen ihren Vor- und Nachteilen.» Zu den Nachteilen gehörten die Lebenskosten, die kaum tiefer seien als in Zürich, wo die Löhne höher stünden. Deshalb bestehe für die Metallwarenfabrik die Gefahr, «dass ihr die guten Arbeiter fortlaufen und in die weit besser bezahlenden Maschinenfabriken eintreten würden.» Der ASM hatte jedoch kein Gehör für derartige Einwände. Deshalb beharrte auch die MFZ mit Verweis auf ihre Verbandspflicht auf der Kürzung der Löhne, da diese immer noch viel höher als vor dem Krieg seien, und auf einer verlängerten Arbeitszeit, was die Arbeiterschaft vehement und kampfbereit ablehnte.<sup>207</sup>

Anfang Juli sammelten die Heizer, Brenner und Glüher, also die Schwerarbeiter in der Metallwarenfabrik, und somit der SMUV bereits Unterschriften für eine Kollektivkündigung, was Streik bedeutete.<sup>208</sup> Die Direktion entgegnete darauf, dann werde auf den gleichen Termin hin allen Arbeitern gekündigt, da ohne Brenner, Glüher und Heizer kein Fabrikbetrieb möglich sei. Die Christlichsozialen rüsteten sich ebenfalls für einen Streik. Am 15. Juli, nachdem die Fabrik beim letzten Zahltag wie angekündigt bereits 10 Prozent abgezogen hatte, reichte eine Arbeiterkommission im Namen von 274 der 420 Arbeiterinnen und Arbeiter die Kollektivkündigung ein, wirksam ab dem 29. Juli, falls man sich nicht einigen konnte. Am 20. Juli kam es zu Verhandlungen zwischen dem ASM und den Gewerkschaften, in denen der ASM eine verminderte Lohnkürzung von 7,5 statt 10 Prozent zugestand, was die Arbeiterschaft der Metallwarenfabrik sogleich als ungenügend ablehnte, jedoch Präsident Weber auf dessen Wunsch erlaubte, an der grossen Betriebsversammlung vom folgenden Montag, den 24. Juli, seinen Standpunkt darzulegen.

Die stark besuchte Versammlung verlief sehr emotional, war «eine schwere Anklage gegen das heutige System und gegen die Entlöhnung in der Metallwarenfabrik!» «Arbeiterinnen und Arbeiter klagten, dass sie einen Lohnabbau nicht mehr ertragen könnten», dass, «wenn sie Kost und Logis bezahlt hätten, ihnen nichts mehr übrig bleibe. Frauen schilderten, wie sie durch die kleinen Löhne ihrer Männer genötigt

seien, von den Kindern weg in die Fabrik zu gehen, und da schimpfe man über die ungezogene Jugend. [...]. Mit Tränen in den Augen, aber im Bewusstsein, heute gilt es, mich und meine Familie vor noch härterem Hunger zu schützen, kam die Stimmung zum Ausdruck, bis hieher und nicht weiter. Manch harter Geselle konnte die Tränen nicht verwehren; bis tief hinein drangen die Worte der Sprechenden, aber einer blieb kalt und hart, ein Herz aus Stein, das sich nicht bewegen liess.»<sup>209</sup> Damit meinte der Berichterstatter im «Zentral-schweizerischen Arbeiterblatt» den Fabrikpräsidenten Dr. Oscar Weber, der sich mutig der Arbeiterschaft gestellt hatte. Aufmerksamkeit erhielt er, nicht aber Gehör. Er verwies auf die gemachten Zugeständnisse, die gesenkten Mietzinsen für die Fabrikwohnungen, die Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen der Fabrik, das Angebot, durch eine längere Arbeitszeit den Lohnabbau zu kompensieren, kam sich dabei vor wie ein «Redner in der Wüste» und musste einsehen, «dass, momentan wenigstens, die Arbeiterschaft gegen jedes zahlenmässige oder vernünftige Argument sich total ablehnend verhält».<sup>210</sup> Sie entschied, «lieber auf der Strasse zu hungern und beschloss einstimmig, den Kampf aufzunehmen gegen die hartnäckige Gesinnung der Direktion und gegen die systematische Abwürgung der Arbeiterschaft durch die Beschlüsse der Industriellen.»<sup>211</sup>

Den Kampf nahm auch die Metallwarenfabrik auf. «Nachdem ein grosser Teil unserer Arbeiterschaft inklusive Heizer, Brenner und Glüher auf den 29. dies die Kündigung eingereicht hat und nachdem die Unterhandlungen von Verband zu Verband zu keinem Resultate geführt haben», entliess sie am 25. Juli wie angekündigt auf Samstag, 29. Juli, die gesamte Arbeiterschaft und stellte jenen eine Wiedereinstellung in Aussicht, die bereit waren, unter den neuen Bedingungen an die Arbeit zurückzukehren.<sup>212</sup> Und tatsächlich liessen sich Arbeiter – «Verräter an seiner eigenen Sache» in den Augen

<sup>204</sup> StAZG, P 135.1.11, Prot. VR, 23.5.1922.

<sup>205</sup> Gemäss einer vom ASM veröffentlichten Lohnliste der Maschinenfabrik Escher, Wyss & Cie. in Zürich waren die dort bezahlten Löhne erheblich höher als jene in der MFZ. SMZ 25, 24.6.1922.

<sup>206</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922, Brief Arbeiterkommission an Direktion MFZ, 23.6.1922 und 3.7.1922 (Zitat), CMV an Direktion MFZ 8.7.1922.

<sup>207</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922, Brief MFZ an ASM, 28.6.1922 (Zitat), Brief ASM an MFZ, 29.6.1922, Briefwechsel Arbeiterschaft und Direktion, 3.7.1922 und 5.7.1922, Aufruf des SMUV Zug an die Arbeiterschaft, Anfang Juli 1922, Brief CMV an Direktion, 8.7.1922, Mitteilung Direktion an Arbeiterschaft, 8.7.1922. AfZ, IB ASM-Archiv/1139, Prot. Vorstandssitzung, 15.7.1922.

<sup>208</sup> Gemäss den dienstvertraglichen Bestimmungen der Metallwarenfabrik bestand eine gegenseitige Kündigungsfrist von 14 Tagen. P 135.4.18, Streik 1922, geltende dienstvertragliche Bestimmungen.

<sup>209</sup> StAZG, P 135.18, Streik 1922; P 135.1.22, Protokoll VRA, 28.7.1922. AfZ, IB ASM-Archiv/1119, Prot. Ausschusssitzung, 19.7.1922. ZN 89, 26.7.1922, 90, 28.7.1922. ZV 89, 27.7.1922. SMZ 28, 15.7.1922, 29, 22.7.1922. ZAb 174, 29.7.1922 (Zitate).

<sup>210</sup> StAZG, P 135.1.22, Prot. VRA, 28.7.1922.

<sup>211</sup> ZAb 174, 29.7.1922.

<sup>212</sup> ZN 89, 26.7.1922. ZV 89, 27.7.1922.

des SMUV – in ausreichender Zahl finden, um den Betrieb ab Montag, 31. Juli, in beschränktem Umfang weiterzuführen.<sup>213</sup>

## Kontrahenten und Unterstützer

Sieben Parteien mit teils parallelen und teils gegenläufigen Interessen waren am Arbeitskampf im Spätsommer 1922 beteiligt. In der Arena standen sich die Arbeiterschaft und die Fabrikdirektion gegenüber. Oscar Weber, der Präsident der Metallwarenfabrik, war ein Patron, der sich mit grossem Einsatz für das Gedeihen seiner Fabrik zum Nutzen der Eigentümer engagierte. Ihm war auch das Wohl der Arbeiterschaft ein Anliegen, er griff aber streng durch, wenn sie ihm unbotmässig erschien und für ihre Interessen kämpfte. Weber, der keine innerbetrieblichen Argumente vorbringen konnte, beharrte darauf, dass die Kürzungsvorgaben des ASM zu erfüllen seien und dass die Löhne teuerungsbereinigt immer noch über jenen der Vorkriegszeit lägen. Dies belegte er mit der Nennung von Durchschnittslöhnen, die tatsächlich nicht nur nominal, sondern auch kaufkraftbereinigt über jenen von 1914 lagen (Abb. 10). Der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften warf er vor, mit einzelnen Beispielen tiefer Löhne zu argumentieren, und beschuldigte sie, insbesondere den SMUV, «dass es sich in der Hauptsache nicht um eine Lohnbewegung, sondern um eine Machtfrage handelt».<sup>214</sup>

Direkter Widerpart der Fabrikdirektion war die Arbeiterschaft, vertreten durch eine Arbeiterkommission mit Ferdinand Aeschbacher (1893–1950) als Wortführer, der 1915 in die Fabrikschlosserei eingetreten war.<sup>215</sup> Der Arbeiterschaft ging es um die bedrohte wirtschaftliche Existenz, die durch die dritte Reduktion vergleichsweise tiefer Löhne in kurzer Folge bedroht war. Sie wollte keine individuellen Zuwendungen aus der Wohlfahrtsstiftung, «keine Almosen, sondern

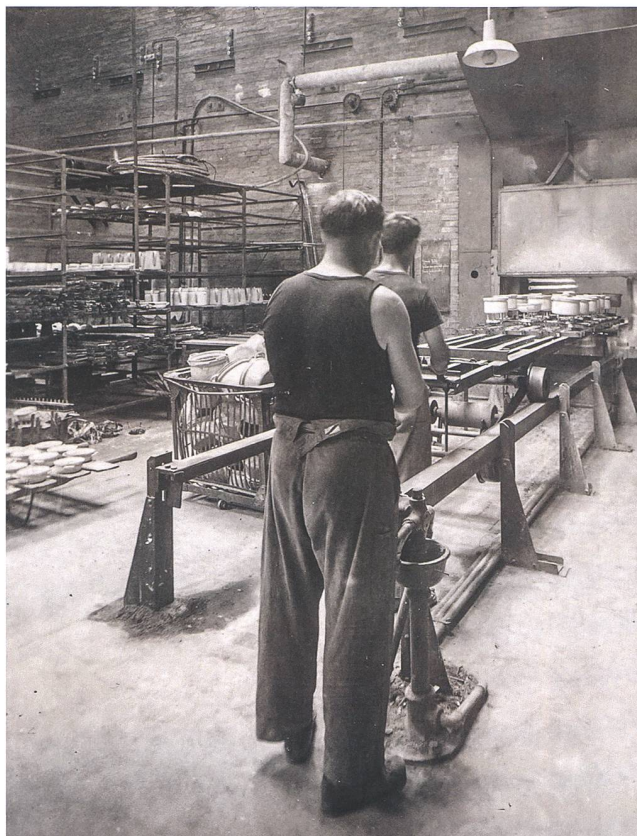


Abb. 11 Öfen für das Brennen der Emailwaren, um 1930. Die dort beschäftigten Brenner gehörten zu den Schwerarbeitern in der Fabrik.

einen Lohn, der reicht zum Leben und uns nicht vorenthalten werden kann, für den wir dann als Wohltätigkeit nicht zu danken brauchen.»<sup>216</sup>

Hinter der Fabrik stand der Arbeitgeberverband der Branche, der ASM, der mit seiner Weisung, die Löhne zu kürzen, den Arbeitskampf ausgelöst hatte und kaum kompromissbereit war, da er sein generelles Lohnsenkungsprogramm nicht durch Einzelgänge gefährden wollte. Der ASM trat in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften als Partei auf und war damit direkt in den Konflikt involviert. Er stützte die Fabrikdirektion, kritisierte aber deren Vorgehen als ungeschickt, weil sie gegenüber der Arbeiterschaft offen bekundet hatte, dass sie eigentlich gegen die verfügte Lohnkürzung sei und dadurch ihre Position schwächte.<sup>217</sup>

Die Arbeiterinnen und Arbeiter fanden Rückhalt in ihren Gewerkschaften, dem kleineren christlichsozialen Metallarbeiterverband, verbunden mit der Katholisch-Konservativen Partei und in Zug repräsentiert durch den Arbeitersekretär Josef Stadler (1882–1968), und dem grossen, der Sozialdemokratie nahestehenden SMUV, für den dessen Sektionssekretär Fritz Fischer (1889–1952) sprach.<sup>218</sup> Den Gewerkschaften, die anfänglich miteinander, dann aber bald wieder gegeneinander agierten, ging es einerseits um existenzsichernde Löhne, um die Abwehr des weiteren Lohnabbaus: «Wenn die Direktion zugibt, dass die Teuerung auf dem Platze ebenso hoch ist wie in Zürich, warum dann Löhne, die schon auf 30 bis 50 Rp. pro Stunde niedriger sind, herunter-

<sup>213</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922, Aufruf SMUV an die Arbeiterschaft der MFZ, Ende Juli 1922. ZN 90, 28.7.1922.

<sup>214</sup> ZN 89, 26.7.1922. ZV 89, 27.7.1922, 91, 1.8.1922 (Zitat).

<sup>215</sup> Ferdinand Aeschbacher machte nach dem Streik politische Karriere, erst in Zug als Kantonsrat (1923–1930), Baarer Gemeinderat (1927–1930) und Präsident der SP, dann in Zürich u. a. als Kantonsrat und kurzzeitiger Nationalrat. Markus Bürgi, Artikel Aeschbacher Ferdinand. In: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 23.3.2009. Online: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/006137/2009-03-23/>, konsultiert am 15.5.2020.

<sup>216</sup> ZAb 180, 5.8.1922.

<sup>217</sup> AfZ, IB ASM-Archiv/1119, Prot. der Ausschusssitzung, 19.7.1922. – Ebenfalls unterstützt wurde die MFZ vom 1918 gegründeten Arbeitgeber-Verband von Zug und Umgebung. StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922, Briefe des Arbeitgeber-Verbands.

<sup>218</sup> Der gelernte Maschinensticker Josef Stadler (1882–1968) kam 1921 nach Zug, betreute 1921–1962 den Kantonalverband christlichsozialer Organisationen und war langjähriger Arbeitersekretär. In den Herbstwahlen 1922 wurde er wie Ferdinand Aeschbacher in den Kantonsrat gewählt und blieb bis 1954 Mitglied. 1929–1956 war er zudem Kantonsrichter (ZN 53, 3.5.1968). SMUV-Sektionssekretär Fritz Fischer (1889–1952) kam im Frühling 1922 in den Kantonsrat und blieb Mitglied bis 1944. 1925–1932 war er zudem Oberrichter.

<sup>219</sup> ZAb 180, 5.8.1922.



drücken?»<sup>219</sup> Den Vorwurf von Seiten der Fabrikdirektion, dass die Behauptung eines allgemein tiefen Lohnniveaus «mit Einzellöhnen exemplifiziert worden ist, gegenüber den von der Firma angeführten Durchschnittslöhnen», konterten sie mit dem Hinweis, «dass der Einzelne nicht vom angeführten Durchschnittslohn lebt und leben kann, sondern nur von seinem effektiven Lohn und das ist eben der Lohn des Einzelnen.»<sup>220</sup> Nicht minder wichtig war den Gewerkschaften der Abwehrkampf gegen eine Erhöhung der Arbeitszeit. Die 48-Stunden-Woche war ein altes gewerkschaftliches Ziel, das nach vielen Arbeitskämpfen 1919 mit der Revision des Fabrikgesetzes endlich erreicht worden war. Kaum war die verkürzte Arbeitszeit gesetzlich verankert, starteten die von der Nachkriegskrise bedrängten Arbeitgeber einen Angriff auf die 48-Stunden-Woche, die nach verbreiteter Meinung zu verminderter Arbeitsleistung und vermehrtem Müsiggang führte. In Krisenzeiten sollte es möglich sein, die Arbeitszeit bis auf 54 Stunden zu verlängern. Deshalb empfanden die Gewerkschaften die mit dem Lohnabbau verbundene temporäre Verlängerung der Arbeitszeit als Provokation, gegen die sie sich mit landesweiten Streiks wehrten. Neben den Mitgliedern der Gewerkschaften gab es noch eine Anzahl nicht organisierter Arbeiterinnen und Arbeiter, die gleichfalls in den Arbeitskampf hineingezogen wurden.

Involviert waren zudem die Behörden von Stadt und Kanton Zug, die um Ruhe und Ordnung besorgt waren, die Belastung von Arbeitslosenversicherung und Armenkassen befürchteten und deshalb mitten in der Wirtschaftskrise an einem raschen Ende des Konflikts interessiert waren. Schliesslich war auch die Bevölkerung der Kleinstadt Zug mit weniger als 10 000 Einwohnern und der umliegenden Gemeinden betroffen, da mehr als 400 Arbeiterinnen und Arbeiter am Arbeitskampf beteiligt waren. Die Gewerkschaften versuchten, durch Flugblätter mit deklamatorischen Titeln und vielen Ausrufezeichen – «Die Wahrheit!», «An die Bevölkerung von Zug und Umgebung!», «Wo sitzen die Verräter!», «Christliches Volk!», «Die Wahrheit siegt, nicht die Lüge!», «Zur Aufklärung!», «Erwiderung!» – die Arbeiterschaft und das Publikum für sich zu gewinnen.<sup>221</sup> Das lokale Sprachrohr des SMUV war die Parteizeitung der Sozialdemokraten, das in Luzern erscheinende «Zentralschweizerische Arbeiterblatt». Die Christlichsozialen fanden Unterstützung durch die katholisch-konservativen «Zuger Nachrichten», die vom späteren Bundesrat Philipp Etter (1891–1977) redigiert wurden. Hier konnte auch die Metallwarenfabrik ihre Verlautbarungen platzieren, ebenso im freisinnigen «Zuger Volksblatt», das sich ansonsten eher zurückhielt.

## Arbeitskampf im August 1922

Ende Juli hatten sich die Gegner im Arbeitskampf in Stellung gebracht. «Die Machtfrage!»<sup>222</sup> war gestellt. Die immer noch verhandlungswilligen Christlichsozialen versuchten zwar nochmals, unter kantonaler Obhut einen Ausgleich zu finden.

Der Vorschlag der Metallwarenfabrik, auf der Basis der 52-Stunden-Woche nur die höchsten Löhne um 7,5 Prozent und die tieferen stufenweise bis hinunter auf 2 Prozent zu kürzen, fand jedoch keine Zustimmung. Die kampfbereiten Vertreter des SMUV waren gar nicht erst zur Verhandlung erschienen.<sup>223</sup> Beidseits war man nervös. Am Samstag, 29. Juli, machte die Metallwarenfabrik ihre Drohung wahr und entliess die ganze Belegschaft mit Ausnahme einiger Arbeitswilliger. Montag, 31. Juli, begann der Streik. Die Fabrikdirektion befürchtete Störungen, wenn sie den Betrieb mit den wenigen verfügbaren Personen reduziert weiterführen wollte, und ersuchte die Regierung um Hilfe, die sie auch sofort erhielt. Die Kantonspolizei erhielt den Befehl, «die nötige Vorsorge und Anordnungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu treffen, um im Falle von Ausschreitungen und/oder Bedrohungen von Arbeitswilligen unverzüglich in geeigneter Weise vorgehen zu können.»<sup>224</sup> Um Platz für neu angeworbene Arbeiter zu schaffen und die Streikenden unter Druck zu setzen, kündigte die Direktion den in den Fabrikwohnungen lebenden Arbeiterinnen und Arbeitern auf kurze Frist den Mietvertrag, sofern sie sich nicht den neuen Arbeitsbedingungen unterwarfen.<sup>225</sup>

Ab dem ersten Streiktag stand die ganze kantonale Polizeimacht in der Stärke von 15 Mann zum Schutz der Fabrik bereit, bezog auf allen Seiten Posten und bewachte das Gelände Tag und Nacht. Die befürchteten Störungen blieben jedoch aus, die Streikenden verhielten sich friedlich, während in der Fabrik «der Betrieb nur mit grosser Mühe und im bescheidensten Umfange mit Hilfe von ca. 20 Arbeitern, den Vorarbeitern, Meistern und Angestellten aufrecht erhalten» wurde.<sup>226</sup>

Die Regierung versuchte mittlerweile, den Konflikt möglichst rasch aus der Welt zu schaffen, und lud die Fabrikdirektion, die linke Metallarbeitergewerkschaft, den christlichsozialen Metallarbeiterverband und Vertreter der nicht organisierten Arbeiterschaft auf den 8. August zur grossen Schlichtungsverhandlung in den Gerichtssaal im kantonalen Regierungsgebäude. Der SMUV forderte jedoch schon vor der Versammlung, er verhandle nur separat und nur auf der

<sup>220</sup> ZN 93, 4.8.1922, Stellungnahme der christlichsozialen Gewerkschaft.

<sup>221</sup> Flugblätter in StAZG, P 135.4.19, Streik 1922, und CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922. ZN 100, 21.8.1922.

<sup>222</sup> StAZG, P 135.4.19, Streik 1922, Flugblatt der Metallarbeitergewerkschaft von Anfang August 1922.

<sup>223</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922. ZN 91, 31.7.1922, 93, 4.8.1922, 94, 7.8.1922.

<sup>224</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922, Brief Arbeitgeberverband von Zug und Umgebung und MFZ an die Regierung, 27.7.1922, Befehl des Regierungsrates an die Polizeidirektion, 29.7.1922, Streikrapport 20.8.1922; F 1.112, Prot. Regierungsrat, 29.7.1922.

<sup>225</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922, einzelne Kündigungsschreiben vom 31.7.1922. Inserat der MFZ in den ZN 94, 7.8.1922.

<sup>226</sup> StAZG, CE 45.5, Lohnbewegung 1922, Streikrapport der Kantonspolizei vom 20.8.1922; P 135.1.11, Prot. VR, 17.8.1922 (Zitat). ZAB 179, 4.8.1922.

Basis der 48-Stunden-Woche. Die Regierung, vertreten durch Landammann Josef Knüsel (1868–1943) und Regierungsrat Josef Hildebrand (1855–1935) als Vorsteher der Direktion für Handel, Gewerbe und Industrie, willigte ein, da der SMUV die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter vertrete und mit ihm noch nicht verhandelt worden sei. Die in den Ausstand geschickten Christlichsozialen protestierten und verliessen den Saal mit der Erklärung, dass sie auf künftige Vermittlungen verzichteten. In den folgenden harzigen Verhandlungen zwischen SMUV und Metallwarenfabrik zeigte sich diese schliesslich bereit, den Ende Juli vorgebrachten Plan einer abgestuften Reduktion nach Lohnhöhe auch auf der Basis von 48 Stunden zu akzeptieren, falls der SMUV diese Lösung ihren Mitgliedern zur Annahme empfehle. Davon wollte der SMUV nichts wissen.<sup>227</sup>

Damit war nicht nur die Schlichtungskonferenz gescheitert, sondern auch die Abneigung zwischen SMUV und den Christlichsozialen derart verstärkt, dass sie sich nun zur Feindschaft steigerte. Die christlichsoziale Metallarbeitergewerkschaft warf dem SMUV vor, die Arbeiter zu verraten, deren wirtschaftliche Interessen sozialistischen, religionsgefährdenden Zielen zu opfern und deren Stellung im Abwehrkampf gegen den Lohnabbau zu schwächen. Die «niederträchtige Handlung des sozialistischen Verbandes [sei] ein Faustschlag ins Gesicht der gemeinsam kämpfenden Arbeiterschaft, der die Einheitsfront zertrümmern muss.»<sup>228</sup> Die Gegenseite hielt nicht zurück und beschuldigte ihrerseits die Christlichsozialen des Verrats der Arbeiterinteressen, weil sie mit einer «Bauchrutschertaktik» verhandelten, zu einer Verlängerung der Arbeitszeit bereit seien und damit eine grosse Errungenschaft gefährdeten.<sup>229</sup> Fortan schlugen die beiden Gewerkschaften verbal ebenso sehr auf die Konkurrenz ein wie auf den gemeinsamen Gegner, den ASM und die Fabrikdirektoren. Während es diese aber nur bis zum Status profitsüchtiger, von einem «Diktator mit einem Herzen von Stein» geführter Reaktionäre brachten, welche die Arbeitsklaven unterjochte und Hungerlöhne zahle, gerade soviel, dass der Arbeiter «seinen Körper täglich zur Arbeit schleppen kann»,<sup>230</sup> erreichte die angebliche Infamie des Konkurrenten ganz andere Sphären. Die eine Seite sah «elendigliche Heuchelei»<sup>231</sup> und hörte «Negergeheul»<sup>232</sup> «tiefstehender, im

<sup>227</sup> StAZG, F 1.112, Prot. Regierungsrat 7.8.1922, 12.8.1922. ZN 95, 9.8.1922. ZV 95, 10.8.1922.

<sup>228</sup> StAZG, P 1354.19, Streik 1922, Flugblätter der christlichsozialen Gewerkschaft. ZN 95, 9.8.1922: Erklärung der christlichsozialen Gewerkschaft zu den gescheiterten Verhandlungen (Zitat). ZN 97, 14.8.1922, 100, 21.8.1922.

<sup>229</sup> StAZG, P 135.4.19, Streik 1922, SMUV-Flugblatt «Die Wahrheit».

<sup>230</sup> StAZG, P 135.4.19, Streik 1922, Flugblätter SMUV «Machtfrage» und «Erwiderung!» (Zitate) Anfang August 1922.

<sup>231</sup> ZN 100, 21.8.1922.

<sup>232</sup> ZN 103, 28.8.1922.

<sup>233</sup> ZN 97, 14.8.1922.

<sup>234</sup> ZAb 201, 31.8.1922.

<sup>235</sup> SMZ 35, 2.9.1922.

<sup>236</sup> StAZG, P 135.4.20, Streik 1922.

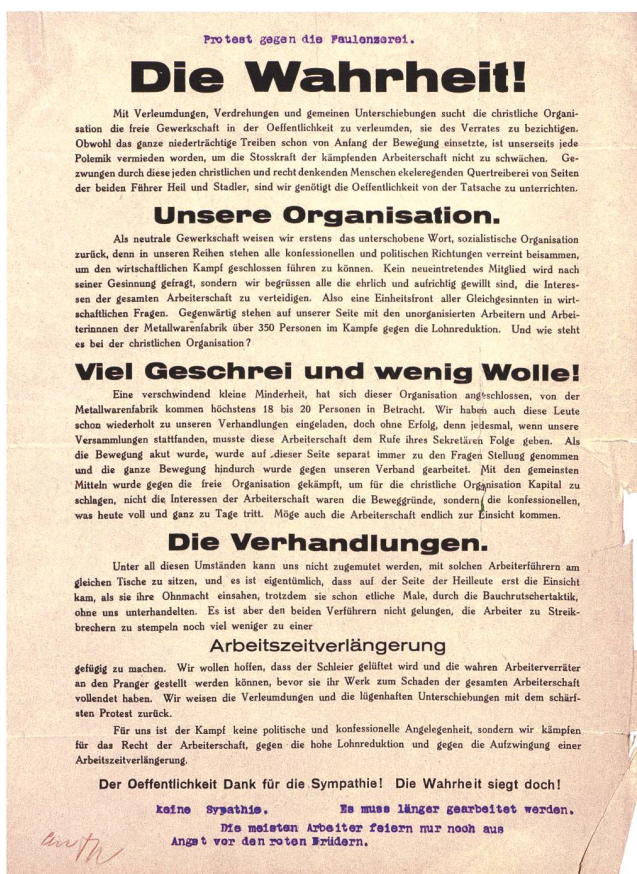


Abb. 12 Streikplakat des SMUV 1922 mit gegnerischem Kommentar. Im grossen Streik vom August 1922 kämpften die linke und die christlichsoziale Gewerkschaft nicht nur gegen den Lohnabbau, sondern auch gegeneinander.

sozialistischen Moraste schwimmender Leute»,<sup>233</sup> die andere Seite zürnte ob der «Judasarbeit des christlichen Streikbrechergelichters»,<sup>234</sup> das sich wie «losgelassene Satane gegen alle diejenigen [gebärdete], die ihr Geschrei nach Einheitsfront als einen Schwindel bezeichneten».<sup>235</sup>

Übel war auch, was Oscar Weber als Präsident der Metallwarenfabrik ertragen musste, nicht nur öffentlich, sondern vor allem durch anonyme Zusendungen: «Du Schurk, Hal-lung [= Halunke] du elender Blutsauger! [...] 7 blaue Bohne[n] für dich. [...] Besinne dich du elender!» drohte ihm «Die Schwarze Hand». «Ein Arbeiter, der es gut meint», warnte, «dass man Sie umbringen will», und empfahl ihm, «Friede mit den Arbeitern [zu machen,] damit Sie noch am Leben bleiben können». «Ihr reaktionärer Sinn und Geist ist derart böse, dass es am richtigsten wäre, man würde Sie erschiessen.»<sup>236</sup>

Auf der Strasse war mittlerweile der Streikalltag eingeleitet. Die Kantonspolizei reduzierte ihre Präsenz, da sich die Streikenden ruhig verhielten. Deren Zentrum war das Arbeiterrestaurant «Bären» direkt neben der Fabrik. Auf dem Trottoir vor dem Fabrikgebäude waren Sitzbänke aufgestellt, die Leitungsmasten im Umkreis mit Streikplakaten, ordentlich amtlich abgestempelt, bestückt. Eine gemeinsame Küche sorgte für die Verköstigung der Streikposten. Aus der Bevöl-



kerung kamen Fleisch, Brot und sonstige Lebensmittel. Geld floss von Pöstlern, Bähnern und von anderen Gewerkschaften, christlichsoziale und weitere katholische Vereine zahlten Beiträge in die Streikkasse der christlichsozialen Gewerkschaft.<sup>237</sup> Streikende Arbeiter erhielten von Metzgern und Spezereihändlern verbilligte Waren, was die Landis & Gyr, die grösste Firma im Kanton, zu einer verärgerten Intervention beim Handwerker- und Gewerbeverband veranlasste. Solches aufs Schärfste zu verurteilende Gebahren zeige die Möglichkeiten eines Preisabbaus. «Nur sind wir der Ansicht, dass eben dieses Entgegenkommen früher hätte einsetzen sollen, bevor die Preispolitik in den Mittelpunkt einer Lohnbewegung gezogen werden musste.» Der Handwerker- und Gewerbeverband mahnte darauf seine Mitglieder zu strengster Neutralität, war aber seinerseits äusserst irritiert über eine vom SMUV kolportierte Äusserung des MFZ-Präsidenten Weber, die Arbeiter sollten doch die Händler boykottieren, wenn diese Wucherpreise verlangten.<sup>238</sup> Die Stimmung war gereizt und die Sympathie der Bevölkerung anscheinend grossmehrheitlich auf Seiten der Streikenden. Dies war wohl wesentlich der christlichsozialen Gewerkschaft zu verdanken, die zwar nur einen kleinen Teil der Streikenden vertrat, aber mit der katholisch-konservativen Mehrheit im Kanton verbunden war und im Arbeitskampf die christlichen Sittengesetze betonte. Damit konnte die Gegenpartei die Streikenden nicht einfach in die linke Ecke stellen, obwohl deren grosse Mehrheit im SMUV, der sogenannten roten Gewerkschaft, organisiert war.<sup>239</sup>

Während die Streikposten vor der Metallwarenfabrik standen, zum Ärger der Anwohner angeblich keine andere Beschäftigung kannten, «als das Rauchen und dem Genuss des Apfelmestes zu huldigen»,<sup>240</sup> und einige wenige Arbeiter die Fabrik im Gang hielten, verhandelten die Gewerkschaften und die Fabrikdirektion unter Moderation der Regierung über eine Lösung des langwierigen Konflikts. Am 12. August legte die MFZ einen neuen, angeblich endgültigen Verständigungsvorschlag vor, der auf der Basis von 51 statt 52 wöchentlichen Arbeitsstunden die Löhne maximal um 6,5 statt 7,5 Prozent bei den höchsten Stundenlöhnen über 1.10 Franken kürzen wollte. Bei den tiefsten Frauenlöhnen sollten von den kümmerlichen 49 oder weniger Rappen weitere 2 Prozent weggenommen werden. Mit dem Argument, dank der längeren Arbeitszeit steige der Wochenlohn sogar an, versuchte die MFZ diesen Vorschlag annehmbar zu machen. Der SMUV und die von der Arbeiterkommission in der Fabrik organisierte Betriebsversammlung wollten jedoch nichts davon wissen und nur auf der Basis von 48 Stunden verhandeln. Auf der anderen Seite schloss die Fabrikleitung ein weiteres Nachgeben kategorisch aus, da dieses «mit Recht nur als unentschuld bare Schwäche ausgelegt würde». Sie drohte, «den aufgezwungenen Kampf bis zum bitteren Ende durchzuführen» und notfalls die Fabrik auf unbestimmte Zeit zu schliessen.<sup>241</sup>

Nachgiebiger zeigten sich die Christlichsozialen, um die sich mittlerweile auch der nationale Zentralsekretär des CMV,

Johann Jacob Heil (1884–1957), kümmerte. Sie wählten das ihrer Ansicht nach kleinere Übel – Lohnkürzungen von maximal 6,5 Prozent bei befristeter 51-Stunden-Woche statt 7,5 Prozent Kürzung bei 48 Stunden – und waren unter diesen Bedingungen bereit, zur Arbeit zurückzukehren, während der SMUV weiter streiken wollte und die Christlichsozialen als «wahre Arbeiterverräter» beschimpfte.<sup>242</sup> Die Spannung wuchs, hetzende Flugblätter kursierten. Zudem nahte die von der MFZ beschlossene Ausweisung von 64 Arbeiterfamilien aus den Fabrikwohnungen. Am ersten Arbeitstag der Arbeitswilligen, am Montag, 21. August, stand wiederum die ganze Polizeimannschaft bereit. Schon frühmorgens stellte sich eine grosse Menge von Streikenden und Neugierigen bei der Fabrik auf. Zentralsekretär Heil geleitete eine Handvoll christlichsozialer Arbeiter unter Polizeischutz vom Bahnhof zur nahen Fabrik. Es kam zu Pöbeleien und Gerangel. Auf Ge- such der Fabrikdirektion verbot die Regierung noch gleichentags das Bedrängen von Arbeitswilligen und das Streikposten stehen, was die Streikposten mit Hin-und-Her-Gehen unterliefen.<sup>243</sup>

Der Regierungsrat wies die Kantonspolizisten ausdrücklich auf ihre Pflichten hin und drohte ihnen bei Nachlässigkeit und Pflichtverletzung mit harter Strafe, konnte sich demnach ihrer Loyalität nicht mehr durchwegs sicher sein. Offenbar fürchtete die Regierung, die Kontrolle zu verlieren, und suchte noch gleichentags Hilfe bei der Zuger Einwohnerwehr, die nach dem Landesstreik von 1918 zum Schutz vor Aufruhr und Revolution aus privater Initiative gebildet worden war und mittlerweile den offiziellen Status einer bürgerlichen Polizeihilfs truppe in Zeiten der Gefahr erhalten hatte. Die Einwohnerwehr sah jedoch keine Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung, sondern einen wirtschaftlichen Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Auch gebe es in weiten Bevölkerungskreisen und selbst innerhalb der Einwohnerwehr Sympathien für die Arbeiter.<sup>244</sup> Die Einwohnerwehr befürchtete zudem, «dass ein Aufgebot derselben tief wühlende Wel-

<sup>237</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922: Brief MFZ an Polizeidirektion, 21.8.1922, 2. Streikrapport der Kantonspolizei, 26.8.1922. ZN 94, 7.7.1922. ZAB 191, 19.8.1922, 201, 31.8.1922.

<sup>238</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922, Brief Landis & Gyr an Handwerker- und Gewerbeverband, Mitte August 1922 (Zitat), Brief Handwerker- und Gewerbeverband an seine Mitglieder, 21.8.1922. ZAB 174/29.7.1922. ZV 96, 12.8.1922.

<sup>239</sup> ZN 90, 28.7.1922, 93, 4.8.1922, 95, 9.8.1922. ZAB 191, 19.8.1922.

<sup>240</sup> ZV 100, 22.8.1922, Leserbrief von A. W.

<sup>241</sup> StAZG, P 135.1.11, Prot. VR, 17.8.1922.

<sup>242</sup> StAZG, P 135.4.19, Streik 1922; CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922, Flugblatt «Die Wahrheit!» (Zitat). SozArch, Ar SMUV 01C-0001 (25), Prot. Zentralvorstand SMUV, 24.8.1922. SMZ 32, 12.8.1922. ZV 100, 22.8.1922. ZN 103, 28.8.1922.

<sup>243</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922; P 135.4.18, Streik 1922; F 1.112, Prot. Regierungsrat, 21.8.1922. Ar SMUV 07A-0073 (3), Korrespondenz Sektion Zug mit Zentralvorstand, 22.8.1922, 25.8.1922. Extraausgabe des Amtsblatts des Kantons Zug Nr. 35, 30.8.1922. ZN 100, 21.8.1922.

<sup>244</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922, 2. Streikrapport der Kantonspolizei, 26.8.1922; F 1.112, Prot. Regierungsrat 21.8.1922.

len ins politisch, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben werfen könnte, die ihre schweren Folgen haben würden.»<sup>245</sup>

Die rein bürgerliche Regierung, in der die Katholisch-Konservativen die absolute Mehrheit hatten, hielt sich ebenfalls zurück und reagierte mit entschiedenem Widerspruch, als ihr eine öffentliche Protestversammlung in einer Resolution vorwarf, sie habe durch das Streikpostenverbot «für das Unternehmertum einseitig Stellung genommen.» Sie habe nur sicherstellen wollen, dass die Arbeitswilligen unbelästigt und unbedroht an die Arbeitsstätte gelangen konnten.<sup>246</sup> Ihr Anliegen war die rasche Beilegung des Konflikts durch einen Ausgleich der Interessen, ihre Angst, dass sich der Streik «auch auf die Arbeiterschaft anderer industrieller Etablissements in Zug sich ausdehnen und zum eigentlichen Aufruhr ausgestalten könnte.» Unbegründet war die Furcht nicht, insbesondere weil die von der Metallwarenfabrik angekündigte, brisante Ausweisung der 64 Arbeiterfamilien aus den Fabrikwohnungen nahte. Deshalb sondierte die Regierung beim Bund den Einsatz von Truppen in einem militärischen Ordnungsdienst, der vom Chef des Eidgenössischen Militärdepartements bei «einer erheblichen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung» umgehend in Aussicht gestellt wurde.<sup>247</sup>

Die wachsenden Spannungen waren auch auf der Strasse spürbar, was die Kantonspolizei erheblich belastete, wie sie rapportierte: «Der Polizeimannschaft, 15 Mann stark, war offenbar keine leichte Aufgabe zu teil geworden gegen mehreren hundert erbitterten Streikenden [!] nötigen Falls einzuschreiten. Wenn auch sich nur Einzelne offensichtlich verfehlen, so muss die Polizei doch mit vielem Takt und in gerechtfertigter Weise vorgehen um nicht die ganze Menge gegen sich zu haben und allfällig dadurch machtlos und noch

lächerlich zu werden.» Die Mannschaft erhielt die Instruktion, «bei Ausschreitungen, hauptsächlich bei Tätlichkeiten mit aller Energie gegen Fehlbare vorzugehen und die Angegriffenen unbedingt sofort zu schützen. Doch sei in der Weise vorsichtig vorzugehen, dass die Polizei nicht der Parteilichkeit und durch allzu massives und rücksicht[s]loses Benehmen der Taktlosigkeit beschuldigt werden könne.»<sup>248</sup>

Streikende Arbeiterinnen und Arbeiter redeten auf jene ein, die arbeiten wollten, bedrängten und beschimpften sie auf dem Arbeitsweg, suchten sie sogar zuhause auf. Damit die Streikbrecher unbehelligt zur Fabrik gelangen konnten, wurde die Strassenbahngesellschaft um Beihilfe angegangen. Fortan brachte das Tram, dessen Geleise der Fabrik entlangführten, die Arbeitswilligen vom Zuger Stadtzentrum und von Baar unter Polizeischutz direkt vor das Eingangstor. Zudem setzte die Polizei die Streikenden durch einzelne Verhaftungen, Vorladungen und Verwarnungen unter Druck. Zu Gewaltausbrüchen kam es aber nicht, es blieb bei scharfen Worten und dunklen Drohungen, einzelnen Steinwürfen, Rempelen, Ohrfeigen.<sup>249</sup>

Ende August eskalierte der Arbeitskonflikt noch weiter, als auch die Arbeiter der Verzinkerei Zug in den Streik traten. Anlass war eine am 30. August angekündigte Lohnreduktion um 10 Prozent, angeblich angeordnet als Strafe für die moralische und finanzielle Unterstützung, welche die Verzinkerei-arbeiter ihren Kollegen in der Metallwarenfabrik zukommen liessen.<sup>250</sup> Zur gleichen Zeit begann aber die Streikfront zusehends zu erodieren, sei es wegen des Verdienstausfalls, den auch die gewerkschaftlichen Streikentschädigungen nicht kompensieren konnten, sei es wegen des polizeilichen Drucks und des regierungsrätlichen Drängens auf eine Verhandlungslösung. Es kamen immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter wieder in die Fabrik. Am 28. August waren es 67, am Tag danach 85 Personen.<sup>251</sup>

Während auf der Strasse die Spannung wuchs, wurde im Hintergrund intensiv verhandelt und schliesslich am 1. September eine Einigung zwischen der Metallarbeitergewerkschaft und der Metallwarenfabrik gefunden. Gegenüber der Vereinbarung mit der christlichsozialen Gewerkschaft fiel die maximale Lohnreduktion noch ein halbes Prozent geringer aus. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter wurden wieder eingestellt, zehn von ihnen aber vorerst ohne Kündigungsfrist. Die Ausweisung aus den Wohnungen wurde zurückgenommen, ausgenommen in elf Fällen, in denen aber die Frist verlängert wurde. Ganz weg fiel die Verlängerung der Arbeitszeit, was jedoch nur indirekt am erbitterten Widerstand des SMUV lag. Da die Metallwarenfabrik während des Streiks zusätzliche Arbeiterinnen und Arbeiter eingestellt und wegen des Streiks Aufträge verloren hatte, gab es nun gar nicht mehr genug Arbeit für eine längere Arbeitszeit. Am Montag, 4. September, nach 35 Streiktagen, kamen auch die vom SMUV vertretenen Arbeiterinnen und Arbeiter wieder in die Metallwarenfabrik. Am gleichen Tag endete auch der Streik in der Verzinkerei, ebenfalls nach einer erheblichen Mässigung der Lohnreduktion.<sup>252</sup>

<sup>245</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922: Brief der Einwohnerwehr an die Polizeidirektion, 22.8.1922. – Zu den Bürgerwehren vgl. Morosoli 2018.

<sup>246</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922, Brief der Arbeiterunion an den Regierungsrat, 25.8.1922 (Zitat); F 1.112, Prot. Regierungsrat, 29.8.1922. Extraausgabe des Amtsblatts des Kantons Zug Nr. 35, 30.8.1922; ZN 104, 30.8.1922.

<sup>247</sup> StAZG, F 1.112, Prot. Regierungsrat, 25.8.1922, 29.8.1922; StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922, Brief Regierungsrat an Bundesrat Scheurer, 29.8.1922 (Zitat).

<sup>248</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922: 2. Streikrapport der Kantonspolizei, 26.8.1922.

<sup>249</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922; CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922: 2. Streikrapport der Kantonspolizei, 26.8.1922, 3. Streikrapport, 1.9.1922. SMZ 35, 2.9.1922, 37, 16.9.1922.

<sup>250</sup> StAZG, CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922: 3. Streikrapport, 1.9.1922. SMZ 35, 2.9.1922, 36, 9.9.1922. ZAb 206, 6.9.1922.

<sup>251</sup> StAZG, P 135.4.18, Streik 1922; CE 45.5, Dossier Lohnbewegung 1922, 3. Streikrapport, 1.9.1922.

<sup>252</sup> Die Vereinbarung mit der christlichsozialen Gewerkschaft vom 19.8.1922 sah eine von 6,5 Prozent (Männerlöhne über 1.10 Franken) bis 2 Prozent (Frauenlöhne unter 50 Rappen) abgestufte Lohnreduktion vor, jene mit dem SMUV reichte von 6,0 Prozent bis 2 Prozent. ZN 100, 21.8.1922. StAZG, P 135.4.18, Streik 1922, Vereinbarung 1.9.1922; P 135.1.11, Prot. VR, 16.9.1922. SozArch, Ar SMUV 01C-0001 (25), Prot. Zentralvorstand SMUV, 6.9.1922. ZN 106, 4.9.1922, 109, 11.9.1922, 110, 13.9.1922.



## Wer hat den Arbeitskampf gewonnen?

Was ist die Bilanz des bis dahin grössten Streiks in der Zuger Wirtschaftsgeschichte? Im Rückblick waren sich die drei Konfliktparteien nur in einem Punkt einig: Die andern waren schuld, dass es überhaupt zum Streik gekommen war und dass dieser so lange gedauert hatte. Als Sieger sahen sich alle drei, mussten aber für diese Einschätzung die Tatsachen etwas zurechtbiegen. Aus der Vereinbarung mit dem SMUV ergebe sich, «dass die Arbeiterschaft am 29. Juli die gleichen Bedingungen hätte erreichen können, ohne den 5wöchentlichen [sic] Konflikt», bilanzierte Präsident Weber vor dem Verwaltungsrat der Metallwarenfabrik, womit er die Fakten nicht ganz korrekt wiedergab.<sup>253</sup> Der Vorschlag vom 29. Juli sah nämlich bei gleichzeitiger Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 52 Stunden eine Lohnreduktion von 7,5 bis 2 Prozent vor, Ergebnis waren aber 6–2 Prozent Reduktion bei 48 Stunden. Die Metallwarenfabrik liess sich vom Arbeitgeberverband ohne Not in den Arbeitskampf drängen, berief sich mangels anderer Argumente immer wieder auf die unbestrittene Tatsache, dass die aktuellen Löhne höher lägen als vor dem Krieg, und verschanzte sich hinter dem Rücken des ASM, der den Lohnabbau angeordnet habe. Der ASM stiess sich an dieser ungeschickten Verhandlungstaktik, rügte die Fabrikdirektion und kürzte die der Fabrik zustehende Streikentschädigung erheblich.<sup>254</sup> Die Metallwarenfabrik konnte die Kürzung indes gut verkraften, ebenso den Streik. Der Umsatz wurde gehalten, der Gewinn im Geschäftsjahr 1922/23 entsprach jenem des Vorjahrs, und auch die Dividenden mussten nicht vermindert werden (vgl. Abb. 7).<sup>255</sup>

Die christlichsoziale Gewerkschaft beteiligte sich von Anfang an am Streik, setzte ebenfalls auf eigenständige Verhandlungen, als der SMUV solche für sich beanspruchte und damit nach Ansicht der Christlichsozialen «der bestreikten Firma Gelegenheit gab, die zersprengte Einheitsfront der Arbeiter restlos zu ihren Gunsten auszunützen». Mit ihrer Zustimmung zu abgestuften Lohnreduktionen auf der Basis einer befristeten 51-Stunden-Woche wählten sie ihrer Ansicht nach das kleinere von zwei Übeln und vermieden, «dass jeder Tag länger Streik die Lage für die Arbeiter nur verschlimmert». Sie beanspruchten die Verhandlungserfolge für sich, während der SMUV schliesslich kapitulierte, und nahmen in Kauf, von Vertretern des SMUV als üble Streikbrecher und Verräter an der Arbeiterklasse beschimpft zu werden.<sup>256</sup> Ohne den SMUV mit seiner grossen Streikmacht wäre die kleine christlichsoziale Gewerkschaft, der angeblich bloss etwa zwanzig Arbeiterinnen und Arbeiter in der MFZ angehörten, aber kaum zu jenen Konzessionen gelangt, die ihr schliesslich die Rückkehr zur Arbeit ermöglichten.

Der Metallarbeiterverband SMUV reklamierte den Erfolg im gewerkschaftlichen Abwehrkampf gegen Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung ebenfalls allein für sich.<sup>257</sup> Die abgestuften Lohnreduktionen lagen aber mit geringen Abweichungen zu den schliesslich vereinbarten Werten schon vor



Abb. 13 Bericht in der «Schweizer Illustrierten Zeitung» vom 13. Juli 1918 über die Produktion des neuen Helms der Schweizer Armee in der Metallwarenfabrik Zug. Dieser war nicht bloss ein weiterer Ausstattungsgegenstand, sondern «unser neuer Stahlhelm», ein Kennzeichen nationaler Identität.

Mitte August als Verhandlungsangebot auf dem Tisch und die Beibehaltung der 48-Stunden-Woche, die dem SMUV besonders wichtig war, war nur bedingt ein Zugeständnis der Metallwarenfabrik. Zudem hätten die Streikenden kaum auf Sympathien bis weit ins bürgerliche Lager hinein rechnen können, wenn nur der linke SMUV und nicht auch die Christlichsozialen und damit indirekt die Konservativen und ihre Parteizeitung hinter ihnen gestanden wären.

Anfang September endeten zwar die Arbeitskämpfe in der Metallwarenfabrik und der Verzinkerei, nicht aber in der Zuger Industrie. Ende Oktober streikten die Spinnereiarbeiter in Unterägeri ebenfalls wegen Lohnreduktion und Arbeitszeitverlängerung, im Dezember gab es einen Konflikt in der Spinnerei an der Lorze in Baar, der aber nicht bis zum Ausstand führte. Auf die Resultate der Nationalratswahlen Ende

<sup>253</sup> StAZG, P 135.1.11, Prot. VR, 16.9.1922 (Zitat); P 135.1.3, Prot. GV, 16.9.1922.

<sup>254</sup> AfZ, IB ASM-Archiv/1139, Prot. Vorstandssitzung, 15.7.1922 und 13.10.1922; IB ASM-Archiv/1119, Prot. Ausschusssitzung, 8.12.1922.

<sup>255</sup> StAZG, P 135.2.1–2, Geschäftsberichte 1921/22 und 1922/23; P 135.1.3, Prot. GV, 15.9.1923.

<sup>256</sup> ZN 100, 21.8.1922 (Zitate), 103, 28.8.1922, 107, 6.9.1922, 109, 11.9.1922, 110, 13.9.1922.

<sup>257</sup> SMZ 36, 9.9.1922. ZaB 206, 6.9.1922.

Oktober und der kantonalen Erneuerungswahlen im November 1922 hatten die «Lohnbewegungen», wie die Arbeitskämpfe in den zeitgenössischen Quellen genannt werden, keinen grossen Einfluss. Jedoch erreichte SMUV-Sekretär Fritz Fischer, der schon im Frühling in einer Ersatzwahl in den Kantonsrat gekommen war, als Nationalratskandidat kantonal ein gutes Ergebnis und in den Industriegemeinden fast so viele Stimmen wie sein freisinniger Konkurrent. In den kantonalen Wahlen gelangten der christlichsoziale Arbeitersekretär Josef Stadler und Ferdinand Aeschbacher, der im Streik die Arbeiter vertreten hatte, neu in den Kantonsrat. Weiterhin brisant blieb die Frage der Wochenarbeitszeit, auf deren Erhöhung die Arbeitgeber und mit ihnen die Metallwarenfabrik hinarbeiteten. Für die Arbeiterschaft waren die 1919 errungenen 48 Stunden ein grosser Erfolg, für die

<sup>258</sup> Vgl. Adrian Knoepfli, *Der Unternehmer und der Gewerkschaftssekretär* [Hans Sulzer und Ferdinand Aeschbacher]. In: *Historische Begegnungen. Biografische Essays zur Schweizer Geschichte*. Baden 2014, 208–230.

Arbeitgeber ein Produktionshemmnis, das sie möglichst rasch durchlöchern wollten. Im Februar 1924 kam die Vorlage, die eine temporäre Erhöhung der Arbeitszeit auf 54 Stunden ermöglichte, vors Volk. Sie wurde deutlich abgelehnt, auch im Kanton Zug, wobei sich wie oft eine klare Scheidung zwischen den Industriegemeinden, die nichts von längerer Arbeit in den Fabriken wissen wollten, und den Bauerngemeinden zeigte. Löhne und Arbeitszeit blieben in der Metallwarenfabrik weiterhin ein ständiges Thema, zu einem grossen Arbeitskampf wie 1922 kam es aber nicht mehr. 1937 einigten sich schliesslich der ASM und der SMUV auf der Basis absoluter Friedenspflicht auf ein Schiedsverfahren zur Lösung von Arbeitskonflikten, das bald einmal unter dem Namen «Friedensabkommen» zu einer Art Gründungsdokument des schweizerischen Arbeitsfriedens veredelt wurde. An den Verhandlungen nahm auch der Sekretär der wichtigen SMUV-Sektion Winterthur teil: Ferdinand Aeschbacher, im Jahr 1922 der Wortführer der Arbeiterschaft im grossen Streik in der Metallwarenfabrik Zug.<sup>258</sup>

## Anhang

### «Gefällig, eigenschweizerisch»

Der Stahlhelm Modell 1918 der Schweizer Armee und die Metallwarenfabrik Zug

Schon die ersten Kriegsmonate zeigten, dass die schmucken Kopfbedeckungen der Soldaten, das Képi der Franzosen etwa oder die deutsche Pickelhaube, beim Paradieren zwar einen flotten Eindruck machten, an der Grabenfront aber von fraglichem Nutzen waren. Die Armeen der Entente und der Zentralmächte rüsteten daher ihre Heere mit Metallhelmen aus, wobei der Schutz des sogenannten «Menschenmaterials» wohl noch wichtiger war als jener des einzelnen Individuums. Damit war auch für die Schweizer Armee die lange diskutierte Frage beantwortet, was an die Stelle des traditionellen Käppis aus Filz und Leder treten sollte, dessen Ersatz mit der Umstellung von der alten blauen auf die neuen feldgrauen Uniformen nötig wurde. Zwar konnte man auf die realen Erfahrungen der Kriegführenden Staaten zurückgreifen, ging aber dennoch zuerst unkoordiniert einen falschen Weg und verlor dabei viel Zeit. Im März 1916 schrieb Generalstabschef Theophil Sprecher von Bernegg (1850–1927) an das Schweizerische Militärdepartement (SMD), dass Berichte nach Frankreich

entsandter Offiziere, Angaben von Deserteuren und andere Informationsquellen übereinstimmend «den sehr wertvollen Schutz [betonen], welchen der Metallhelm dem Manne im feindlichen Feuer bietet.» Man könne selbstverständlich nicht denselben Helm einführen wie die Nachbarn, dennoch sollte die Kriegstechnische Abteilung (KTA) des Departements den Auftrag erhalten, «die Frage einer Kopfbedeckung, die einen bessern Schutz bietet als das ohnehin viel zu sichtbare Käppi, zu studieren und unverzüglich Versuche vorzunehmen.»<sup>1</sup> Dasselbe tat die Generalstabsabteilung, und schliesslich befasste sich zur gleichen Zeit auch Major Jules Turin (geboren 1867) auf Veranlassung von Divisonär Treytorrens de Loys (1857–1917), Kommandant der 2. Division, mit der gleichen Frage. Turins Helmmodelle dienten dem bekannten Maler, Bildhauer und Architekten Charles L'Eplattenier (1874–1946) aus La Chaux-de-Fonds als Grundlage (Abb. 1), auf der er einen neuen Ordonnanzhelm für die Schweizer Armee entwarf.<sup>2</sup>

Anfang September 1916 lagen die drei Modelle einer Abordnung der Generaladjutantur, des Armeestabs und der KTA zur Begutachtung vor. Vorgaben waren ausreichende Dicke, glatte Aussenfläche, Eignung als Sonnen- und Regenschutz und geringes Gewicht sowie «ästhetisch befriedigendes Äusseres, wenn möglich mit schweizerisch individuellem Gepräge, sofern sich das mit den übrigen Anforderungen in Einklang bringen lässt.»<sup>3</sup> Rasch wurde das Modell von

<sup>1</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Brief Generalstabschef Sprecher an SMD, 14.3.1916.

<sup>2</sup> BAR, E27#1000/721#19206-7\*, Konferenz Generaladjutant und KTA 5.9.1916, E27#1000/721#19206-1\*, Brief Generaladjutant an SMD, 6.9.1916.

<sup>3</sup> BAR, E27#1000/721#19206-7\*, Konferenz Generaladjutant und KTA, 5.9.1916.



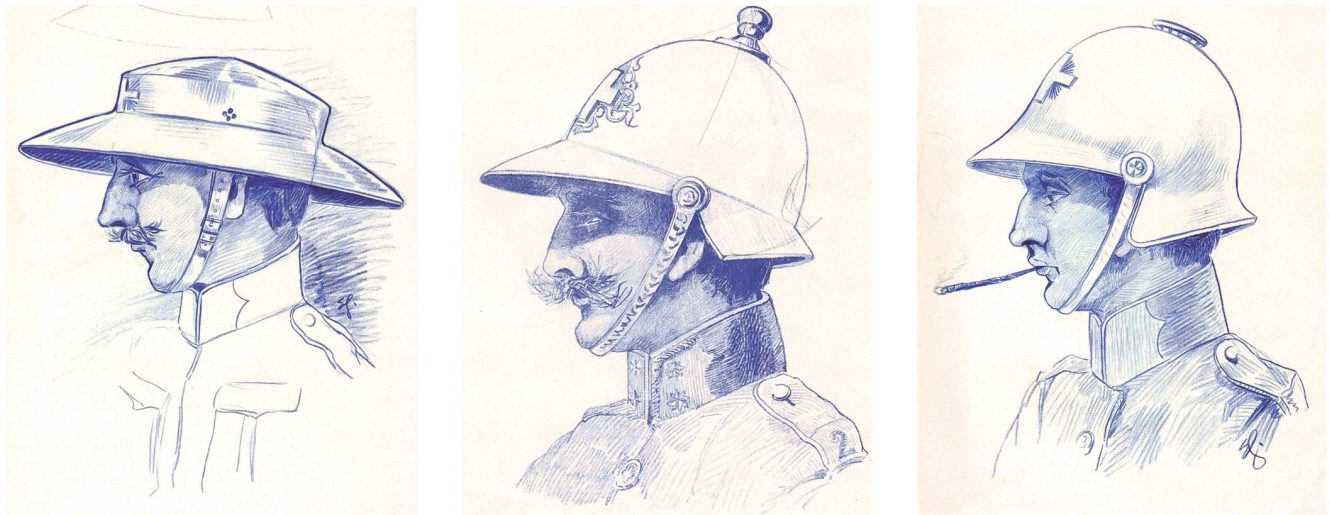


Abb. 1 Frühe Helmentwürfe des Künstlers Charles L'Eplattenier von 1916, für den die Ästhetik offensichtlich der Schutzwirkung voranging.

L'Eplattenier als «das beste und das hübscheste und gefälligste in Form und Anblick anerkannt» und zur Ausführung empfohlen.<sup>4</sup> Anderer Meinung war General Ulrich Wille (1848–1925), der die Einführung des Helms «nicht als eine so dringende Notwendigkeit» ansah und darin keine grossen Vorteile erkannte, aber auch nicht opponierte.<sup>5</sup> Der Bundesrat jedoch liess sich überzeugen und bewilligte im Januar 1917 den Kredit für die Beschaffung von 200 000 Helmen, gefertigt nach einem Modell von L'Eplattenier.<sup>6</sup> Dieses fand gute Aufnahme bei der Truppe (Abb. 2) und in der Öffentlichkeit. Man lobte die «einfache, edle Gestalt des Helmes», die Form sei «originell und kenntlich schweizerisch».<sup>7</sup> Auch in der Westschweiz gefiel die Schöpfung des aus dem gleichen Landesteil stammenden Künstlers: «[Le casque] est né de la collaboration du peintre l'Eplattenier, de la Chaux-de-Fonds, et d'officiers supérieurs, après des études approfondies, en s'inspirant des anciens casques suisses de nos musées, des lois de l'esthétique et des expériences de la guerre actuelle.»<sup>8</sup>

Helme waren seit der Antike nicht bloss ein Kopfschutz, sondern ebenso eine Kennzeichnung, ein repräsentatives, martialisches Zeichen, das Stärke signalisierte, und eine Uniformierung individueller Köpfe. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass die harmonische Linie, die schlichte, elegante Silhouette, der mittelalterliche Zuschnitt, die ästhetische Wirkung mehr Beachtung fanden als der Schutz auf dem Schlachtfeld und im Schützengraben.

Während L'Eplattenier an seinem Helmentwurf arbeitete und die KTA nach dem kaum noch erhältlichen Stahlblech suchte und mit der Metallwarenfabrik Zug und der Firma Merker in Baden verhandelte – den einzigen Unternehmen, die für diesen Grossauftrag überhaupt in Frage kamen –, veränderten sich unter dem Eindruck von Frontberichten die Prioritäten. Bei einem Besuch der österreichischen Isonzo-Front sahen Schweizer Offiziere einen dem deutschen Modell ähnlichen Helm, «der vielleicht etwas weniger schön als unser Versuchshelm ist, aber den Kopf bedeutend besser

schützt.» Auch Österreich habe zuerst nach einem schöneren Helm gesucht und Künstler beigezogen, «dann aber schliesslich doch nur die praktische Verwertung dieses Kopfschutzes und nicht dessen ästhetische Wirkung berücksichtigt.» Er schützte mit seinem Schirm Stirn, Augen, Schläfen und Hinterkopf. «Das dürfte hauptsächlich auch bei uns berücksichtigt werden.» Dies war mit L'Eplatteniers Helm trotz aller Bemühungen – fünfzehn Versionen soll er gemacht haben – nicht befriedigend zu schaffen.<sup>9</sup>

Die mangelhafte Schutzwirkung war der eine Grund für die Abkehr vom Helmentwurf des Künstlers. Der andere war technischer Art. L'Eplatteniers Helmmodelle bestanden aus weichem Eisenblech. Als es nun darum ging, den Helm aus viel härterem Stahlblech zu fertigen, zeigten Versuche in der Metallwarenfabrik Zug, dass dies mit der verfügbaren Technik nur mit grosser Mühe und viel Ausschuss machbar war und der L'Eplattenier-Helm nicht zur Massenproduktion taugte. Diese verlangte eine möglichst einfache, rundliche und konzentrische Form, die das vorliegende Modell nicht hatte. Das sei aber nicht die Schuld von L'Eplattenier, wie General Wille befand, «denn er als Maler konnte ebenso wenig etwas davon wissen, was man für den Krieg braucht und

<sup>4</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Brief Generaladjutant an SMD, 6.9.1916.

<sup>5</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Brief General Wille an Generaladjutant, 12.12.1916.

<sup>6</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Auszüge aus dem Protokoll des Bundesrats 2.10.1916 und 5.1.1917.

<sup>7</sup> BAR, E27#1000/721#19206-4\*, Bericht Adjutanturabteilung des Armeestabs über Truppenversuche, 6.11.1916.

<sup>8</sup> Journal de Genève 305, 4.11.1916. – BAR E27#1000/721#19206-6\*, Zeichnungen und Fotos von L'Eplatteniers Entwürfen.

<sup>9</sup> BAR E27#1000/721#19206-1\*, Bericht über den Besuch der französischen und englischen Front im Januar/Februar 1917, 21.2.1917; Bericht Armeestab 21.2.1917, Armeestab an die Generaladjutantur und KTA, 25.7.1917 (Zitat); E27#1000/721#19206-4\*, Klageschrift L'Eplattenier, 8.10.1918.



welche Schwierigkeiten sich der Herstellung eines Helmes nach seinem Modell entgegenstellen.»<sup>10</sup> Nun machte man es umgekehrt: Die Techniker der Metallwarenfabrik Zug und der Firma Merker entwickelten zusammen mit der KTA ein neues Modell, das primär Schutz zu bieten hatte und in Massen produziert werden konnte. Die ästhetischen Belange kamen erst danach zum Zuge, waren bloss Feinschliff, um den sich der Künstler und Illustrator Paul Boesch (1889–1969), Oberleutnant, kümmerte. Aus den Studien der Helme kriegsführender Staaten und den vielen Versuchen in der Metallwarenfabrik Zug ging schliesslich ein kriegstauglicher Helm hervor, der den neuesten Fronterfahrungen entsprach und in grossen Stückzahlen hergestellt werden konnte: Das Modell war «einfach in seiner Form, gefällig, eigenschweizerisch, bietet guten Schläfen- und Nackenschutz»<sup>11</sup> und kam in Machart und Aussehen dem deutschen Stahlhelm recht nahe (Abb. 3). Dies war gewiss eine Folge der vielen Studien fremder Helme, ergab sich aber ebenso sehr aus dem Umstand, dass gleiche Probleme oft zu ähnlichen Lösungen führen. Die Presse, besonders die westschweizerische, sah es nicht so differenziert. Die Empörung war gross, als im Herbst 1917 öffentlich bekannt wurde, dass das Modell L'Eplattenier, «de forme élégante et artistique», durch einen neuen Helm ersetzt werden sollte, der dem deutschen gleiche: «Il sera lourd, laid, étrange et étranger.» Man fragte sich, wer das Sagen in Bern habe, der Bundesrat oder die KTA, in der einige Mitarbeiter von Deutschland geradezu besessen seien.<sup>12</sup> Beidseits war man irritiert. Armee und KTA blieben aber auf ihrem Kurs. General Wille und Generalstabschef Sprecher stimmten dem neuen Modell zu und im Februar 1918 auch der Bundesrat. Die Truppe war ebenfalls zufrieden mit dem Helm, monierte indes ein lästiges Sausen und Brausen, das die Luftlöcher bei windigem Wetter erzeugten.<sup>13</sup>

<sup>10</sup> BAR, E27#1000/721#19206-4, Bericht MFZ und Firma Merker an die KTA, 24.5.1917; General Wille an Bundesrat Decoppet, 16.10.1917 (Zitat), und Antwort, 18.10.1917.

<sup>11</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Konferenz Armeestab und KTA, 1.8.1917; Bericht KTA an SMD über die Helmfabrikation, 30.10.1917; Protokolle Fabrikationsversuche 22.–24.10.1917 und 2.–3.11.1917 in der MFZ; KTA an SMD, 3.12.1917; Generaladjutant an SMD, 2.2.1918 (Zitat).

<sup>12</sup> Z. B. Gazette de Lausanne 273, 4.10.1917; Feuille d'Avis de Lausanne, 238, 8.10.1917, 277, 22.11.1917; Journal de Genève 216, 7.10.1917, 308, 8.11.1917 (Zitat), 322, 22.11.1917; La Tribune de Lausanne, 280, 8.11.1917, 317, 14.11.1917; BAR, E27#1000/721#19206-1\*, KTA an SMD 10.9.1918.

<sup>13</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, KTA an Generaladjutant, 26.1.1918; Bundesratsbeschluss, 12.2.1918; E27#1000/721#19206-7\*, Bericht an KTA über die Truppenversuche, 28.5.1918.

<sup>14</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Besprechungen MFZ, Merker und KTA in Zug, 2.11.1917 und 23./24.11.1917.

<sup>15</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Bericht KTA an SMD, 30.10.1917; Generaladjutant an SMD, 2.2.1918 (Zitat).

<sup>16</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Protokoll Helmfabrikation in der MFZ, 11.–15.2.1918; Produktionsvertragsgrundlagen, 18.2.1918; Bericht KTA an SMD, 19.2.1918. – Beim Ziehen drückt ein Prägestempel ein Blechstück in eine formgebende Matrice.

Nicht minder mühsam waren die Produktionsvorbereitungen, weniger technisch, fachlich und organisatorisch,<sup>14</sup> sondern wegen des Stahlblechs: «Man suchte von überall her das überall viel begehrte Stahlblech zu beschaffen, von Frankreich, Deutschland, Schweden, Amerika, England. Schliesslich gelang es, nach langen mühevollen Verhandlungen, von England eine gewisse Partie Stahlblech herein zu bekommen», rapportierte der Generaladjutant.<sup>15</sup> Immerhin reichten die von der KTA beschafften Bleche für die Produktion von etwa 65 000 Helmen, mit der die Metallwarenfabrik im Februar 1918 endlich beginnen konnte. Ziehen, Glühen, Schneiden, Bordieren, Härten, Reinigen, Lackieren, Montieren: Diese Arbeitsschritte waren nötig, um aus einer Blechrondelle einen Ordonnanzhelm Modell 1918 zu machen. Etwa 700 Stück schaffte die Metallwarenfabrik pro Tag, während die Firma Merker noch nicht bereit war. Zur Vermeidung von Ausschuss gab es Prämien für gute Arbeit.<sup>16</sup>

Dies war auch dringend nötig, da trotz aller Bemühungen kein ausländisches Blech mehr erhältlich war. Darum hatte die KTA schon im Vorjahr sondiert, ob sich solches Blech nicht auch im Inland herstellen liesse, und war dabei auf grosse Schwierigkeiten gestossen. Als einziges Stahlwerk in der Schweiz kam die Georg Fischer AG in Schaffhausen in Betracht, als einziges Walzwerk jenes der Firma von Roll in Gerlafingen SO. Die Fischer-Bleche mochten indes nicht zu genügen, das Walzwerk kam mit ihnen nicht zurecht und wurde bei Walzversuchen beschädigt, was wiederum zu Anständen mit den anderen Metall verarbeitenden Fabriken



Abb. 2 Berittener Offizier und Soldat mit L'Eplatteniers Versuchshelm, 1916/17.





Abb. 3 Schweizer Stahlhelm Modell 18 (links) und deutscher Stahlhelm M1916 (rechts). Die Ähnlichkeit der zwei Modelle empörte die Westschweizer Presse und bescherte dem Bund eine Patentklage.

führte, die mangels Blechimporten zwingend auf dieses Werk angewiesen waren.<sup>17</sup> Deshalb stockte die Produktion schon bald wieder. Bis Anfang Mai 1918 waren ca. 13 000 Helme produziert, bis Ende August etwa 43 000 Stück. Anfang 1919 waren die vorhandenen Blechvorräte nach der Herstellung von gut 76 000 Exemplaren aufgebraucht.<sup>18</sup>

Die Versorgungslage war zwar weiterhin prekär, aber wegen des Kriegsendes gab es keinen dringenden Bedarf nach weiteren Helmen mehr. Ein äusserer Feind war nicht mehr in Sicht, dafür neuerdings ein innerer: der «Mann des Putsches», «die revolutionäre Partei», welche angeblich die herrschende Ordnung umstürzen wollten und deshalb von der Armee zu bekämpfen waren. Ende 1918 forderte Divisionär Emil Sonderegger (1868–1934), der während des Landesstreiks mit seinen Truppen die Stadt Zürich besetzt hatte, mit Unterstützung des Generalstabschefs dringend die Ausrüstung aller für antirevolutionäre Einsätze vorgesehenen Einheiten mit den neuen Helmen und somit eine sofortige Wiederaufnahme der Produktion. Nun sollte der Helm nicht mehr primär gegen Streifschüsse und Geschosssplitter, sondern gegen geschleuderte Steine schützen und als «einzig sicheres, einheitliches

Erkennungszeichen» die Ordnungstruppen von irregulären, revolutionären Mannschaften unterscheiden.<sup>19</sup> Der Bundesrat erachtete die Beschaffung als nicht so dringend und zwingend und lehnte ab. Die Helmproduktion wurde erst Ende 1921 wieder aufgenommen.<sup>20</sup>

Enttäuscht vom ganzen Helmgeschäft war Charles L'Eplattenier, der mit viel künstlerischem Elan ein gefälliges Modell entwickelt hatte und sich brüsk zur Seite geschoben fühlte. Hinter diesem Manöver vermutete er eine von Eigeninteressen angetriebene Offiziersintrige, wogegen sich die Militärverwaltung entschieden verwahrte. Zudem sah sich L'Eplattenier um seine Entschädigung geprellt, mit der er pro

<sup>17</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Berichte der KTA an SMD, 16.7.1917, 30.10.1917, 19.6.1918, 24.2.1919; Konferenzen KTA, Fischer und von Roll, 31.10.1917, 7.–9.1.1918, 20.4.1918, 10.9.1918.

<sup>18</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, KTA an SMD, 24.2.1919; Produktionsstatistik Dezember 1917 bis Mai 1919; E27#1000/721#19206-7\*, Fabrikationsrapporte 1918–1919.

<sup>19</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Sonderegger an Armeekommando, 30.12.1918, Generalstabschef an SMD, 6.1.1919 und 10.3.1919.

<sup>20</sup> BAR, E27#1000/721#19206-1\*, Bundesratsbeschluss 26.3.1919; Armeestab an SMD, 29.4.1919.



Abb. 4 Soldaten des Zuger Füsilierbataillons 48 bei Marschübungen mit dem neuen Helm, vermutlich 1919.

hergestellten Helm gerechnet hatte, der nun aber eben nicht produziert wurde. Man war sich nicht einig, ob überhaupt eine verbindliche Zusage erfolgt war, und fand zu keinem Ausgleich, worauf L'Eplattenier im Oktober 1918 die Eidgenossenschaft vor Bundesgericht auf Schadenersatz einklagte. Bevor es aber zum Prozess kam, konnte das Gericht Anfang 1919 einen Vergleich vermitteln, der L'Eplattenier immerhin eine ansehnliche Abfindung von 21 000 Franken verschaffte.<sup>21</sup>

1927 nahte neues Ungemach, als die Bremer Torfwerke AG in Berlin den Bund wegen Patentverletzungen verklagten. Angeblich verletzt wurden die Patente «Gezogener Helm» und «Tragpolster für Helme, insbesondere Stahlhelme», die Professor Friedrich Schwerd, Entwickler des

deutschen Stahlhelms, 1916 in Deutschland und 1918 in der Schweiz angemeldet hatte. Verhandlungen mit Schwerd hatte es schon seit 1919 gegeben, sie waren jedoch ergebnislos geblieben. Nun verlangten die Kläger, die Schwerds Patente übernommen hatten, einen exorbitanten Schadenersatz. Sie stiessen aber auf entschiedenen Widerstand. Der Bund war anders als zuvor nicht mehr verständigungswillig, sondern riskierte einen Prozess, in dem er generell den Erfindungscharakter der Patente bestritt. Das Bundesgericht folgte der Gänge dieser Argumentation und kam nach eingehender Analyse des Produkts 1930 zum Urteil, dass hier keine schutzfähigen Erfindungen vorlägen.<sup>22</sup> Somit konnte der Bund bei der Metallwarenfabrik Zug weiterhin Helme bestellen, die zwar viel mehr kosteten als anfänglich angenommen, aber immerhin nicht durch Lizenzzahlungen noch teurer wurden. Über 600 000 Stück wurden produziert, die mit ihrem «eigenschweizerischen» Gepräge über Jahrzehnte das Bild des «Schweizer Soldaten» bestimmten – was schon L'Eplattenier mit seinen Entwürfen angestrebt hatte.

<sup>21</sup> BAR, E27#1000/721#19206-4\*, Akten zur Klage L'Eplattenier gegen die Eidgenossenschaft, 1916–1919.

<sup>22</sup> BAR, E27#1000/721#19206-5\*, Akten zur Klage der Bremer Torfwerke AG gegen die Eidgenossenschaft, 1924–1931. Urteil vom 5.3.1930, Entscheide des Schweizerischen Bundesgerichts aus dem Jahre 1930, 56. Band, II. Teil, Zivilrecht, 141–153. NZZ 594, 28.3.1930.

## Quellen und Literatur

### Ungedruckte Quellen

#### Staatsarchiv Zug [StAZG]

CE 45.5, Aktenbestände 1914–1978, Fabrikwesen, Allgemeines und Einzelnes: Dossier Lohnbewegung 1922

F 1.111–112, Regierungsratsprotokoll 1922

P 135, Firmenarchiv der Metallwarenfabrik Zug AG:

- P 135.1.1–3, Protokoll der Generalversammlungen 1880–1938 [Prot. GV]
- P 135.1.5–11, Protokoll des Verwaltungsrates 1880–1929 [Prot. VR]
- P 135.1.17–22, Protokoll der Direktion und des Ausschusses des Verwaltungsrates, 1891–1929 [Prot. VRA]
- P 135.4.1–2, Arbeiterverzeichnisse 1880–1942
- P 135.4.8, Lohnsummen nach Arbeitstagen und Zahltagen 1893/94–1934/35
- P 135.4.17, Durchschnittslöhne der Arbeiter 1914–1921
- P 135.4.18–20, Streik 1922
- P 135.5.1, Statuten
- P 135.6.1–4, Hauptbücher der Buchhaltung

#### Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich [AfZ]

Archiv des Arbeitgeberverbands schweizerischer Maschinen- und Metall-Industrieller (ASM):

- IB ASM-Archiv/1117–1119, Protokolle der Ausschusssitzungen 1918–1924
- IB ASM-Archiv/1123–1124, Rundschreiben an Ausschussmitglieder 1917–1922
- IB ASM-Archiv/1137–1139, Protokolle der Vorstandssitzungen 1918–1922
- IB ASM-Archiv/1145–1147, Rundschreiben an Vorstandsmitglieder 1916–1923
- IB ASM-Archiv/1160–1164, Rundschreiben an die Mitglieder 1916–1922

#### Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich [SozArch]

Archiv des Christlichen Metallarbeiter-Verbands der Schweiz (CMV):

- Ar 74.10.1, CMV-Verbandsgeschichte 1905–1919

Archiv des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitersverbands (SMUV):

- Ar SMUV 01C-0001 (25), Zentralvorstand: Protokolle
- Ar SMUV 07C-0051 (18), Jahresberichte der Sektionen 1922
- Ar SMUV 07A-0073 (2) und (3), Sektion Zug: Korrespondenz mit Zentralsekretariat SMUV 1891–1952

#### Bundesarchiv Bern [BAR]

E27#1000/721#19206\*, Stahlhelm Ordonnanz 1918

### Zeitungen

Centralschweizerischer Demokrat [CD]

Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung (SMZ). Offizielles Organ des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeitersverbands

Zentralschweizerisches Arbeiterblatt [ZAb]

Zuger Nachrichten [ZN]

Zuger Volksblatt [ZV]

### Literatur

25 Jahre Verzinkerei Zug AG 1913–1938. Manuskript, Bibliothek Zug.

Romed Aschwanden, «Alles rationiert, alles unendlich verteuert». Kriegswirtschaft und Milchversorgung im Kanton Zug 1914–1918. In: Tugium 34, 2018, 167–178.

Traugott Geering, Handel und Industrie der Schweiz unter dem Einfluss des Weltkriegs. Basel 1928 (Monographien zur Darstellung der schweizerischen Kriegswirtschaft 3).

Historische Statistik der Schweiz. <https://hssso.ch/>

Adrian Jacobi, Das Unternehmen Landis & Gyr, seine Arbeiterschaft und die gewerkschaftliche Entwicklung in der Stadt Zug in den Jahren 1914–1925. Lizentiatsarbeit Universität Zürich, 2013.

Adrian Jacobi, «...trotz der schwierigen Zeiten ein befriedigendes Ergebnis erzielt». Die Firma Landis & Gyr während des Ersten Weltkriegs. In: Tugium 31, 2015, 151–162.



Adrian Jacobi, «Wie du vielleicht weisst, ist der Generalstreik auf dem Platz Zug gänzlich krepirt». Der Landesstreik 1918 in Zug. In: Tugium 34, 2018, 181–192.

Sabine Lippuner, Arbeiterinnen in der Metallwarenfabrik Zug 1900–1914. Seminararbeit Universität Zürich, 1995. (Exemplar in der Bibliothek des Staatsarchivs Zug)

Sabine Lippuner, Männlicher Ernährerlohn und weiblicher Zusatzverdienst. Fabrikarbeiterinnen in der Metallwarenfabrik Zug vor dem Ersten Weltkrieg. In: rechtschaffen. Beiträge zur Zuger Frauen- und Geschlechtergeschichte 1800–1930. Zug 2001, 86–97.

Renato Morosoli, Sommer 1914. Der Kanton Zug auf dem Weg vom Frieden in die Kriegszeit. In: Tugium 30, 2014, 111–126.

Renato Morosoli, «... sich bemerkbar machende Verschiebung im Volksleben». Ausländische Wohnbevölkerung, Deserteure und Refraktäre im Kanton Zug während des Ersten Weltkriegs. In: Tugium 33, 2017, 167–179.

Renato Morosoli, «... der roten Flut entgegentreten». Zuger Bürgerwehren und antibolschewistische Einwohnervereine 1918–1921. In: Tugium 34, 2018, 189–192.

Heinz Ochsenbein, Die verlorene Wirtschaftsfreiheit 1914–1918. Methoden ausländischer Wirtschaftskontrollen über die Schweiz. Bern 1971.

Roman Rossfeld und Thomas Straumann, Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg. Zürich 2008.

Schweizerische Fabrikstatistik 1882, 1888, 1895, 1901, 1911.

Schweizerische Volkszählungen 1880, 1888, 1900, 1910, 1920, 1930.

Paul Stadlin, Aus der Geschichte der Metallwarenfabrik Zug. In: Zuger Neujahrsblatt 1980, 11–28.

[Albert Uttinger], Festschrift zum 50. Jahrestage der Eröffnung der Wasserversorgung in Zug, 1. Dezember 1878 – 1. Dezember 1928. Zug 1929.